

## **9 Dringlichkeitsanträge**

Bgm.<sup>in</sup>-Stv.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Schwentner:**

Damit kommen wir zum Ende der Tagesordnung und zu den dringlichen Anträgen bzw. der Unterbrechung vor dem nichtöffentlichen Teil.

### **9.1 Lücken im Steiermärkischen Baugesetz: Petition an die Landesregierung (GR Max Zirngast, BA, KPÖ)**

**GR Zirngast:**

Geschätzte Frau Vorsitzende, liebe Kolleginnen und Kollegen. Das ist der Antrag von unserer KO Christine Braunersreuther, die aus privaten Gründen aber gehen musste, deswegen trage ich ihn jetzt vor. Also im Grunde ist es so, es geht um eine Lücke im Steiermärkischen Baugesetz, die in den Baugesetzen bzw. Bauordnungen anderer Bundesländer in Österreich schon geschlossen ist. Wir alle wissen, dass das Thema Verbauung/Bebauung/Stadtentwicklung ein sehr brennendes ist und natürlich auf kommunaler Ebene so manches gemacht werden kann. Aber dass tatsächlich natürlich sehr viel auch auf der Ebene jeweiligen Landesgesetz die jeweilige Bauordnung des Bundeslandes entschieden wird, in der Steiermark ist es das Steiermärkische Baugesetz. Und um welche Lücke geht es? Es geht um die Frage der Frist der Vollendung von bereits bewilligten Bauvorhaben. Es gibt in der Steiermark ein bereits bestehendes Gesetz, nämlich § 31, was das Erlöschen von Baubewilligungen betrifft, wenn das Bauvorhaben nicht innerhalb von fünf Jahren nach Rechtskraft der Bewilligung begonnen wird. Allerdings gibt es keine Festschreibung, keine Frist, was die Vollendung von Bauvorhaben betrifft und das führt dazu, dass immer wieder mit dieser Lücke auch Spekulation betrieben werden kann, weil man sozusagen ein Bauvorhaben, das bewilligt wurde, beginnt, aber nicht wahnsinnig weit fortführt. Ein Beispiel dafür wäre der ATC-Tower, wo sozusagen seit Jahren nämlich eine Tiefgarage dort steht und sonst nichts, und das wollen wir sozusagen als Koalition auch

geschlossen haben dieses Problem, und in Präferenz auch zu Ober- und Niederösterreich, die da eine sehr klare Ordnung im Gesetz haben, stellen wir den folgenden Antrag, dass erstens, das geht natürlich als Petition an die Landesregierung, der Gemeinderat der Stadt Graz fordert die Landesregierung auf, dem Landtag eine Novelle des Steiermärkischen Baugesetzes vorzulegen, die den Zeitraum von Erstellung bis Verfall einer rechtskräftigen Baubewilligung auf drei Jahre reduziert und dazu entsprechende Ausnahmeregelungen definiert; klar, dass es Ausnahmen geben wird. Zweitens, darüber hinaus möge das Steirische Baugesetz dahingehend novelliert werden, dass ein mit fünf Jahren eindeutig bestimmter Zeitraum für die Fertigstellung eines Bauwerks, aber auch Kriterien, die die sogenannte Fertigstellung inklusive Nachfristen bis hin zum Verfall der Baubewilligung definiert, aufnimmt. Also von bisher fünf Jahre auf drei Jahre zum Beginn eines Bauvorhabens und fünf Jahre dann zur Fertigstellung. Ich bitte um Annahme dieses Antrages. Danke. (Appl.)

**Originaltext des Dringlichkeitsantrages:**

*Im Steiermärkischen Baugesetz ist vorgesehen, dass Baubewilligungen erlöschen, wenn mit dem Vorhaben nicht binnen fünf Jahren nach Rechtskraft der Bewilligung begonnen wird. Diese Bestimmung wird systematisch umgangen, um mit bewilligten Bauvorhaben Spekulationen zu betreiben.*

*Häufig wird vorerst mit der Bauführung begonnen, diese aber dann für geraume Zeit nicht weiter fortgeführt. Der Bauherr hat dann, dank der unzureichenden Bestimmungen des Baugesetzes, unbeschränkt Zeit, auf den für ihn günstigen Zeitpunkt für die Fertigstellung zu warten.*

*Andere Länder haben dieses Problem bereits erkannt und ihm mit einschlägigen Regelungen im Baugesetz einen Riegel vorgeschoben. In Ober- oder Niederösterreich etwa erlischt die Baubewilligung nach drei Jahren, wenn in dieser Zeit nicht mit der Bauausführung begonnen worden ist und nach fünf Jahren, wenn zwar mit der*

*Bauausführung begonnen wurde, der Bau aber nicht fertig gestellt und mit einer Fertigstellungsanzeige bei der Baubehörde gemeldet wurde.*

*Ich stelle daher im Namen des KPÖ-Gemeinderatsklubs den*

**Antrag zur dringlichen Behandlung**

- 1. Der Gemeinderat der Stadt Graz fordert die Landesregierung auf, dem Landtag eine Novelle des Steiermärkischen Baugesetzes vorzulegen, die den Zeitraum von Erstellung bis Verfall einer rechtskräftigen Baubewilligung auf drei Jahre reduziert und dazu entsprechende Ausnahmeregelungen definiert.*
- 2. Darüber hinaus möge das Steirische Baugesetz dahingehend novelliert werden, dass ein mit fünf Jahren eindeutig bestimmter Zeitraum für die Fertigstellung eines Bauwerks, aber auch Kriterien, die die sogenannte Fertigstellung inkl. Nachfristen bis hin zum Verfall der Baubewilligung definiert, aufnimmt.*

GR Günter **Wagner**:

Sehr geehrte Frau Vorsitzende, werte Kolleginnen und Kollegen! Das Steiermärkische Baugesetz ist einmal ohne Zweifel ein ganz ein umfassendes Werk, und ich glaube, das Thema gehört zu Recht da her. Nur denke ich, ein dringlicher Antrag ist da das falsche Mittel. Man kann natürlich darüber diskutieren, ob diese Fristen jetzt passen oder nicht passen, bisher haben sie sich teilweise bewährt. Es gibt unterschiedliche Gründe, warum Bauwerke nicht fertiggestellt werden, es steht im Absatz zwei „für ihn günstigen Zeitpunkt abzuwarten“, in den Zeiten der Teuerung kann ich so einen Ansatz durchaus auch verstehen. Aber wenn man dann schon den Wunsch ans Land richtet, und da drinstehen hat, „dazu entsprechende Ausnahmeregelungen zu definieren“, dann hätte ich eigentlich vorgeschlagen, machen wir das vielleicht besser im Ausschuss, dass man dann auch schon für diese Ausnahmeregelungen, weil wer weiß, was wir dann wieder zurückkriegen, die Ausnahmeregelungen schon im Ausschuss

diskutiert und dann vielleicht ein Werk so kriegt, wie man es wirklich gerne haben möchte, und weiterhilft. Aber in dem Fall sehen wir da nicht die Dringlichkeit, aber absoluten Diskussionsbedarf. Danke. (*Appl.*)

**GR Lenartitsch:**

Werter Stadtssenat, liebe Kolleginnen und Kollegen aus dem Gemeinderat, liebe Zuhörer zu Hause und hier vor Ort! In der vorigen Gemeinderatsperiode war es schon der Gemeinderat Ewald Muhr, der zu diesem Thema eigentlich auch einiges zu sagen hatte, und zwar, er hat es eigentlich so als unzufriedenstellende Bezeichnung gewählt, und zwar Baustellenomaden. Wir kennen so viele Plätze in unserem Stadtgebiet, wo einfach nur eine Baustelle aufgestellt wird, vielleicht ein Loch gegraben wird, manchmal vielleicht ein paar Erdhügel dorthin geschafft werden, da geht es nicht nur um diese großen Dinge, wo vielleicht schon ein Bauwerk wie eine Tiefgarage steht und der Rest aber nicht fertig ist, oder man vielleicht hofft, dass ein bisschen ein Gras darüber wächst, damit man das halt nicht mehr so schön sieht. Aber die Anrainer rundherum hätten schon auch gerne, dass irgendwann einmal dieses Bauwerk fertig ist, dem sie vielleicht zugestimmt haben, aber ihre Einwendungen dargebracht haben. Aus diesem Grund sehe ich es schon sehr dringlich, dass wir uns da im Gemeinderat damit befassen und auch so quasi das weiterhin ans Land weitergeben, weil es einfach für uns in der Stadt dazugehört, dass wir nicht nur das Bauen von Gebäuden, das Ausbauen des öffentlichen Verkehrs und alles Mögliche etwas forcieren wollen, sondern auch damit es auch in einer geordneten Phase läuft. Es war vor einiger Zeit auch in den Medien, ob man, und das ist ja gerichtlich entschieden worden, einem Bauherrn auch eine Frist setzen kann, bis wann er sein Bauwerk vollenden wird oder vollenden soll. Ist leider bei zum Beispiel einem großen Kaufhaus in der Innenstadt nicht gelungen. Es ist zwar wunderschön innen anzusehen, aber wenn man am Schloßberg oben steht und dort runterschaut, ist es noch immer eine Dachlandschaft, die nicht hineinpasst, und dem sollten wir als Stadt, als Gemeinderat, sehr wohl entgentreten und damit könnte man das mit bestimmten Punkten, mit

Auflagenpunkten schon machen. Deshalb stimmen wir der Dringlichkeit und auch dem Inhalt zu. Dankeschön. (*Appl.*)

GRi<sup>n</sup> DI<sup>n</sup> **Würz-Stalder:**

Sehr geehrter Stadtsenat, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, werte Zuseherinnen anwesend und auch im Livestream! Wir sehen ebenfalls eine Dringlichkeit gegeben in diesem Antrag, denn grundsätzlich muss es im Interesse der Öffentlichkeit und ihrer Vertretung sein, dass Bauwerke, die eine Genehmigung erhalten haben, fertiggestellt werden. Und vor allem, wenn es Punkte sind oder Aspekte sind, die die Öffentlichkeit betreffen, das ist eben zum Beispiel die äußere Gestalt, das sind sicherheitstechnische Belange, aber auch Hygieneaspekte, ich nenne da nur die Abwasserregelung und -beseitigung. Das heißt, die Öffentlichkeit, vertreten durch die Baubehörde, braucht Werkzeuge, und dabei sei betont, dass diese gesetzliche Verpflichtung zur Fertigstellung alle Bauwerber:innen und Bauenden betrifft. Das heißt, es ist auch sehr, sehr wichtig, darauf zu achten, die Befristungen hier sich genauer anzusehen, denn die Intentionen und die Situationen, die zu Verzögerungen führen, und wer den Bau kennt, der weiß, wie mannigfaltig die Gründe dafür sein können, die können sehr unterschiedlich sein, und es trifft nicht nur große Investoren, Bauträger etc., die unter Umständen ganz bewusst Baustellen nicht fertigstellen, es trifft aber auch gleichermaßen sehr kleine Bauende, zum Beispiel die Häuslbauer. Und hier gibt es auch sozusagen externe Einflüsse, sie wurden heute schon genannt, die grassierende Teuerung zum Beispiel oder auch Lieferschwierigkeiten von Baumaterialien, die eben zu Finanzierungsproblemen führen können und so eine Frist sozusagen manchmal überschreiten. Darauf sollte sehr genau geachtet werden in der Bearbeitung eines gesetzlichen Entwurfs, denn im schlimmsten Fall könnte so eine Situation sogar zu einem Abbruchbescheid führen eines teilerrichteten Bauwerks. Es ist so zum Beispiel im Burgenland mehr oder weniger, mit dieser Realität sind einzelne Bauwerber konfrontiert. Daher ist es unumgänglich, sehr differenziert vorzugehen und die Möglichkeiten von Fristverlängerungen sehr genau zu betrachten, bei gegebener

Begründung natürlich. Es kann nicht im Interesse der Öffentlichkeit sein, sozusagen so halb fertige Ruinen im Bauabbruchsbescheid damit konfrontiert zu sein, man betrachte da auch nur den gesamten Ressourcen- und Energieaufwand, der im Vorfeld betrieben worden ist. Die Dringlichkeit ist auf jeden Fall gegeben, hier diese Gesetzeslücke zu schließen. (Appl.)

**GR Dr. Piffli-Percevic:**

Frau Vorsitzende, hoher Gemeinderat, liebe Zuhörer:innen und Zuseher:innen.

Offensichtlich ist es wirklich dringlich, und da schliesse ich mich vollinhaltlich an, über diese Problematik zu sprechen. Absolut. Kollege Lenartitsch, ja, Kollegin Würz-Stalder, ja, sprechen wir darüber. Nur dafür haben wir hier einige Gremien. Wir haben vor jeder Gemeinderatssitzung einen Ausschuss, einen Planungsausschuss, wo wir uns auch mit Bauangelegenheiten, weil Raumordnung und Baurecht sind ja sehr eng verwoben, immer wieder auch grundsätzlich auseinandersetzen. Wir haben sogar am 3. Oktober, danke, die Juni-Sitzung wurde abgesagt, diesen sogenannten ständigen Planungsausschuss, wo wir uns grundsätzliche Probleme nicht nur mit internen Fachleuten, die auch bei den Ausschüssen da sind, sondern auch gegebenenfalls mit externen Fachleuten vornehmen. Und ich möchte mich bedanken, Kollege Topf hat beantragt, dass dieser ständige Ausschuss fortgesetzt wurde, nochmals – Juni ist abgesagt worden, jetzt kommt es zur zweiten Sitzung. Wenn es so dringlich ist, nochmals, ich stehe dazu, das stelle ich jetzt nicht in Frage, bitte besprechen wir das doch dort. Es geht doch an, dass wir von Mittwoch, 16.00 Uhr bis jetzt, 16.30 Uhr, also 24 Stunden, ohne die faire Beziehungsmöglichkeit von Fachleuten, ohne mit Betroffenen zu sprechen, jetzt hier entscheiden müssen. Und wenn wir jetzt dagegen stimmen, sind wir absolut gegen diese, nein. Nehmen wir uns doch die Zeit, in den Gremien die wir dafür haben, darüber zu sprechen. Und ich stehe wirklich nicht an, noch weiter fortzufahren, nämlich wie schaut es doch denn beim Land aus, wenn wir eine 24-Stunden-So-so Entscheidung dann als Petition hier ins Nachbarhaus schicken. Das ist jetzt keine grundlegende Kritik, aber möglicherweise einer der Gründe, warum

Petitionen von uns, ich führe das nicht weiter aus, ich schneide nur an Grünflächenfaktor, Versiegelungsgrad, da bedurfte es immer vieler Anläufe, um beim Land überzeugend dann ins Ziel zu kommen. Danke, Landtag, einiges, vieles ist auch beschlossen worden. Nur eine 24-Stunden-Ho-Ruck-Aktion kann doch dort nicht ernstgenommen werden. Wir beschäftigen, ich bin selber Beamter des Landes gewesen, eine Fülle von Leuten mit hohem Wissen, hoher Erfahrung. Wieso diskutieren wir nicht zuerst mit denen? Damit bin ich am Ende. Aber bei einer Art grundsätzlichen Kritik an gewissen Themen der dringlichen Anträge, bereiten wir dies doch vor in Gesprächen mit unseren Fachleuten, denn ein dringlicher Antrag hat ein Merkmal: Kein Beamter kann, also im Gespräch schon gar nicht, wir schicken sicher auch diese Antragstexte an Beamte, kriegen dann sehr oft ganz kurz ein paar Zeilen dazu, aber das kann es ja nicht sein. Nehmen wir uns die Zeit, dringliche Dinge, sprechen wir darüber, das ist der Grund, warum wir diesem Antrag nicht zustimmen.  
*(Appl.)*

**GR Dr. Hackenberger:**

Sehr geehrter Stadtsenat, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuschauer! Ganz kurz. Ich möchte deswegen eine Lanze für diesen dringlichen Antrag ins Spiel bringen, weil wir sind keine Legister, wir können das nicht selber. Wir haben die Möglichkeiten nicht, das Gesetz zu beschließen und wir können hier einen Anstoß geben und dem Land vermitteln, dass wir hier einen dringenden Handlungsbedarf sehen. Ich denke, das Land weiß das, ich glaube vor kurzer Zeit war ein Anlassfall dafür. Ich darf Sie daran erinnern, dass wir im Frühjahr ein viel, viel leichteres und einfacheres Thema mit dem Land zu bearbeiten hatten, das war diese Bebauungsdichteverordnung. Da war eine absolute Dringlichkeit gegeben. Die Ämter haben nicht gewusst, wie sie entscheiden sollen, das Land Steiermark hat andere Rechtsauffassungen gehabt oder hat es bis heute wie der Magistrat Graz, das Bauamt, Bau- und Anlagenamt. Man hat uns damals, damals haben wir sehr intensiv diskutiert, wir haben das bis zu einem konkreten Verordnungstext heruntergebrochen, haben uns sehr lang Gedanken gemacht und

dann hat man uns gesagt, ja, bis Juni oder Juli wird das erledigt werden, wir haben bis heute nichts mehr gehört davon. Also, ich glaube, dass das vergebene Liebesmühe ist, wenn wir uns hier mit viel Hirnschmalz dran machen, dem Land Steiermark quasi einen vernünftigen und umsetzbaren Gesetzestext in die Hand zu geben, weil es gibt eine große legistische Abteilung im Land Steiermark, die das selbstverständlich umsetzen kann, wenn der Wille da ist. Es wird nicht daran scheitern, dass wir eine zu wenig geschärfte Formulierung für eine allfällige Gesetzesnovelle abliefern. Ich glaube, es reicht, wenn wir klarmachen, dass hier ein dringlicher Bedarf gegeben ist. Und in diesem Sinn bitte ich Sie um Unterstützung dieses Antrages. Dankeschön. **(Appl.)**

**GR Zirngast:**

Ganz kurz auch auf das, was der Kollege Wagner gesagt hat, also wie gesagt, oder auch was in Diskussion danach gefallen ist, die genauen Ausnahmen zu definieren, wie gesagt, kann, glaube ich, nicht unsere Aufgabe sein. Aber so Sachen wie, dass man das nicht in der Ortsbild-Schutzzone, dass das dort nicht gilt, wäre zum Beispiel, was naheliegend ist. Aber auch die Frage der Verlängerung, das ist zum Beispiel in der Niederösterreichischen Bauordnung sehr klar geregelt, wo dann eben, wenn der Bauherr, steht so drinnen, dies vor dem Ablauf der Frist beantragt und das Bauvorhaben aufgrund des bisherigen Baufortschritts innerhalb einer angemessenen Nachfrist vollendet werden kann, dann kann das verlängert werden. Also das sind Sachen, die bestehen, das kann man sich dann anschauen. Aber selbstverständlich können wir diese Sachen auch im Arbeitsausschuss Stadtplanung und im Ausschuss immer wieder diskutieren. Es wird nicht die, oder es ist nicht die einzige Änderung im Steiermärkischen Baugesetz, die notwendig ist, aber das wäre jetzt einmal einfach eine Initiative gewesen, wo anzufangen. Zur Zeit, die da war, um sich darüber Gedanken zu machen, das waren auch 24 ½ Stunden, plus die Zeit seit dem Antrag des Kollegen Muhr aus der letzten Periode, bzw. wenn man will, eigentlich auch schon von ähnlich lautenden Anträgen von unter anderem Ernest Kaltenecker aus den frühen Nullerjahren. Es ist jetzt nicht ein Thema, das auch vom Himmel gefallen ist und nicht

bekannt war, und ich glaube, da hat durchaus schon die Möglichkeit bestanden, sich in den letzten Jahren darüber Gedanken zu machen. Dankesehr. (Appl.)

***Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP und FPÖ) angenommen.***

***Der Dringlichkeitsantrag wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP und FPÖ) angenommen.***

Bgm.<sup>in</sup>-Stv.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Schwentner:**

Ich möchte darauf hinweisen, dass wir die Sitzung um 17.00 Uhr für die Eröffnung steirischer herbst abbrechen. Meines Kenntnisstandes nach für eine halbe Stunde. Das heißt, um 17.30 Uhr treffen wir uns dann wieder hier. Danke.

***Vorsitzwechsel – Bgm.<sup>in</sup> Kahr übernimmt den Vorsitz (16.40 Uhr).***

## **9.2 Maßnahmen zur Beruhigung der angespannten Situation rund um das „BILLA-Eck“ (CO GR<sup>in</sup> Daniela Gmeinbauer, ÖVP)**

CO GR<sup>in</sup> **Gmeinbauer:**

Sehr geehrte Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Besucher auf der Galerie, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer am Bildschirm! Ich bitte alle hier im Saal bzw. auch die Stadtregierung, gemeinsam eine Lösung zu finden, die uns schon länger beschäftigt, nämlich die angespannte Situation am BILLA-Eck. Wir haben bereits im April dieses Jahres einen dringlichen Antrag eingebracht, der diese Thematik schon angesprochen hat. Darin haben wir aufgezeigt, welche Missstände uns täglich an dieser Ecke zuteil werden und dass die Menschen in dieser Stadt inzwischen wirklich berechnete Sorgen haben und nicht nur uns kritisieren, dass nichts weiter geht und dass es außer Kontrolle ist, sondern dass wir wirklich gefordert sind zu handeln. Wir

haben auch seitens der Wirtschaftstreibenden gestern an einem Tisch gehört wie es da unten zu geht. Sie haben es vielleicht vermutlich heute in den Tageszeitungen auch gelesen, von daher nehme ich nur die Überschriften und möchte nichts beschönigen, wie es dann tatsächlich da unten zugeht. Es ist größere Lärmbelästigung, es wird gepöbelt, es wird untereinander gestritten, es werden Beleidigungen von vorbeigehenden Passanten getätigt, es kommt zu Polizeieinsätzen und es rennen unangeleinte Hunde herum, die ihnen Zugehörigkeit zugeschrieben wird, und es wird Alkohol und, man darf es aussprechen, auch wenn man es immer nur hinter vorgehaltener Hand sagt, es werden Drogen ausgetauscht. An dieser Stelle möchten wir aber nichts beschönigen, denn wir wissen, dass dieses Problem am BILLA-Eck schon seit vielen Jahren besteht. Es wurden auch immer wieder Maßnahmen dahingehend gesetzt von der Stadtregierung, die diese Gruppe, sage ich jetzt einmal, in Zaum gehalten hat. Dass es auch in den letzten Jahren immer wieder zu Ausschreitungen gekommen ist, möchte ich auch nicht verheimlichen. Aber, wie gesagt, in den letzten Monaten ist es einfach unerträglich geworden. Man kann es auch in der Wahrnehmung so sehen, dass der BILLA gezwungen war, seit einigen Wochen eine Security auf seine Kosten anzustellen, damit seine Kunden Gewährleistung haben, in das Geschäft zu kommen, und zum anderen, und das spreche ich jetzt auch laut aus, ist es dazu gekommen, dass diese Klientel in der BILLA-Geschäftsfläche dort halt ihren Handel betrieben hat, und das geht einfach nicht mehr. Es sind auch kleine Kinder schon zum Opfer gefallen mit verbaler Gewalt. Der Höhepunkt war im August dieses Jahres, als ein Mann, zugehörig dieser Gruppe, mehrere Frauen belästigte und auch daraufhin ein Polizeieinsatz getätigt wurde, wo auch ein Polizist verletzt worden ist. Die Lage hat sich, wie jetzt schon angesprochen, wirklich solcherart verschärft, dass eben, wie auch schon angesprochen, die Gewerbetreibenden jetzt wirklich um Hilfe bitten, weil sie einfach ihr Geschäft nicht mehr in dieser Form ausüben können. Die Kunden haben Angst, diesen Weg, diesen Eingang zu nehmen, wir reden unten von einem Möbelgeschäft, von einem Einrichtungshaus, von einem Juwelier, von einer Bank, und auch Magistratsbeamte nehmen einen Umweg in Kauf, wenn sie dieses Haus betreten wollen. Und das kann es ja wohl nicht sein, dass man eingeschränkt

wird, dass man diesen schönen Platz, nämlich, wenn man von der Schmiedgasse kommt, auf den Hauptplatz möchte, und auch unsere Touristen unser schönstes Wahrzeichen, den Schloßberg, fotografieren möchten, an dieser Gruppe vorbeigehen müssen und sich den einen oder anderen Zuruf gefallen lassen müssen. In einer solidarischen Gesellschaft muss als Grundkonsens gegenseitiger Respekt und Wertschätzung gelebt werden. Wer diesen Respekt und die Wertschätzung vermissen lässt und durch sein Verhalten deutlich macht, dass er/sie in keiner Weise gewillt ist, gemeinsame Spielregeln einzuhalten, muss auch zur Kenntnis nehmen, dass es Konsequenzen geben muss. Nachdem auf unseren Dringlichen im April von der Stadtregierung auch die Zusage gekommen ist, dass es im Sommer oder im Frühherbst ein Konzept geben wird, dass ein bisschen Entspannung in diese Lage kommt, möchte ich mit diesem dringlichen Antrag das auch in Erinnerung rufen und die Stadtregierung neuerlich bitten, dass man Maßnahmen in Gang bringt, um diese Gruppe bzw. dieses BILLA-Eck zu entschärfen. Und da darf ich namens meiner Fraktion folgenden dringlichen Antrag mit Punkt 1) einbringen, dass die Bürgermeisterin gebeten wird, sie möge prüfen, inwieweit die Ordnungswache rund um die Situation des BILLA-Ecks vermehrt eingesetzt werden kann. Weiters wird gebeten im Punkt 2) kraft ihrer Funktion, dass unsere Bürgermeisterin die Problematik mit dem Stadtpolizeikommandanten sowie den zuständigen Sicherheitssprechern aller Fraktionen gemeinsam bis Dezember ein Konzept erarbeiten und vorlegt und, Punkt 3) es wird gebeten, dass Bürgermeistern Elke Kahr in ihrer Zuständigkeit und der gesetzlichen Möglichkeiten eine Kameraüberwachung für dieses neuralgische Eck prüft und gegebenenfalls schnellstmöglich zur Umsetzung bringt. Ich bitte um reiche Annahme und dass wir gemeinsam dieses Eck bitte entschärfen und dass wir uns wohlgeföhlt dem Hauptplatz nähern können. Danke. *(Appl.)*

**Originaltext des Dringlichkeitsantrages:**

*In der April-Sitzung des Gemeinderates haben wir als Grazer Volkspartei einen Dringlichen Antrag zur gleichen Thematik eingebracht. Darin haben wir Missstände aufgezeigt, die den Menschen dieser Stadt Sorgen bereiten. Was wir damals kritisiert haben, hat sich seither nicht verbessert – im Gegenteil, die Situation am „BILLA-Eck“ geriet seit Jahresbeginn immer mehr außer Kontrolle.*

*An dieser Stelle soll nichts beschönigt werden: Die Problemstellungen an diesem Eck gibt es schon länger - aber seit Jahresbeginn ist ein enormer Anstieg der Personen und damit auch einhergehend eine extreme Zunahme an:*

- *Lärm*
- *Gewalt*
- *Streitereien*
- *Pöbeleien*
- *Polizeieinsätzen*
- *unangeleiteten Hunden*
- *Beleidigungen von Passanten*
- *Alkohol- bzw. Drogenkonsum*

*wahrnehmbar.*

*Die Situation vor Ort ist seit Jahresbeginn schlicht weg außer Kontrolle geraten und mittlerweile zu viel für Passant:innen, Gewerbetreibende, Tourist:innen, Kinder und Familien geworden. Selbst Magistratsmitarbeiter:innen meiden dieses Eck und nehmen einen Umweg in Kauf. Auch kleine Kinder wurden schon Opfer verbaler Gewalt. Der Höhepunkt war sicher der 25. August dieses Jahres, an dem ein Mann, zugehörig dem*

*Klientel des „BILLA-Ecks“, mehrere Frauen belästigte und geschlagen hat. Beim daraus*

*resultierenden Polizeieinsatz wurde auch ein Polizist verletzt. Diese derzeit außer Kontrolle geratene Lage vor Ort, der Anstieg des Gewaltpotentials und des Lärms sowie der Aggressivität ist neu und noch nie dagewesen. Im April wurde uns damals seitens der Koalition versichert, dass es bis zum Sommer ein Konzept geben wird, wie man Herr der außer Kontrolle geratenen Situation wird.*

*Mit morgigem Tag zieht nun offiziell der Herbst ins Land und bis jetzt gibt es weder ein Konzept noch eine Veränderung der untragbaren Situation am Hauptplatz.*

*Vielmehr hat sich die Lage mittlerweile solcherart verschärft, dass nun schon einzelne Gewerbetreibende lautstark um Hilfe rufen. Bemerkenswert und gleichzeitig alarmierend dabei ist, dass diese aus Angst vor Repressalien der Szene anonym bleiben wollen, weil man in Kenntnis der betreffenden Personen auch Revanche- und Vandalenakte befürchten müsse.*

*In einer solidarischen Gesellschaft muss als Grundkonsens gegenseitiger Respekt und Wertschätzung gelebt werden. Wer diesen Respekt und die Wertschätzung vermissen lässt und durch sein Verhalten deutlich macht, dass er/sie in keiner Weise gewillt ist gemeinsame Spielregeln einzuhalten, muss auch zur Kenntnis nehmen, dass es Konsequenzen geben muss.*

*Nachdem es offenbar noch keine Anstrengungen und kein Interesse seitens der Koalition gibt, diese brisante Situation am BILLA-Eck zu entflechten, möchten wir im Namen aller Bürgerinnen und Bürger der Stadt Graz die Initiative ergreifen und auf eine Lösung drängen.*

*Daher stelle ich namens des ÖVP Gemeinderatsclubs folgenden*

**dringlichen Antrag:**

*1.) Nachdem „die Ordnungswache Graz in Gebieten aktiv ist, für die sich die BürgerInnen mehr Präsenz wünschen, z. B. auf öffentlichen Plätzen“ (Zitat aus*

*graz.at/Aufgaben der Ordnungswache) und dies in die Zuständigkeit von Sicherheitsstadtrat Manfred Eber fällt, möge dieser im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten prüfen, wie die Ordnungswache lösungsorientiert in dieser Situation rund um das BILLA-Eck vermehrt eingesetzt werden kann.*

*2.) Bürgermeisterin Elke Kahr möge Kraft ihrer Funktion aktiv diese Problematik mit dem Stadtpolizeikommandanten sowie den zuständigen Sicherheitsprechern aller im Gemeinderat vertretenen Fraktionen besprechen und bis Dezember ein Konzept vorlegen, wie man die Situation am BILLA-Eck verbessern kann.*

*3.) Bürgermeisterin Elke Kahr möge im Rahmen ihrer Zuständigkeit und der gesetzlichen Möglichkeiten eine Kameraüberwachung für dieses neuralgische Eck prüfen – und gegebenenfalls schnellstmöglich zur Umsetzung bringen.*

**KO GR Mag. Pascuttini:**

Hoher Stadtsenat, hoher Gemeinderat, liebe Kollegin Gmeinbauer. Wenig überraschend werden wir natürlich der Dringlichkeit zustimmen. Selbstverständlich, wir haben in der Vergangenheit schon oft die Problematik auch angesprochen. Nur wenn ich mir den Antrag von euch durchlese, dann ist mir das einfach zu wenig. Es geht uns zu wenig weit. Und wir haben ein bisschen im Archiv gekramt. Da sagst du richtigerweise, liebe Clubobfrau, am 11. März 2022 in der Kleinen Zeitung: „ÖVP-Clubchefin Daniela Gmeinbauer regt temporäre Schutzzonen an, sollte sich das Problem weiter verschärfen.“ Das hast du im März gesagt, jetzt ist September, die Probleme haben sich verschärft, er wäre jetzt an der Zeit, diese Schutzzonen einzurichten. Wenn man anschaut, auch da wieder das typische Spiel der ÖVP, das wir oft merken. Die einzelnen Ebenen verweisen nicht auf die anderen, wo man Zuständigkeiten hat, und man tut so, als wäre man überhaupt nur im Grazer Gemeinderat vertreten und sonst nirgendwo. Ich darf erinnern, man sitzt in der Landesregierung mit dem Landeshauptmann, der kann recht wenig machen in dieser

Sache. Man hat dann doch den Bundesminister für Inneres, der einiges machen kann. Und wenn man jetzt ein bisschen in die Vergangenheit blickt, dann hat es schon einmal einen Innenminister gegeben, der in Innsbruck, aber auch in Graz Problemhotspots beseitigt hat. Ich kann mich da an die Darstellung von Uli Federspiel, seines Zeichens damals Stadtrat in Innsbruck, erinnern, der hat ganz klar darlegen können, auch mit Zahlen, dass sich in Innsbruck durch die Errichtung von Schutzzonen durch Herbert Kickl das Problem mit den Drogen erledigt hat. Das muss man einmal ganz klar in dieser Deutlichkeit sagen. Auch in Graz hat es diese Schutzzonen gegeben. Und wenn man dann ins Gesetz schaut, wann ist so eine Schutzzone möglich, wann kann man diese verordnen, wann kann diese Verordnung erlassen werden, dann wird dort erwähnt, immer dann, wenn es zu Vorfällen nach dem Strafgesetzbuch kommt. Na klar, wir haben dort unten Körperverletzungsdelikte immer wieder, und dann erwähnt auch das Gesetz explizit das SMG, das Suchtmittelgesetz. Und das ist dort unten einfach ein Drogenloch, nennen wir es beim Namen. Und das kann ich unterstreichen, was die Kollegin Gmeinbauer da gesagt hat, im BILLA drin wird gedealt, draußen wird gedealt, man sitzt jetzt auch noch bequem, es ist auch die Ausweitung dieses Problems zu beobachten von der ersten Sitzecke zur zweiten, dann steht man schon drüben beim Casino, es ist einfach ein Wahnsinn. Und deswegen würde ich euch bitten, liebe Kollegen von der ÖVP, auch alle anderen Gemeinderäte, gebt euch einen Ruck, nutzen wir die Instrumente, die der Rechtsstaat vorsieht, nämlich die Errichtung einer Schutzzone, das ist ja nichts Verwerfliches, und dann kann man mal sehen, ob auch das hilft. Weil die Stadt kann das Problem nicht lösen. Wir versuchen es ja schon seit vielen Jahren, und ich möchte auch der Stadtregierung nicht absprechen, dass sie es nicht versucht. Aber irgendwann braucht es nicht mehr diese Softpowermaßnahmen, irgendwann braucht es eben die Schutzzone, um dort wirklich unten einmal der Polizei die Möglichkeit zu geben, hart durchzugreifen. Deswegen kann ich auch, wenn die Dringlichkeit durchgeht, die werden wir ja auch befürworten, auch gleich unseren Abänderungsantrag vorstellen:

Namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs stelle ich den Abänderungsantrag, der Gemeinderat der Stadt Graz möge beschließen:

1. Eine Schutzzone am und um den Grazer Hauptplatz zu prüfen und beim Innenministerium einzufordern.
2. Ordnungswache und Polizei sollen sich zeitnah (nicht erst im Dezember) abstimmen und gemeinsam Maßnahmen setzen, die zur Sicherheit rund um das „BILLA-Eck“ beitragen
3. Prüfung einer personellen Aufstockung der Ordnungswache.

Und an dieser Stelle sei auch gesagt, wir haben den Innenminister kontaktiert, leider noch keine Antwort bekommen, aber ich bin mir sicher, das wird noch erfolgen.

Dankeschön. (Appl.)

**Originaltext des Abänderungsantrages/Zusatzantrages:**

*Bereits seit knapp einem Jahrzehnt kämpft die Grazer FPÖ gegen das Treiben am „BILLA-Eck“. Seither gab es unzählige Initiativen, die immer wieder die Entschärfung der Situation zum Ziel hatten. Seit einiger Zeit häufen sich die Vorfälle und die Situation am „BILLA-Eck“. Eine verfehlte Sozialpolitik und ein vom Gesundheitsfonds Steiermark unterstütztes Projekt zur Prüfung der „Qualität“ von illegal erworbenen Suchtmitteln, trägt zur Verschärfung der Situation am „BILLA-Eck“ bei.*

*Anfang September erging ein offener Brief der FPÖ Graz an Innenminister Mag. Gerhard Karner, in dem wir auf die Erfolge der durch den damaligen FPÖ-Innenminister Herbert Kickl initiierten Schutz zonen in Graz hinwiesen und baten, eine solche am und rund um den Grazer Hauptplatz einzurichten.*

*Da dieses Thema mittlerweile seit Jahren ein Problem darstellt, und es immer wieder zu teils schwerwiegenden Delikten kommt, ist Gefahr in Verzug und ein sofortiges Handeln notwendig.*

*Namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs stelle ich den*

**Zusatzantrag,**

*der Gemeinderat der Stadt Graz möge beschließen:*

- 1. Eine Schutzzone am und rund um den Grazer Hauptplatz zu prüfen und beim Innenministerium einzufordern*
- 2. Ordnungswache und Polizei sollen sich zeitnah (nicht erst im Dezember) abstimmen und gemeinsam Maßnahmen setzen, die zur Sicherheit rund um das „BILLA-Eck“ beitragen*
- 3. Prüfung einer personellen Aufstockung der Ordnungswache.*

**Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.**

**Vorsitzwechsel – Bgm.<sup>in</sup>-Stv.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> Schwentner übernimmt den Vorsitz (16.55 Uhr).**

**Bgm.<sup>in</sup> Kahr:**

Die Kollegin Braunersreuther ist nicht mehr da, sie ist entschuldigt.

Das Thema, wie die Kollegin Gmeinbauer schon angesprochen hat, beschäftigt uns hier, und ich bin selbst lange im Gemeinderat, also nicht nur ein paar Jahre, ich glaube, das kann man echt schon in ein Jahrzehnt titulieren. Weil ich weiß noch, das ist immer wieder, also zuerst hat man immer von den Punks gesprochen und alles Mögliche, ich will das gar nicht alles auf- und abreden, die die länger hier sind, wissen das. Und vor allem, es ändert sich auch, was das betrifft, versuche ich immer, genau zu sein, die Gruppe derer, die rund um den Hauptplatz, ums BILLA-Eck, wie auch immer man das nennen möchte, sich aufhält im öffentlichen Raum, ist nicht immer das Gleiche, erstens. Zweitens hat sich, und da gebe ich der Befundung vollkommen Recht, von der Kollegin Gmeinbauer, und ich bin auch durchaus für die Prüfungsvorschläge dankbar,

dass du das so formuliert hast, weil das, wie wir aus der Erfahrung der letzten Jahrzehnte wissen, keine schnelle Lösung gegeben hat. Es ist ja nicht so, dass sie hier nicht viele Gedanken gemacht haben, aber alle Lösungen, seien es Lorbeersträucher, sind es irgendwelche Musikbeschallungen, seien es Alkoholverbotzonen, man hat eines immer gesehen, dass man letztendlich den Aufenthalt von Menschen im öffentlichen Raum mit solchen Maßnahmen nicht verhindern kann. Wo ich aber in der Befundung Recht gebe, was sich geändert hat, und das ist seit dem Sommer beobachtbar, dass nicht dezidiert mehr, es hat ja auch was mit den angenehmeren Sitzgelegenheiten was zu tun, die Verweildauer länger ist und vor allem in der Konsumation mit Alkohol ein Verhalten gegenüber Menschen, die hier vorbeigehen, egal, wer auch immer das jetzt ist, nicht von allen, aber von einigen, eine Grenzüberschreitung darstellt, das sehe ich genauso. Jetzt rede ich von Müll und Tschikstummel wegschmeißen und das alles ist noch ein eigenes Kapitel, aber, das kann ich klipp und klar sagen, das halte ich selbst nicht für in Ordnung. Ich kenne einige Einzelne auch mit ihrer Lebensgeschichte, das muss ich auch dazusagen, die ist nicht die einfachste gewesen, und sind wir froh, dass wir nicht in so einer Situation sind. Aber trotzdem gibt es etwas, nämlich Respekt gegenüber anderen, und das gilt für diese Ecke genauso generell, egal, wo ich mich aufhalte, wenn Menschen sich gegenüber anderen in einer Weise benehmen, sodass es sie einschränkt, ist das einfach nicht zu tolerieren. Ob diese vorgeschlagenen Maßnahmen, die hier jetzt sind, die Lösung sind, glaube ich alleine nicht. Es ist aber auch nicht ignoriert worden, und das habe ich auch damals gesagt, selbstverständlich habe ich mit den Kolleginnen und Kollegen im Sozialamt über die ganzen Sommer hindurch überlegt, wie wir dieses Problem, aber Problem ist gut gesagt, wie man das Verhalten Einzelner sozusagen in bessere Bahnen lenken kann, besprochen. Wir haben nächste Woche auch wieder einen Jour fixe, wo weitere Ergebnisse da sind. Wir sehen in einem konkreten Punkt eine Lösung, die würde ich Ihnen aber gerne dann, wenn es 100-prozentig fix ist, mit Ihnen eigentlich gemeinsam selbstverständlich besprechen und vorlegen. Und ich hoffe, wenn alles gut geht, dass das auch schon Ende Oktober/Anfang November

spätestens soweit ist. Auf jeden Fall ist mir das selbst wichtig, weil ich glaube, dass das im Interesse derer ist, die sich tagsüber hier aufhalten, hier nicht pauschal verurteilt zu werden. Ich weiß es von vielen, die selbst hier anwesend sind, dass sie über einige Vergehen hier auch nicht glücklich sind, die sogar bei mir waren und das selbst für nicht in Ordnung halten, was mitunter passiert. Auf jeden Fall möchte ich das gemeinsam immer mit den Kolleg:innen des Sozialamtes machen, weil ich glaube letztendlich trotzdem nur, dass man es auf diese Weise lösen kann. Was mich aber nicht daran hindern soll, auch mit dem Stadtpolizeikommandanten, mit dem ich sowieso jetzt einen Termin ausgemacht habe, aber in anderen Zusammenhängen, und seine Erfahrungswerte und Expertisen hier einzubringen, weil es mir wichtig ist, ob sich das deckt mit der Befundung, die wir selbst im Amt haben. Andererseits aber auch, und da möchte ich gleich vorabschicken, die Kollegen und Kolleginnen der Rathauswache für den Bereich, wo ich zuständig bin, weil das ist gar nicht der Manfred Eber, weil ich bin für einen Teil direkt als Bürgermeisterin zuständig, was das Haus betrifft, eigentlich immer in einem guten Einvernehmen bin, sie auch immer ersuche und bitte, ein wachsames Auge zu haben, sollte es zu einer Grenzüberschreitung gegenüber einer vorbeigehenden Person geben, soweit das in ihrer Befugnis ist, das muss man natürlich auch immer sagen. Insofern würde ich Sie bitten, wenn Sie das annehmen können, der Dringlichkeit, wie gesagt, des Anliegens stimmen wir zu, dem Inhalt, also diesen einzelnen Punkten, nicht, weil wir letztendlich selbst einen Vorschlag haben, den ich Ihnen gerne im dementsprechenden Sozialausschuss auch präsentieren möchte; deshalb stimmen wir dem Antragspunkt selbst nicht zu (*Appl.*).

GR<sup>in</sup> Sabine **Wagner**:

Geschätzte Stadtregierung, sehr geehrte Frau Bürgermeister, liebe Kollegen und Kolleginnen des Gemeinderates, werte Zuseher und Zuseherinnen von der Liveübertragung. Ich möchte hier nur von Seiten der Exekutive bestätigen, dass es im heurigen Jahr vermehrt zu Einsätzen gekommen ist entweder nach dem

Sicherheitspolizeigesetz etc., aber auch dem Steirischen Landessicherheitsgesetz, Artikel 1, Anstand und Lärmerregung, und es wurde auch geahndet. Und wenn es Strafrechtsdelikte gab, wurden die natürlich auch aufgenommen und entsprechend bearbeitet. Jetzt möchte ich nur sagen, weil Sie gesagt haben, liebe Frau Bürgermeisterin, dass Sie nicht zuständig sind, aber die Ordnungswache hat auch diese Kompetenzen nach dem Landessicherheitsgesetz, nach diesem Artikel 1, Anstand und Lärmerregung, und es wäre natürlich auch von Vorteil, wenn diese Instanz sich auch darum kümmern würde und das Ganze nicht immer die Exekutive macht, weil es ja auch Aufgabe der Ordnungswache ist. Und das haben Sie auch schon angesprochen jetzt, dass es einen Jour fixe gibt und dass Sie bereits mit dem Stadtpolizeikommandanten gesprochen haben. Ich weiß nur, dass es im vorigen Jahr vor der Wahl einen Runden Tisch gegeben hat und ich möchte Sie auch bitten, sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, dass Sie wirklich den Diskurs mit dem neuen Stadtpolizeikommandanten führen und auch ihn vielleicht dazu einladen, wenn Sie einen Jour fixe haben, um gemeinsam eine Lösung herbeizuführen. Danke. *(Appl.)*

***Vorsitzwechsel – Bgm.<sup>in</sup> Kahr übernimmt den Vorsitz (17.00 Uhr).***

Bgm.<sup>in</sup> Kahr:

Wie sollen wir machen? Sollen wir das jetzt noch durchziehen? Ich frage Sie wirklich. Wenn viele Wortmeldungen sind, müsste ich es unterbrechen, weil wir versprochen haben, dass wir pünktlich unten sind. Es ist ja der Herr Kulturstadtrat unten und die Frau Vizebürgermeisterin, die müssen unten halt zumindest kurz ein paar Worte sagen. Wenn mehrere Wortmeldungen sind, würde ich vorschlagen, dass wir es unterbrechen und uns dann wieder um 17.30 Uhr sehen.

***Unterbrechung der Gemeinderatssitzung von 17.00 Uhr bis 17.50 Uhr.***

**GR Ammerer:**

Werte Kolleginnen und Kollegen! Werte Frau Bürgermeisterin! Werter Stadtsenat!

Werte Zuseher:innen auf der Tribüne und im Livestream. Willkommen zurück zur

Gemeinderatssitzung. Jetzt tu ich mir ein bisschen schwer, den Faden wieder zu finden

nach der vorigen Rede von Herrn Vizekanzler. Aber wir waren beim BILLA-Eck und dem

dringlichen Antrag. Das BILLA-Eck, wir kennen es alle, wir kennen auch die Problematik

drumherum und wir haben uns vorher mit dem Antrag der ÖVP dazu beschäftigt sowie

dem Zusatzantrag der FPÖ. Die Frau Bürgermeisterin hat vorhin schon ausgeführt zur

Problematik da unten, die sich in erster Linie als eine soziale Problematik darstellt. Und

bei einer sozialen Problematik muss man auch mit sozialen Mitteln eingreifen. Aber,

und das ist ein großes Aber, dort, wo Übergriffe passieren, dort, wo Passanten

belästigt werden, dort, wo Gewalt passiert, da muss natürlich auch die Exekutive

eingreifen, das ist ganz klar. Dafür ist sie auch da, dafür ist sie zuständig und es ist gut,

dass sie das tut. Die Situation am BILLA-Eck wird sich aber trotzdem nicht rein

polizeilich lösen lassen können, weil eine soziale Problematik der zugrunde liegt. Und

ich habe etwas den Verdacht, dass es bei dieser Diskussion oft darum geht, die Leute

dort nicht mehr sehen zu wollen und dass man viel weniger Problem mit dieser Szene

hätte, wenn sie aus den Augen, aus dem Sinn wäre. Deshalb bin auch ich sehr stark für

einen verstärkten Einsatz dort, aber mit den Mitteln, die auch den Leuten dort helfen,

sich von ihrer Suchtkrankheit zu emanzipieren, dort nicht mehr in dieser Szene sein zu

müssen, weil sie krank sind. Das sind die Maßnahmen, die wir am BILLA-Eck brauchen.

Und dort, wo Gewalt passiert, dort schreitet die Polizei ein. Daran ändert auch eine

Sicherheitszone nichts, da die Polizeiwache ja ohnehin direkt daneben ist und die

Polizei dort verstärkt kontrolliert, verstärkt schaut, und die Ordnungswache ebenso,

dazu sind sie ja da, und ich gehe davon aus und ich weiß auch, dass sie ihrer Aufgabe

gut nachkommen. Was ich auch noch betonen möchte ist, dass, wie auch die Frau

Bürgermeisterin vorhin erwähnt hat, die Szene dort unten sich nicht als so homogen,

wie sie gerne dargestellt wird, darstellt. Es ist beim angesprochenen Vorfall, der

passiert ist, waren auch die Leute, die eingeschritten sind und die Polizei alarmiert

haben, Teile dieser Szene. Also man kann da nicht alle über einen Kamm scheren und sagen, die sind alle Problemmenschen. Dafür stehen wir nicht, wir stehen dafür, das lösungsorientiert anzugehen mit intensiver sozialer Begleitung und dort, wo es nötig ist, wird ohnehin die Polizei gerufen. Deshalb werden wir eben diesem Antrag und dem Inhalt nicht zustimmen können. *(Appl.)*

**KO GR Mag. Pascuttini:**

Hoher Stadtsenat, hoher Gemeinderat. Wir haben die Pause genutzt. Ich werde jetzt unseren Abänderungsantrag zurückziehen und den wortgleichen Antrag als Zusatzantrag einbringen. *(Appl.)*

**Bgm.<sup>in</sup> Kahr:**

Danke, der Zusatzantrag liegt mir vor. Ich möchte nur darauf aufmerksam machen, aber in dem Fall ist es ein Weg zur Güte und das möglich machen, dass man nicht zwei Abänderungsanträge hat, normalerweise haben wir ja die Deadline aber ich denke wir können damit leben, dass das so kurzfristig eingebracht wird.

**StR Hohensinner:**

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, werter Gemeinderat. Dass die Situation dramatisch und deswegen auch dringlich ist, ich glaube, das haben auch alle hier betont, aber ich verstehe jetzt die Vorgehensweise der Regierung nicht. Wie gesagt, es ist dringlich, es wird keinem Punkt, den wir jetzt vorgeschlagen haben, zugestimmt. Die Frau Bürgermeisterin sagt, ja, es ist dringlich, aber im Oktober kommt da was, und da würde ich jetzt dich, liebe Frau Bürgermeisterin, bitten, es ist wirklich dramatisch, es ist dringend, die Sicherheit ist da auch gefährdet vor dem Rathaus, ich würde dich ersuchen, die Pläne jetzt uns zu schildern. Es kursieren Gerüchte, dass angeblich ins Rathaus eine Soziothek, ein Servicecenter für Obdachlose kommen soll oder irgendwo anders in der Innenstadt. Ich würde dich ersuchen wirklich, jetzt die Pläne auf den

Tisch zu legen. Und ich möchte sagen, ja, es gibt diese Situation schon einige Jahre und es wäre jetzt parteipolitisch, wenn wir sagen würden, das ist jetzt erst, seit die Elke Kahr Bürgermeisterin ist. Das ist nicht so. Aber die Situation hat sich extrem verschärft und ich glaube, das kann niemand abstreiten, dass es mehr Leute sind. Es passieren Raufhandel, ich habe das Büro oberhalb, es ist wirklich manchmal arg zu beobachten. Passanten versuchen dann einzuschreiten, werden auch selbst dann mitreingezogen in den Raufhandel. Es wird uriniert, es werden die Drogen wirklich ganz öffentlich verkauft. Zu mir kommen Familien und sagen, sie trauen sich jetzt eigentlich gar nicht mehr, durch die Gasse zu gehen, sie weichen auf die Herrengasse aus. Also diese Situation erfordert jetzt wirklich rasches Handeln. Und ja, es ist auch ein soziales Handeln erforderlich. Und ich habe auch angesetzt als Sozialstadtrat, wir haben die Obdachlosenschlafstellen erhöht, wir haben ein Kältetelefon eingerichtet, wir haben eine Wärmestube umgesetzt bei der Stadtpfarrkirche, also ja, mir tun die Leute leid. Also gerade die jungen Leute, wenn ich mit denen unten rede, als Familienvater denke ich, das ist das Schlimmste, wenn ein junger Mensch falsch abbiegt. Und deshalb müssen wir die Hilfe bereitstellen, dazu haben wir die Verantwortung. Wir haben auch die Verantwortung, wenn die Situation wirklich sich so in eine falsche Richtung entwickelt, dass andere Menschen gefährdet sind, dass andere Menschen in der Freiheit eingeschränkt sind, dann müssen wir jetzt handeln. Und bitte, wir diskutieren oft, was ist dringlich in diesem Haus, das ist dringlich. Ich habe gestern mit Unternehmerinnen und Unternehmern gesprochen. Die haben mir Geschichten erzählt, was dort unten abgeht. Deshalb bitte ich dich, Frau Bürgermeisterin, erstens, sag, was du geplant hast, vielleicht ist ja auch etwas dabei, wo wir mitkönnen, eine Soziothek im Rathaus würde ich als den falschen Ansatz sehen, weil das ein Pullfaktor ist, aber erzähle uns deine Pläne bitte. Aber stimme vielleicht auch dem Punkt zu. Ich habe auch dem Kindergartengipfel zugestimmt. Ich glaube, es ist wichtig, dass wir die besten Ideen zusammentragen. Bitte stimmt dem zweiten Punkt wenigstens zu, dass wir uns mit der Polizei zusammensetzen, Sicherheitssprecher aller Fraktionen, und

schauen wir bitte, dass wir diese Situation mitten in unserer Stadt lösen. Bitte um die Zustimmung. (Appl.)

**Vorsitzwechsel – Bgm.<sup>in</sup>-Stv.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> Schwentner übernimmt den Vorsitz (18.00 Uhr).**

Bgm.<sup>in</sup> Kahr:

Also das kann ich definitiv ausschließen, dass eine Soziothek im Rathaus geplant ist, da hätten wir ja nicht einmal die Räumlichkeiten dafür. Wie man auf sowas kommt, das weiß ich nicht, wer solche Gedanken hegt. Wichtig ist anzumerken, der erste Punkt ist de facto ja etwas, was passiert ist, mich hat auch gerade der Kollege Martin Haidvogel, unser Magistratsdirektor, aufmerksam gemacht, dass es seit Sommer schon, man liest ja selbst schon die Sachen fast täglich, eh unsere Kollegen der Ordnungswache anwesend sind. Ich bin keine Freundin von halben Sachen und ich finde, weil den letzten Teil, den du angesprochen hast mit Hilfebereitstellung, man muss nach einer Lösung schauen, da bin ich voll bei dir, weil es genau darum geht. Aber man braucht beides, man braucht die sozialarbeiterischen Maßnahmen und, wie gesagt, da haben wir eine Konzeption fertig, man kann aber erst dann etwas öffentlich sagen, wenn es

100-prozentig unter Dach und Fach ist, und das ist es noch nicht. Deswegen haben wir noch ein Treffen nächste Woche, und ich gehe davon aus, dass es Ende Oktober/Anfang November soweit ist, dass wir im Sozialausschuss dann über die sozialarbeiterischen Maßnahmen informieren können. Und bezüglich des Zusammensetzens mit dem Stadtpolizeikommandanten und mit den Sicherheitssprechern, das kann ich Ihnen auch mündlich zusagen, das ist überhaupt kein Problem, das mache ich gerne, weil ich, noch einmal, sowieso eigentlich im regelmäßigen Austausch mit ihm bin, aus anderen Gründen.

*Zwischenruf StR Hohensinner: Und warum können Sie dann nicht dem zweiten Punkt zustimmen?*

**Bgm.<sup>in</sup> Kahr:**

Weil für mich ein ganzes Paket dazugehört. Und noch einmal, das möchte ich gerne gemeinsam machen und nicht jetzt so hudriwudri mit einem Antragstext, der, wohlgemerkt, wir der Dringlichkeit sehr wohl zugestimmt haben. Es ist der gleiche Grund. Aus demselben Grund habt ihr gerade vorhin meinem Kollegen Gemeinderat Zirngast den Dringlichkeitsantrag auch abgelehnt, obwohl das Thema schon 15 Jahre immer wieder mit Antrag eingebracht wurde. Da habt ihr gesagt, nein, ihr könnt da nicht zustimmen, weil das nicht im Detail im Ausschuss diskutiert wurde, und nichts anderes.

*Zwischenruf StR Hohensinner: Mut zu neuem Stil.*

**Bgm.<sup>in</sup> Kahr:**

Ja, den haben wir schon lange. Aber noch einmal, bei der Dringlichkeit sind wir uns einig. Dem Inhalt, kann ich jetzt nur noch einmal für meine oder unsere Fraktion sagen, dass wir in der Form, so wie er hier im Gesamten formuliert ist, nicht zustimmen werden. (Appl.).

**Vorsitzwechsel – Bgm.<sup>in</sup> Kahr übernimmt den Vorsitz (18.05 Uhr).**

CO GR<sup>in</sup> **Gmeinbauer:**

Liebe Frau Bürgermeisterin! Ich darf den Ball noch einmal aufgreifen, weil du die Ordnungswache angesprochen hast. Ich kann dir nur aus meiner eigenen Erfahrung, der Beobachtung da unten, sagen, dass die Ordnungswache zwar dort ab und an vorbeigeht, aber ansonsten gar nichts macht. Ich glaube, denen ist es auch zu heiß da unten. Wenn du dahingehend bei der Ordnungswache darum bittest, dass man ab sofort eine Dame/einen Herrn dort ständig bzw. stundenweise über den Tag verteilt, dort bittet stehen zu bleiben, dann ist einmal gleich etwas passiert, dass diese Gruppe ein bisschen angehalten ist, die lauten oder in der Gruppe Stänkereien und Streitigkeiten vielleicht ein bisschen einzudämmen. Ich nehme auch den Ball auf oder die Bälle auf, die du angekündigt hast, dass du mit Oktober uns allen eine Lösung anbieten wirst können. Ich bedanke mich da im Vorfeld für die Grazerinnen und Grazer und auch für die Unternehmerinnen und Unternehmer, die wirklich da unten leiden unter diesem Zustand und ich möchte dem Herrn Gemeinderat Ammerer nur sagen, wir haben nicht gesagt, dass wir diese Damen und Herren da unten aus den Augen, aus dem Sinn, es hat in den letzten Jahren oder Jahrzehnten eben durch die zuständigen Stadträte und Stadträtinnen ständig den Austausch gegeben, durch unsere Streetworker und auch durch andere Maßnahmen, wo das auch grundsätzlich gut funktioniert hat. Und es wurde von mir ausgeführt, dass es auch aufgrund der größeren Gruppe und wie auch von dir angesprochen wurde, sind verschiedene Gruppierungen da unten, die da zusammentreffen, und deswegen wahrscheinlich auch dieses explodierende Konfliktpotential, das da dahintersteckt. Und wir reden nicht von obdachlosen Menschen, ich weiß sehr wohl, dass diese Menschen da unten wohnversorgt sind, dass sie teilweise auch so integriert sind in unserer Gesellschaft, dass sie fähig sind, zwei oder drei Stunden arbeiten zu können, aber dennoch viel Zeit über den Tag haben, sich aufgrund ihres Suchtproblems da unten zusammzutreffen. Und dann passiert es eben, dass die Eskalation da ist, und die haben halt einfach eine Grenze überschritten, wo es keinen Genierer in alle Richtungen mehr gibt, weil sie ja auch keine öffentliche Toilette mehr aufsuchen. Und von daher möchte ich nur noch einmal sagen für meine Fraktion, dass wir nicht gesagt haben, diese Menschen

gehören weg oder weggesperrt, sondern wir bitten alle Fraktionen in diesem Haus, dass wir gemeinsam eine gute Lösung finden, dass sich die Einheimischen wohlfühlen, dass die Touristen uns nicht abstempeln, was bei uns los ist in der Stadt und dass die Unternehmer:innen und Unternehmen da unten gut arbeiten können. In diesem Sinne bedanke ich mich und wir werden auf jeden Fall dranbleiben an diesem Thema.

Dankeschön. (*Appl.*)

***Der Antrag wurde mit Mehrheit gegen (gegen ÖVP, FPÖ) abgelehnt.***

**9.3 Kennzeichenpflicht für E-Mopeds und E-Chopper ab einem Eigengewicht von 45 kg und einer max. Geschwindigkeit von 25 km/h  
(GR<sup>in</sup> Sabine Wagner, ÖVP)**

GR<sup>in</sup> Sabine **Wagner**:

Geschätzte Stadtregierung, sehr geehrte Frau Bürgermeisterin! Elektronisch angetriebene Fahrzeuge, Fahrräder ohne Tretunterstützung und Pedalantrieb sind verkehrsrechtlich sogenannte Fahrräder, diesen gleichgestellt. Es gilt, die maximale Antriebsleistung des Motors darf 600 Watt nicht übersteigen, zudem gilt eine maximale Baugeschwindigkeit von 25 km/h. Dazu zählen jetzt nicht nur die E-Scooter oder die sogenannten E-Pedelecs, sondern auch die landläufig bekannten E-Mopeds bzw. die E-Choppers, die oft eine Länge von zwei Metern haben und ein Eigengewicht von 45 kg bis 80 kg. Dazu möchte ich nur anmerken, nachdem sie den Fahrrädern gleichgestellt sind, dass diese Fahrzeuge bereits von Kindern benutzt werden dürfen, ab dem zwölften Lebensjahr, ohne Helm, und auch von Kindern ab dem zehnten Lebensjahr, zwar mit Helm, mit der sogenannten Fahrradprüfung, wenn sie diese positiv absolviert haben. All diese verschiedenen Varianten von E-Fahrzeugen nehmen immer mehr Raum im öffentlichen Straßenverkehr ein und es ist eine Tatsache, die zur Folge haben muss, dass diese Regeln auch, die dort gelten, eingehalten werden und befolgt werden, um ein gemeinschaftliches sicheres Zusammenleben aller

Verkehrsteilnehmer:innen zu gewährleisten. Gerade die E-Mopeds bzw. E-Chopper sind nur schwer vom tatsächlichen Moped zu unterscheiden, mit einem Eigengewicht von bis zu 80 kg brausen diese oft mit 25 km/h durch die Straßen und auch dort, wo es nicht unbedingt erlaubt ist. Ein Zusammenstoß mit einem E-Fahrzeug, angenommen einem E-Chopper, mit dem Eigengewicht von 80 kg und einer Geschwindigkeit von 25 km/h, kann man sich vorstellen, welche Verletzungen das zur Folge hat und auch jetzt nicht nur den anderen Verkehrsteilnehmer, sondern auch für den Lenker oder Lenkerin dieses Fahrzeuges selbst. Und wie zuvor angesprochen, wenn dort Kinder oben sitzen. Weil diese kinetische Energie, die dort freigesetzt wird, natürlich nicht mit einem normalen Fahrrad zu vergleichen ist. Auch der fehlende Rechtsschutz bei einem Unfall mit so einem E-Chopper stellt für Unfallbeteiligte ein Problem dar, da eine Anmeldung, eine Kennzeichenpflicht, bis dato ja nicht vorgesehen ist. Im Sinne der Sicherheit und des solidarischen Zusammenlebens aller Verkehrsteilnehmer:innen hätte eine klare Regelung hinsichtlich der Kennzeichenpflicht für E-Mopeds bzw. diese E-Choppers mit einer Bauartgeschwindigkeit von 25 km/h und einem Eigengewicht ab 45 kg der zu benützenden Straße und Wege für diese Fahrzeuge durchaus mehrere Vorteile. Erstens, wie gesagt, der angesprochene Versicherungsschutz im Schadensfall, das Einhergehen mit der Haftpflichtversicherung in dem Fall. Ein Kennzeichen ist natürlich auch immer eine Art Schutz vor einem Diebstahl, weil das Fahrzeug, wenn es aufgefunden werden sollte, natürlich dem Besitzer oder der Besitzerin wieder zugeführt werden kann. Das gilt auch bei einem unbefugten Gebrauch solcher Fahrzeuge, die manchmal irgendwo abgestellt werden und auch dann kann man verifizieren, wer der Besitzer oder die Besitzerin dieses Fahrzeuges ist. Die derzeitige Verfolgbarkeit der Halter:innen durch nicht vorhandene Kennzeichen täuscht natürlich oft eine Straffreiheit vor für jeden Einzelnen. Und es ist natürlich schwierig, wenn so ein Fahrzeug in einen Unfall verwickelt wird und natürlich die Fahrerflucht des Öfteren gegeben ist. Bei einem Hinweis an die Exekutive, es war ein blaues E-Moped, natürlich nicht unbedingt jetzt förderlich ist, weil man nicht genau sagen kann, wer Halter:in dieses Fahrzeuges ist. Viele Radwege, Geh- und Radwege oder Zonen, in denen das Radfahren erlaubt ist, sind einfach zu schmal für diese E-Mopeds bzw. E-Choppers, weil

ein gefahrloses Überholen dann nicht mehr möglich ist nach § 68 der Straßenverkehrsordnung. Da steht genau drinnen, dass Radfahrer sich so zu verhalten haben, dass sie andere Fußgänger:innen nicht gefährden. Und das ist natürlich mit so einem E-Moped nicht unbedingt leicht, weil das aufgrund der Geschwindigkeit und auch der Breite dieses Fahrzeuges eine Herausforderung ist. Leider wird natürlich auch das illegale Tuning dieser Geräte/Fahrzeuge immer beliebter. Das heißt ganz einfach, man baut die Drossel aus, wie es früher auch schon bei den Mofas oft passiert ist, und diese Fahrzeuge dann eine höhere Geschwindigkeit erreichen können. Es gibt auch Fahrzeughändler, die sogar damit werben, dass man das Fahrzeug adaptieren kann bis auf eine Geschwindigkeit von 34 km/h, und das bedeutet, dass diese Fahrzeuge ja darauf nicht ausgerichtet sind. Der Antrieb ist weder ausgerichtet für so eine Geschwindigkeit, noch sind die Bremsvorrichtungen für so eine Geschwindigkeit ausgerichtet.

Namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs stelle ich daher folgenden dringlichen Antrag, der Grazer Gemeinderat möge am Petitionswege an die zuständige Verkehrsministerin Leonore Gewessler herantreten, um eine Kennzeichenpflicht für E-Mopeds und E-Chopper ab einem Eigengewicht von 45 kg und einer Maximalgeschwindigkeit von 25 km/h sowie eine bessere Regelung hinsichtlich der Benutzung der Radwege und Zonen, in denen das Radfahren erlaubt ist, für diese Fahrzeuge innerhalb der Straßenverkehrsordnung zu prüfen und schnellstmöglich zur Umsetzung zu bringen.  
Danke. (Appl.)

**Originaltext des Dringlichkeitsantrages:**

*E-Bikes ohne Pedale (dies beinhaltet E-Scooter, E-Pedelecs), also elektronisch angetriebene Fahrräder/Fahrzeuge ohne Tretunterstützung und Pedalantrieb, sind verkehrsrechtlich herkömmlichen Fahrrädern gleichgestellt. Es gilt: Die maximale Antriebsleistung des Motors darf 600 Watt nicht übersteigen, zudem gilt eine maximale Bauartgeschwindigkeit von 25 km/h. Dazu zählen auch die landläufig bekannten*

„E-Mopeds“ und „E-Chopper“, die oft eine Länge von 2 Metern erreichen und von 45 bis zu 80 kg Eigengewicht haben.

Das Fahrrad, das E-Bike, die E-Scooter, die E-Mopeds und E-Chopper, in allen verschiedenen Varianten, bekommen und nehmen sich immer mehr Raum im Straßenverkehr. Das ist grundsätzlich auch in Ordnung. Es ist aber eine Tatsache, die zur Folge haben muss, dass Regeln eingezogen und befolgt werden müssen, die ein gemeinschaftliches und sicheres Zusammenleben aller Verkehrsteilnehmer:innen und Fußgänger:innen gewährleisten.

Gerade die E-Mopeds oder E-Chopper sind nur schwer von einem tatsächlichen Moped oder Motorrad zu unterscheiden. Mit einem Eigengewicht von bis zu 80 kg brausen diese mit 25km/h durch unsere Stadt. Oft kommt es zu brenzligen Situationen im Straßenverkehr bzw. in Begegnungszonen. Ein Zusammenstoß eines E-Mopeds/Chopper, mit einem Eigengewicht von 80kg und einer Geschwindigkeit von 25 km/h mit einem Fußgänger oder einem anderen Fahrzeug, könnte ohne Zweifel schwere körperliche Verletzungen nach sich ziehen, Kollisionen mit Kindern verheerende Folgen haben. Die kinetische Energie, die hier freigesetzt wird, ist mit einem normalen Fahrrad oder einem E-Scooter nicht zu vergleichen.

Auch der fehlende Rechtsschutz bei einem Unfall mit einem E-Moped/Chopper stellt für alle Unfallbeteiligten ein Problem dar, da eine Anmeldung und Kennzeichnung derzeit nicht vorgesehen ist. Dies könnte den einen oder anderen Fahrzeughalter bei Unfällen in Schwierigkeiten bringen und bedeutet somit vor allem für den oder die Geschädigten eines solchen Unfalls massive Nachteile.

Im Sinne der Sicherheit und des solidarischen Zusammenlebens aller Verkehrsteilnehmer:innen, aller Fußgänger:innen, aller Familien, sowie aller Fahrzeughalter:innen, hätte eine klare Regelung hinsichtlich der Kennzeichenpflicht für E-Mopeds und E-Chopper mit einer Bauartgeschwindigkeit bis 25km/h und ab einem Eigengewicht von

45 kg, sowie einer klaren Regelung hinsichtlich der zu benützenden Straßen und Wege für diese Fahrzeuge durchaus mehrere Vorteile:

1. *der bereits angesprochene Versicherungsschutz im Schadensfall und damit das Einhergehen einer verpflichteten Haftpflichtversicherung. Eine Versicherung übernimmt in den meisten Fällen jene Schäden, welche der Fahrer anderen Verkehrsteilnehmer:innen im Straßenverkehr zugefügt hat.*
2. *Ein Kennzeichen ist auch immer eine Art zusätzliche Absicherung und Schutz für die Besitzer:innen selbst; etwa bei Diebstahl. Es wäre eine eindeutige Zuordnung zur Besitzer:in möglich und eine wesentliche Hilfe um ein gestohlenen Fahrzeug wieder zu finden. Dies gilt vor allem bei Fahrzeugen, die ausschließlich für eine Fahrt unbefugt in Gebrauch genommen werden, und nach Verwendung an einem anderen Ort abgelegt wurden.*
3. *Die derzeitige Verfolgbarkeit der Halter:innen durch nicht vorhandene Kennzeichnung, täuscht vielen Nutzer:innen auch Anonymität und Straffreiheit vor. Hinweise wie „es war ein blaues E-Moped beteiligt“, sind leider nicht wirklich hilfreich für Einsatzorganisationen.*
4. *Viele Radwege, Geh- und Radwege oder Zonen, in denen das Radfahren erlaubt ist, sind einfach zu schmal für E-Mopeds und E-Chopper. Ein gefahrloses Überholen ist fast unmöglich. Gemäß der StVO § 68 haben sich „Radfahrer so zu verhalten, dass Fußgänger nicht gefährdet werden.“ Dies ist bereits aufgrund der hohen Geschwindigkeiten von E-Mopeds und E-Chopper, des hohen Eigengewichtes, sowie der Länge und Breite dieser Fahrzeuge eine Herausforderung.*

5. *Leider wird auch das illegale „Tuning“ immer beliebter und stellt einen zusätzlichen Anreiz für die Verwendung dar. Dadurch werden Geschwindigkeiten bis zu 50km/h ermöglicht. Um aus einer Website eines Händlers zu zitieren: „Adaption auf höhere Geschwindigkeit ca. 34 km/h ebenso möglich.“ Die Fahrzeuge sind aber nicht auf diese Geschwindigkeiten ausgelegt. Bremsen oder Antriebsteile können diesen Belastungen nur schwer standhalten. Unfälle sind vorprogrammiert. Bei Geschwindigkeitsübertretungen und einem vorhandenen Kennzeichen könnte man bei „Tuning“ und zu schnellem Fahren zumindest den Fahrzeughalter in die Verantwortung nehmen.*

*Namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs stelle ich daher folgenden*

***dringlichen Antrag:***

*Der Grazer Gemeinderat möge am Petitionswege an die zuständige Verkehrsministerin Leonore Gewessler, BA herantreten, um*

- *eine Kennzeichenpflicht für E-Mopeds und E-Chopper ab einem Eigengewicht von 45 kg und einer max. Geschwindigkeit von 25 km/h sowie*
- *eine klare Regelung hinsichtlich der Benutzung der Radwege bzw. Zonen, in denen das Radfahren erlaubt ist, für diese Fahrzeuge*

*zu prüfen und in weiterer Folge innerhalb der StVO zu verankern.*

**Bgm.<sup>in</sup> Kahr:**

Ich möchte eine Mitteilung machen. Herr Klubobmann Pascuttini ist jetzt für eine Stunde ca. weg (18.10-19.10 Uhr), kommt dann wieder. StR Krotzer und GR Ammerer

sind bei einer Veranstaltung der Kultusgemeinde (ab 18.15 Uhr) und Frau CO Gmeinbauer hat mich gebeten zu sagen, dass sie ab 18.30 Uhr gehen muss.

**GR Lenartitsch:**

Werte Frau Bürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, liebe Zuhörer:innen und Zuseher:innen hier und vielleicht zu Hause oder im Büro! Dass die elektrisch betriebenen Roller, Chopper gefährlich sind, das ist unbestritten. Das hängt aber zusammen wahrscheinlich, dass diejenigen oder vielleicht ein Teil derjenigen, die sie nutzen, sich an die Straßenverkehrsordnung nicht halten bzw. vielleicht auch aus Übermut oder aus Nichtwissen einfach sich auf der Straße oder auf den Wegen und überall begegnen. Inhaltlich stehe ich dahinter, weil es einfach, momentan auch über den Sommer, vermehrt spürbar und merkbar ist, dass auch vor allem ganz junge Menschen damit unterwegs sind und auch das vielleicht das zum Problem werden kann. Aber anscheinend ist es momentan sehr en vogue, dass jeder Elternteil seinem Kind oder seinen Kindern so ein elektrisches Fortbewegungsmittel zur Verfügung stellt, ob getunt oder nicht. Aber man soll einfach ein bisschen damit aufpassen und vielleicht nicht gleich das ganze Boot mit dem Kind ausschütten oder das Kind mit dem Boot ausschütten sozusagen und man da eher an die Vernunft appellieren und vielleicht in weiterer Folge jetzt dahin bringen, dass man Verkehrsschulungen, wie es sie eben auch für die Radfahrprüfungen gibt, und die Sensibilisierung dorthin wecken, als gleich so quasi per Gesetz zu verordnen, dass dort eine Kennzeichentafel oder sonst etwas draufkommt. Gefällt mir persönlich nicht, das Sensibilisieren sehr wohl, und deswegen werden wir inhaltlich natürlich hinter diesem Antrag oder zu diesem Antrag stehen. Danke. (*Appl.*)

GR Günter **Wagner**:

Hoher Gemeinderat. Ein bisschen haben wir schmunzeln müssen, wie wir den Antragstext gelesen haben. Häuptling Fremde Feder ist mir da eigentlich eingefallen. Denn vom April weg bis zu dem Antrag haben sich grundsätzlich nur die Fahrzeuge ein bisschen verändert, da hat der Kollege einen Antrag zu Fahrrädern und Kennzeichen eingebracht, da habt ihr die Notwendigkeit noch nicht unbedingt gesehen. Jetzt sind ein paar andere Fahrzeuge dazugekommen, ja, die sicher sich etwas unterscheiden, aber nicht immer. Wenn ich jetzt E-Bikes hernehme, die werden ja genauso getunt. Also ich habe zuletzt einmal versucht, eines zu überholen, ich habe mich dann selber geschreckt, wie dann schon 60 km/h am Tacho gestanden ist, die gehen schon richtig flott und ich glaube, ein 90 kg schwerer Steirer mit einem 60 km/h E-Bike ist jetzt nicht wesentlich gefährlicher wie einer auf einer E-Chopper nur mit 80 kg, das ist so oder so ein Problem. Und ein Problem haben wir überall da, wo unterschiedliche Geschwindigkeiten aufeinandertreffen. Weil du hast auf der Straße ein Fahrrad und ein Auto, das schneller fährt, du hast in der Schmiedgasse einen Fußgänger und einen Radfahrer oder diese E-Scooter, wie sie unterwegs sind, das bringt einfach brenzlige Situationen und bringt dann natürlich schlussendlich auch versicherungstechnisch irgendwann Fragen, wenn etwas passiert. Und wir sehen ja, es passiert oft genug etwas. Wir sind auch der Meinung, Kennzeichen bei solchen Fahrzeugen können da eine Möglichkeit sein, einfach um die Anonymität da wegzubringen, weil das ja auch nicht selten leider mit Fahrerflucht einhergeht. Ein Versicherungsschutz wäre sicher auch angebracht, weil wenn es passiert und Schaden an Personen passiert, dann kostet es meistens richtig viel. Und irgendwo brauchen wir da nicht beleidigt sein, die Räder sind zwar weg, die hätten wir gerne mitdraufgehabt, aber das wäre einmal ein Anfang. Wir werden der Dringlichkeit und dem Antrag in dem Fall zustimmen. Danke.  
(Appl.)

**Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.**

**GR Stücklschweiger:**

Vielen Dank. Das, was ich gerne mitteilen würde, hätte natürlich auch die Dringlichkeit oder hätte die Dringlichkeit noch einmal unterstreichen sollen, aber ist für die Sache auch ganz wichtig. Ich möchte aber vorher noch ganz kurz darauf eingehen, was Sie, Herr Kollege Lenartitsch, gesagt haben. Sie haben gesagt, Elternteile stellen Kindern Scooter zur Verfügung. Ich möchte nur noch einmal unterstreichen, es geht hier ganz klar um die E-Chopper und um die E-Mopeds und nicht um den klassischen E-Scooter. Ich habe noch kein Kind in dieser Stadt mit einem E-Chopper herumfahren gesehen. Vielleicht ist es Ihnen anders ergangen, mir nicht. Die Erlebnisse, die ich gehabt habe mit E-Choppern, weil, wie Sie vielleicht wissen aus vergangenen Gemeinderatssitzungen, ich bin ein großer Fan der regulären E-Scooter. Die Erlebnisse, die ich gehabt habe, die sind persönlicher Natur. Ich wohne im Bezirk Lend und bin in den letzten Wochen dreimal, zweimal direkt und einmal indirekt, mit Vorkommnissen auseinandergesetzt gewesen. Und zwar, auf der einen Seite habe ich die Haustüre verlassen, bin auf den Gehsteig gegangen gemeinsam mit meinen zwei Kindern und eben von einem solchen E-Chopper beinahe am Gehsteig niedergeführt worden. Mir ist durchaus bewusst, dass auch der reguläre E-Scooter-Fahrer sich nicht immer an die StVO hält und auch teilweise am Gehsteig unterwegs ist, und das ist natürlich nicht in Ordnung. Allerdings ist trotzdem hervorzuheben, dass der Zusammenstoß zwischen einem klassischen und kleinen E-Scooter und einem E-Chopper halt doch anders und auch andere Auswirkungen hat. Das ist das eine. Einige Tage später, am Fahrradweg mit meinen Jungs unterwegs gewesen, kommt uns wieder so ein E-Chopper, diesmal mit zwei Kollegen unterwegs, entgegen und wieder ist es so gewesen, dass meine Jungs fast zusammengeführt worden sind. Das hat zur Folge gehabt, dass die voll verschreckt zu mir gesagt haben, der Ältere, 8 Jahre, Papa kannst du uns nicht nächstes Mal mit dem Auto führen? Also ich bin mir nicht ganz sicher, ob das die richtige Strategie ist, um die Kinder zum Fahrradfahren zu bewegen, wenn sie sich am Gehsteig eigentlich davor fürchten müssen, dass ein kleines Gemetzel stattfindet. Und das dritte Erlebnis, das ich nicht direkt, sondern indirekt über meine Lebensgefährtin

hatte und das ich gerne mitteilen würde, das ist eigentlich das schlimmste von allen. Wir wissen alle, dass es im Volksgarten keinen Fahrradweg gibt und sich auch da die Wenigsten daran halten, dass man da nicht durchfahren darf. Vor wenigen Tagen ist es so gewesen, dass meine Lebensgefährtin wieder mit den beiden Kindern unterwegs, Doblbergasse, Parkeingang, Richtung Skatebahn, gewesen ist, und am Weg dorthin zwei von diesen Choppern mit der Maximalgeschwindigkeit, ihrer Meinung nach, ziemlich sicher auch getunt, weil es sich wahnsinnig schnell angefühlt hat, auf die drei zugerast ist und wirklich nur einen Zentimeter vor den Füßen meiner Lebensgefährtin und meiner Kinder stehengeblieben ist. Und die dann in aller Freundlichkeit, und das können Leute aus der Umgebung auch bezeugen, die beiden Herrschaften darauf hingewiesen hat, dass auf der einen Seite auf diesem Weg Fahrradfahrverbot herrscht und auf der anderen Seite, dass man vielleicht ein bisschen mehr Rücksicht nehmen könnte in einem Park, wo Kinder spielen. Das, was sich danach zugetragen hat, war schon schwer grenzwertig. Mein Achtjähriger kennt mittlerweile durch diesen Zufall sehr viele Fachbegriffe aus dem horizontalen Gewerbe. Meine Lebensgefährtin ist aufs Wüteste beschimpft worden und körperlich bedroht worden. Sie hat infolgedessen die Polizei gerufen und die waren auch sehr schnell da. Leider Gottes waren die Chopper auch genauso schnell weg. Hätten wir Kennzeichen auf den besagten Choppern, wäre es sehr einfach möglich gewesen, dass Ganze weiter zu verfolgen.

So bleibt der Polizei nichts anderes übrig, als ständig auf Streifzug, was für den Volksgarten vielleicht gar nicht so schlecht ist, sich zu begeben, um die Leute per Zufall irgendwie auszuforschen. Vielleicht gibt Ihnen das noch einmal zu denken, dass man erstens eine klare Differenzierung vornimmt zwischen einem Roller und einem E-Moped und einem E-Chopper und auf der anderen Seite wünsche ich niemandem von euch ähnliche Erlebnisse. Ihr habt sicher auch alle Kinder und Lebensgefährtinnen und Lebensgefährten. Danke. *(Appl.)*

GR<sup>in</sup> DI<sup>in</sup> **Würz-Stalder:**

Sehr geehrter Stadtsenat, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, Zuseher:innen anwesend und im Livestream. Wir haben der Dringlichkeit zugestimmt. Wir sehen das auch als dringlich, hier besteht Klärungsbedarf. Und ich möchte darauf hinweisen, dass der Gemeinderat sich oftmals dazu bekannt hat, aktive Mobilität fördern und ausbauen zu wollen. Was uns wichtig dabei erscheint ist, dass das als niederschwelliger Zugang, ohne viel bürokratischen und behördlichen Aufwand, abläuft. Das ist ein Förderungsaspekt. Insofern sind wir gegen Kennzeichenpflicht, die für Fahrzeuge, von denen wir jetzt sprechen, sozusagen für Fahrräder nicht anzuwenden wäre. Dass diese Niederschwelligkeit sich natürlich jetzt ausgewirkt hat in dem Sinn, dass es da jetzt eine ganze Vielzahl von Verkehrsmitteln plötzlich gibt, also das hat sich ja erst in den letzten Jahren entwickelt, man staunt ja, was da plötzlich alles herumfährt. Man muss dazu sagen, sie sind mit Elektrobetrieb, das ist zu begrüßen...

*Zwischenruf GR Mag. **Winter:** Sehr umweltfreundlich, also mit den Siliziumbatterien.*

GR<sup>in</sup> DI<sup>in</sup> **Würz-Stalder:**

... sicherlich immissionsfreundlich an der Stelle. Soweit es dies, den Verzicht auf einen Verbrennungsmotor oder ein Fahrzeug, das mit Verbrennungsmotor betrieben wird, ist es durchaus zu begrüßen. Allerdings eben durch diese Vielzahl an verschiedensten Fahrzeugen entsteht tatsächlich der Klärungsbedarf, welche Fahrzeuge nun auf diesen Fahrradwegen berechtigt sind zu fahren, auf den Radfahranlagen, so werden sie in der StVO genannt. Derzeit wird dies über Merkmale wie zum Beispiel des Nabenabstands zwischen dem Vorder- und dem Rückrad bemessen, der darf maximal 1,70 Meter betragen, oder bei Mehrspurigkeit von Fahrrädern ist sozusagen die Breite mit 100 cm begrenzt. Ob das jetzt ausreicht, sozusagen zu definieren, ob diese Geräte, Fahrzeuge auch auf Fahrradanlagen berechtigt sind zu fahren, das ist zu hinterfragen und daher ist aus unserer Sicht einmal der erste Schritt zu klären, welche Fahrzeuge wo fahren

dürfen. Deshalb werden wir uns dem Punkt, von Frau Wagner eingebracht, anschließen, dass die gesetzliche Regelung hinsichtlich der Benutzung dieser Radwege bzw. -zonen, in denen das Radfahren erlaubt ist und die dafür entsprechenden Fahrzeuge zu prüfen sind und in weiterer Folge auch in der StVO zu verankern sind.  
(Appl.)

GR<sup>in</sup> Sabine **Wagner**:

Ich wollte nur noch einmal betonen, dass es mir da wirklich in erster Linie um die Verkehrssicherheit aller Verkehrsteilnehmer:innen geht und, wie gesagt, auch um die Kinder, was da involviert sind in solchen Unfällen, und wir wissen ja, dass die Unfallraten steigen und die Körperverletzungen, die dadurch entstehen, schwerer werden und dass es mittlerweile auch schon sehr viele Todesfälle gibt aufgrund dieser E-Mobilität. Und noch einmal betont, es geht um die Verkehrssicherheit und um nichts anderes. (Appl.)

Bgm.<sup>in</sup> **Kahr**:

Zur Information, der Abänderungsantrag der Grünen ist zurückgezogen. Es ist das Ersuchen da um getrennte Abstimmung.

**Punkt 1) Kennzeichenpflicht für E-Mopeds und E-Chopper:  
Dieser Punkt wurde mit Mehrheit abgelehnt (gegen ÖVP, FPÖ).**

**Punkt 2) Klare Regelung hinsichtlich der Benutzung der Radwege bzw. -zonen, in denen das Radfahren erlaubt ist, für diese Fahrzeuge:  
Dieser Punkt wurde einstimmig angenommen.**

**9.4 Ehrung von Ivica Osim  
(GR DI David Ram, GRÜNE im Namen von KPÖ, GRÜNE, SPÖ)**

**GR DI Ram:**

Liebe Grazerinnen und Grazer, liebe Kolleginnen und Kollegen! Mir fällt heute die schöne Aufgabe zu, im Namen von unserem Klub, der KPÖ und der SPÖ einen wohlverdienten Grazer zu ehren. Zuerst aber einmal danke an unser Büro, speziell an die Edith Latzer, die da federführend mitgewirkt hat als echter Fan von Ivica Osim, um den es hier geht. Am 1. Mai des heurigen Jahres verstarb Ivica Osim, der Jahrhunderttrainer von Sturm Graz. In einer berührenden Abschiedsfeier im Stadion Liebenau haben tausende Menschen ihre Trauer über sein Ableben zum Ausdruck gebracht. In der Trauersitzung des Grazer Gemeinderates, an die sich, glaube ich, noch alle erinnern können, hat Gilbert Prilasnig, der der großen Sturm-Mannschaft angehörte, in beeindruckenden Worten dargelegt, was Ivica Osim als Fußballtrainer, aber noch viel mehr als Mensch, ausmachte. Ivica Osim wuchs in armen Verhältnissen in Sarajevo auf. Dieser Stadt, die sich durch ihre Vielfalt an Ethnien und Religionen auszeichnet, und er blieb dieser Stadt sein ganzes Leben lang tief verbunden. Aber der Krieg und die Belagerung Sarajevos hinterließen in ihm tiefe Wunden. Und er sagte: „Ich kann mich nicht mehr freuen. Freude gibt es nach dem, was in meiner Heimat passiert ist, nicht mehr.“

Wir wissen alle, Osim war ein beeindruckender Fußballer und ein international erfolgreicher Fußballtrainer. Ob als Trainer der letzten jugoslawischen Nationalmannschaft, als Trainer von Sturm Graz, der dreimal in die Champions League und zweimal zum Meistertitel führte oder als Nationaltrainer von Japan, überall blieb er verehrt und unvergessen. Aber auch bei großen sportlichen Triumpfen behielt Osim seinen kritischen Blick und seine Zurückhaltung. Er war ein Nachdenkender und Nachdenklicher. Ivica Osim war aber viel mehr als nur ein erfolgreicher Fußballtrainer. Er war Menschenfreund und Humanist, der sich gegen Krieg, Nationalismus und Rassismus stellte. Oft zitiert sind seine Worte: „Kampf der Kulturen? Normalerweise kämpfen Kulturen nicht. Deshalb sind sie ja Kulturen. Weil sie keine Kriege führen.“

Gerade deshalb ist in der jetzigen Zeit nicht nur die Ehrung von Ivica Osim hier als beeindruckende Persönlichkeit wichtig, sondern sie ist brandaktuell. Weil er jemand war, der uns kommuniziert hat, wie schlimm diese Leiden des Krieges sind, wenn man selbst ein Vertriebener ist aus seinem eigenen Land. Es liegt an unserer Stadt Graz, sein Andenken in einer würdevollen Form zu wahren. Das gemeinsame Bekenntnis, Ivica Osim mit einer Benennung einer Straße oder eines Platzes in Graz zu ehren, gibt es seitens der Koalitionspartner:innen schon seit einiger Zeit. In Abstimmung mit der Familie Osim und Sturm Graz wurde folgender Vorschlag erarbeitet:

In einem ersten Schritt soll der Stadionplatz in Ivica-Osim-Platz erfolgen. Nur wenige Unternehmen sind von einer Änderung ihrer Adresse betroffen. Darüber hinaus haben Bürgermeisterin Elke Kahr, Vizebürgermeisterin Judith Schwentner und Klubobmann Michael Ehmann in einem gemeinsamen Pressegespräch vorgeschlagen, die Conrad-von-Hötzendorfstraße, beginnend ab der Fröhlichgasse bis zum Bertha-von-Suttner-Platz, nach Ivica Osim zu benennen. Wir greifen damit den Wunsch auf, der schon mehrfach an die Stadt herangetragen wurde: die Straße, die einen Kriegshelden ehrt, zu einer Straße, die einen Mann des Friedens würdigt, zu machen.

Diese zweite Umbenennung, von der deutlich mehr Anrainer:innen und Unternehmen betroffen wären, soll jedoch gut vorbereitet und in einem partizipativen Prozess

begleitet werden, denn es ist uns wichtig, dass die von Anrainer:innen dort Tätigen oder die dortigen Betriebe mitgetragen wird. Darüber hinaus soll geprüft werden, ob in diesem Straßenabschnitt zumindest auf einer Seite Entsiegelungs- und Begrünungsmaßnahmen stattfinden können und damit auch Bäume, Pflanzung möglich wird. Falls diese Prüfung positiv ausgeht, könnte aus der Straße eine Ivica-Osim-Allee werden. In diesem Sinne stelle ich im Namen des Grünen Gemeinderatsklubs, der KPÖ und der SPÖ folgenden dringlichen Antrag:

1. Der Gemeinderat der Stadt Graz bekennt sich dazu, an den am 1. Mai 2022 verstorbenen Ivica Osim im öffentlichen Stadtraum sichtbar zu erinnern.
2. Der Gemeinderat begrüßt den Vorschlag, in einem ersten Schritt den bisherigen Stadionplatz in Ivica-Osim-Platz umzubenennen und beauftragt Bürgermeister-

Stellvertreterin Judith Schwentner mit der dafür notwendigen Prüfung. Über das Ergebnis ist dem Gemeinderat ein Bericht vorzulegen.

3. Der Gemeinderat begrüßt den Vorschlag, den südlichen Abschnitt der Conrad-von-Hötzendorf-Straße, vom Zentrum aus gesehen beginnend ab der Fröhlichgasse bis zum Bertha-von-Suttner-Platz nach Ivica Osim zu benennen und beauftragt Bürgermeister-Stellvertreterin Judith Schwentner mit der dafür notwendigen Prüfung. Über das Ergebnis ist dem Gemeinderat ein Bericht vorzulegen.
4. Bürgermeisterin-Stellvertreterin Judith Schwentner wird ersucht, die entsprechenden Begleitmaßnahmen, die zu erwartenden Kosten und den für die Vorbereitung erforderlichen zeitlichen Rahmen zu klären. Darüber hinaus wird Bürgermeisterin-Stellvertreterin Judith Schwentner um Prüfung ersucht, ob die Möglichkeit für einen mittelfristig umsetzbaren Aufbau einer Allee sowie für zusätzliche Begrünungs- und Entsiegelungsmöglichkeiten in dem zur Umbenennung vorgesehenen Straßenzug besteht.
5. Bürgermeisterin-Stellvertreterin Judith Schwentner wird ersucht, einen Beteiligungsprozess aufzusetzen, in dem insbesondere die Wohnbevölkerung, die Unternehmen und Institutionen in der Conrad-von-Hötzendorfstraße und der Bezirksrat Jakomini eingebunden werden. Über die Ergebnisse der Prüfungen und den geplanten Beteiligungsprozess ist der Gemeinderat zu informieren.

Ich bitte um breite Zustimmung. (Appl.)

**Originaltext des Dringlichkeitsantrages:**

*Am 1. Mai des heurigen Jahres verstarb Ivica Osim, der Jahrhunderttrainer von Sturm Graz. In einer berührenden Abschiedsfeier im Stadion in Liebenau haben tausende Menschen ihrer Trauer über sein Ableben zum Ausdruck gebracht. In der Trauersitzung des Grazer Gemeinderats vermittelte uns Gilbert Prilasnig, der der großen Sturm-*

*Mannschaft angehörte, in beeindruckenden Worten, was Ivica Osim als Fußballtrainer aber noch viel mehr als Mensch ausmachte.*

*Ivica Osim wuchs in armen Verhältnissen in Sarajevo auf. Dieser Stadt, die sich durch ihre Vielfalt an Ethnien und Religionen auszeichnet, blieb er sein ganzes Leben tief verbunden. Der Krieg und die Belagerung Sarajevos hinterließen bei ihm tiefe Wunden. „Ich kann mich nicht mehr freuen. Freude gibt es nach dem, was in meiner Heimat passiert ist, nicht mehr.“*

*Osim war selbst ein herausragender Fußballer und ein international erfolgreicher Fußballtrainer. Ob als Trainer der letzten jugoslawischen Nationalmannschaft, als Trainer, der Sturm Graz dreimal in die Champions League und zweimal zum Meistertitel führte oder als Nationaltrainer von Japan – überall blieb er verehrt und unvergessen. Aber auch bei großen sportlichen Triumphen behielt Osim seinen kritischen Blick und seine Zurückhaltung, er war ein Nachdenklicher und Nachdenkender.*

*Ivica Osim war viel mehr als ein erfolgreicher Trainer, er war Menschenfreund und Humanist, der sich gegen Krieg, Nationalismus und Rassismus stellte. Oft zitiert sind seine Worte: „Kampf der Kulturen? Normalerweise kämpfen Kulturen nicht. Deshalb*

*sind sie ja Kulturen. Weil sie keine Kriege führen.“ Viele Menschen in unserer Stadt haben den Tod von Ivica Osim betrauert, nicht nur jene, die mit Sturm Graz und dem Fußball verbunden sind.*

*Es liegt auch an uns als Stadt Graz, sein Andenken in einer würdevollen Form zu wahren. Das gemeinsame Bekenntnis, Ivica Osim mit der Benennung einer Straße oder eines Platzes in Graz zu ehren, gibt es seitens der Koalitionspartner:innen schon seit einiger Zeit. In Abstimmung mit der Familie Osim und Sturm Graz wurde folgender Vorschlag erarbeitet:*

*In einem ersten Schritt soll zeitnah die Umbenennung des Stadionplatzes in Ivica-Osim-Platz erfolgen. Nur wenige Unternehmen sind von einer Änderung ihrer Adresse betroffen. Darüber hinaus haben Bürgermeisterin Elke Kahr, Vizebürgermeisterin Judith Schwentner und Klubobmann Michael Ehmann in einem gemeinsamen Pressegespräch vorgeschlagen, die Conrad-von-Hötzendorfstraße, beginnend ab der Fröhlichgasse bis zum Bertha-von-Suttner-Platz nach Ivica Osim zu benennen. Wir greifen damit einen Wunsch auf, der schon mehrfach an die Stadt herangetragen wurde: die Straße, die einen Kriegshelden ehrt, zu einer Straße, die einen Mann des Friedens würdigt, zu machen.*

*Diese zweite Umbenennung, von der deutlich mehr Anrainer:innen und Unternehmen betroffen wären, soll jedoch gut vorbereitet und in einem partizipativen Prozess begleitet werden, denn es ist uns wichtig, dass sie von den Anrainer:innen und dort tätigen Betrieben mitgetragen wird. Darüber hinaus soll geprüft werden, ob in diesem Straßenabschnitt zumindest auf einer Seite Entsiegelungs- und Begrünungsmaßnahmen möglich sind und Bäume gepflanzt werden können. Falls diese Prüfung positiv ausgeht, könnte der neue Name auch Ivica-Osim-Allee lauten.*

*In diesem Sinne stelle ich namens des Grünen Gemeinderatsklubs – ALG folgenden*

***dringlichen Antrag***

- 1. Der Gemeinderat der Stadt Graz bekennt sich dazu, an den am 1. Mai 2022 verstorbenen Ivica Osim im öffentlichen Stadtraum sichtbar zu erinnern.*
- 2. Der Gemeinderat begrüßt den Vorschlag, in einem ersten Schritt den bisherigen Stadionplatz in Ivica-Osim-Platz umzubenennen und beauftragt Bürgermeister-Stellvertreterin Judith Schwentner mit der dafür notwendigen Prüfung. Über das Ergebnis ist dem Gemeinderat ein Bericht vorzulegen.*

3. *Der Gemeinderat begrüßt den Vorschlag, den südlichen Abschnitt der Conrad-von-Hötzendorf-Straße, vom Zentrum aus gesehen beginnend ab der Fröhlichgasse (ostseitig Haus-Nr. 91, westseitig Haus-Nr.94) bis zum Bertha-von Suttner-Platz nach Ivica Osim zu benennen und beauftragt Bürgermeister-Stellvertreterin Judith Schwentner mit der dafür notwendigen Prüfung. Über das Ergebnis ist dem Gemeinderat ein Bericht vorzulegen.*
  
4. *Bürgermeisterin-Stellvertreterin Judith Schwentner wird ersucht, die entsprechenden Begleitmaßnahmen, die zu erwartenden Kosten und den für die Vorbereitung erforderlichen zeitlichen Rahmen zu klären. Darüber hinaus wird Bürgermeisterin-Stellvertreterin Judith Schwentner um Prüfung ersucht, ob die Möglichkeit für einen mittelfristig umsetzbaren Aufbau einer Allee sowie für zusätzliche Begrünungs- und Entsiegelungsmöglichkeiten in dem zur Umbenennung vorgesehenen Straßenzug besteht.*
  
5. *Bürgermeisterin-Stellvertreterin Judith Schwentner wird ersucht, einen Beteiligungsprozess aufzusetzen, in dem insbesondere die Wohnbevölkerung, die Unternehmen und Institutionen in der Conrad-von-Hötzendorfstraße und der Bezirksrat Jakomini eingebunden werden. Über die Ergebnisse der Prüfungen und den geplanten Beteiligungsprozess ist der Gemeinderat zu informieren.*

Bgm.<sup>in</sup>

**Kahr:**

Herr GR Stücklschweiger hat mich gebeten, Sie zu informieren, dass er den Gemeinderatssaal verlassen hat, um bei diesem Tagesordnungspunkt wegen Befangenheit nicht dabei sein zu müssen.

**GR Alic:**

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, geschätzter Stadtsenat, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ja, ihr Lieben, es ist soweit, könnte man sagen, es ist eine große Freude, dass sich die Stadt entschlossen hat, dem großartigen Menschen Ivica Osim die nötige Ehre zu erweisen, wie er sie verdient hat in seinem Wirken hier in Graz. Ich könnte jetzt, glaube ich, bis Allerheiligen Osim zitieren und es würde uns nicht fad werden und es würde nichts Falsches gesagt sein. Aber es ist da schon genug gesagt worden über den Menschen Ivica Osim, über den Fußball und über den Trainer Ivica Osim. All die Worte, die es gibt, werden ihm nicht gerecht werden. Was ich noch erzählen möchte ist, dass ich vor kurzem mit ein paar Serben gesprochen habe, aus Novisad, und das Erste, was sie gesagt haben, wie ich gesagt habe, dass ich aus Graz bin, war Sturm Graz und das andere Ivica Osim. Und die Slawisten und die Bosnier:innen unter uns mögen mir wohl verzeihen, dass für mich das das Gleiche ist, wenn ich die Sprache höre, ich habe zu wenig Vokabeln und es ist auch meiner Oberflächlichkeit geschuldet, weil ich bin sogar tief in meinem Inneren oberflächlich, für mich ist das das Gleiche, wirklich. Tatsächlich erkenne ich den Unterschied nicht im Vergleich zum Jugoslawen Ivica Osim, der die Sprache oder all die Facetten der Sprachen, die in dem Land damals gesprochen worden sind, sehr wohl erkannt hat, aber nicht die Unterschiede, sondern das Gemeinsame gelebt hat. Und nicht nur verstanden, sondern tatsächlich gelebt hat. Und wen könnten wir besser nehmen, um jetzt nicht nur den Vorplatz zu widmen, namentlich, sondern auch einen Teil einer Straße, die jemandem gewidmet ist oder die nach jemandem benannt ist, der Militarist ist, der Kriegstreiber war und dessen Bezug zu Graz ich bis heute nicht erkenne. Dringlich, die Dringlichkeit ist durch, dringlich ist der Antrag deswegen für mich, weil vor etwa sieben Jahren das wandelnde Sturmlexikon, ein weststeirischer Teilzeitjournalist, die Idee geboren hat, eine Straße nach Ivica Osim zu benennen. Ich kann mich noch erinnern, das war damals im neuen Exil, das mittlerweile so alt ist, das gibt es schon gar nicht mehr, innerhalb kürzester Zeit wirklich breite, und da spreche ich von tausenden Unterschriften, Unterstützung gehabt. Jetzt ist es aber so, dass so eine Stadt immer ein Kompromiss ist und deswegen freut mich und gefällt mir der Antrag so sehr, weil nämlich da nicht einfach

darübergefahren wird. Du kannst nicht geradeaus fahren, wenn du zwischendurch links und rechts schaust. Und jetzt ist die Idee geboren, jetzt haben wir den Plan, den Menschen Ivica Osim zu ehren, und geht das aber gemütlich an. Weil es gibt nicht nur die Nord, es gibt nicht nur Sturmfans, es gibt Leute, die dort wohnen, es gibt Firmen und es gibt Betroffene und es wird Kosten geben. Und deswegen muss man das behutsam angehen. Der Antrag ist in diese Richtung sehr gut formuliert. Ich kann sagen, dass wir allen Punkten natürlich sehr gerne zustimmen, und ein bisschen Pathos muss manchmal erlaubt sein, wenn ich die Nord zitieren darf: „Volimo te Ivica Osim“. Danke. *(Appl.)*

**StR Hohensinner:**

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, werter Gemeinderat! Ich hatte Gelegenheit, Ivica Osim kennenzulernen bei 110 Jahre Sturm Graz und ich finde, er ist eine außergewöhnliche Persönlichkeit. Im Gespräch kriegt man das mit, weil er ist natürlich ein Jahrhunderttrainer, er ist ein bemerkenswerter Philosoph gewesen, er ist ein großer Bürger der Stadt, der eigentlich sehr bescheiden war. Und als am 1. Mai diese Meldung gekommen ist, waren wir alle getroffen und wir haben uns dann ziemlich schnell auch verständigt, dass es eine Würdigung geben muss von den großen Bürgern unserer Stadt. Ich habe mit der Frau Bürgermeisterin telefoniert und ausgemacht haben wir, dass wir schauen, dass wir eine Lösung im Konsens finden. Und die Frau Bürgermeisterin hat auch am 3. Mai noch gegenüber ORF Steiermark Folgendes gesagt: „Das ist eine Sache, die man in Ruhe und im Konsens überlegen muss. Alle Vorschläge und Überlegungen, die es dazu gibt, auf den Tisch holen. Das hat nur einen Sinn, wenn man den Vorschlag gemeinsam in der Stadtregierung mitträgt.“ Jetzt wollte ich dich, liebe Frau Bürgermeisterin, nur fragen, warum du jetzt einen anderen Weg gewählt hast? Weil eigentlich hätte man ja ein Stück über das zuständige Amt aufbereiten können, über das Vermessungsamt. Eigentlich hätten wir vergangenen Freitag die Gelegenheit gehabt in der Stadtregierungssitzung, wo du auch immer sagst, du möchtest die wichtigsten Themen mit uns besprechen, dass man da zu einem

Konsens gekommen wäre, da hätten wir Möglichkeit gehabt und da ist überhaupt nichts zum Thema gemacht worden. Das tut mir leid, weil ich glaube, gerade bei so einem Bürger wäre es wichtig gewesen, dass wir einstimmig einen Vorschlag vorbringen, aber aus irgendeinem Grund ist dann das politische Mittel des dringlichen Antrages gewählt worden. Ich glaube, alle haben das jetzt durch diese Pressekonferenz erfahren, also jetzt nicht nur wir Fraktionen, wie wir der Regierung jetzt nicht angehören, der Koalition, aber auch der GAK ist, glaube ich, vorab nicht informiert worden. Und gerade Ivica Osim hat auch immer geschaut, dass er alle mitgenommen hat, und das hätte ich mir gewünscht, sage ich jetzt auch ganz klipp und klar. Aber wir wollen natürlich jetzt kein Hickhack daraus machen. Wir möchten den Vorschlag, dass der Platz nach Ivica Osim benannt wird, wollen wir unterstützen, das ist aus unserer Sicht eine gute Idee. Meine Bitte ist allerdings, dass das auch mit dem GAK noch besprochen wird im Detail. Der zweite Punkt, die Conrad-von-Hötzendorf-Straße umzubenennen, da können wir jetzt nicht mitgehen, weil der Aufwand riesengroß ist. Es gibt ja von der Wirtschaftskammer Berechnungen von/bis. Ich glaube vor einigen Jahren sind einmal für die ganze CvH 500.000 Euro berechnet worden. Jetzt sind einige Jahre vergangen und da sehen wir gerade in dieser Zeit, wo alle Leute zu kämpfen haben, wir alle schauen, wie wir unsere Projekte finanzieren können, dass wir einfach, wenn es auch eine zweite Sache geben soll, dass man vielleicht den Augarten andenkt. Dort ist Sturm gegründet worden, dass man dort eine Allee benennt. Aber die CvH ist aus unserer Sicht der falsche Ort. Was jetzt die Grünen auch argumentiert haben, man möchte eben auch wegen des Kriegstreibers diese Straße umbenennen, das verstehe ich auch nicht ganz, weil ein Drittel der Straße und nicht die gesamte Straße. Aber das ist jetzt ein Detail am Rande. Meine Bitte ist, dass wir eben dem ersten Punkt zustimmen, dem anderen Punkt können wir nicht zustimmen, und dass wir da keinen Hickhack daraus machen, dass wir das würdevoll jetzt über die Bühne bringen. Danke.

*(Appl.)*

**StR<sup>in</sup> Schönbacher:**

Zuerst einmal möchte ich sagen, ich habe Herrn Osim nicht persönlich gekannt, aber ich bedanke mich für diesen berührenden Nachruf, den die Vorredner verlesen haben, hat auch mich berührt. Prinzipiell wird Sie nicht überraschen, dass wir ja gegen Umbenennungen sind, weil wir einfach unsere Geschichte nicht auslöschen wollen. Aber in dem Fall ist es so, dass dieser Antrag in mehrere Punkte aufgeteilt ist, und dem Punkt 1, wenn wir es punktuell abstimmen können, was ich gerne beantragen möchte, dem Punkt 1 können wir auf jeden Fall etwas abgewinnen. Dem werden wir auch zustimmen, weil wir uns natürlich an so einen besonderen Menschen erinnern sollen, der so viele Bürger der Stadt Graz und auch darüber hinaus berührt hat. Auch der Punkt 2 ist für uns in Ordnung, weil einfach der Stadionplatz so passend für diesen Namen Ivica-Osim-Platz ist, auch diesem Punkt können wir zustimmen, das ist für uns vollkommen in Ordnung. Den anderen Punkten können wir nicht zustimmen. Warum können wir das nicht? Weil erstens einmal Partizipation bedeutet für uns, dass man gleich von vorne heran dabei ist, nicht nur wir persönlich wären gerne dabei gewesen, sondern auch die Unternehmer, die das betrifft. Bei der Gelegenheit habe ich mir gedacht, nachdem ich sowieso viele Betriebsbesuche mache, gehe ich gleich mit meinem Kollegen aus der Freiheitlichen Wirtschaft einmal in die Conrad-von-Hötzendorf-Straße, und besuche ein jedes Unternehmen in dieser Straße, weil auch ich Partizipation gut finde, und am besten ist es immer, wenn man die fragt, die es tatsächlich betrifft. Und ich muss sagen, ich habe alle Unternehmer besucht und alle, die ich erreicht habe, haben mir das Gleiche gesagt. Weil sie haben gesagt: „Wir haben andere Sorgen, warum gerade die halbe Conrad-von-Hötzendorf-Straße“, und dem muss ich wirklich beipflichten. Weil alleine was so eine Umbenennung mit sich bringt, zum Beispiel manche haben viele Mitarbeiter, Mc Donalds hat zum Beispiel zwei Standorte, das würde schon einmal sehr viele Kosten mit sich bringen. Dann gibt's Unternehmen, die haben Kredite laufen, auch das muss umgeschrieben werden. Es müssen Mietverträge umgeschrieben werden, was sehr schwierig wäre, weil es gibt den einen oder anderen Unternehmer, der sagt, so einen Mietvertrag kriege ich dann nicht mehr. Ich bin jetzt einfach durch die Coronamaßnahmen wirtschaftlich schon so

in eine Bedrängnis gekommen, dass ich mir so etwas einfach nicht vorstellen kann. Und selbst wenn ich die Kosten dafür bezahlt bekomme, ich habe nicht die Mitarbeiter, dass ich diesen Aufwand betreiben kann. Und ich kann Ihnen allen nur anbieten, wirklich zu den Unternehmen zu gehen, weil ich war gestern etwas geschockt, dass ich nicht nur die Erste, sondern die Einzige war, die tatsächlich dort gewesen ist und dass ich nicht einen Unternehmer gefunden habe, der das auch wirklich gut gefunden hat. Deswegen kann ich Ihnen das nur empfehlen, dass Sie das auch machen, dass Sie auch in die Conrad-von-Hötzendorf-Straße gehen, mit den Unternehmern sprechen, weil so viele Bewohner gibt es tatsächlich dort nicht. Und was ich recht interessant gefunden habe, ist, die Unternehmer haben durch die Bank gesagt: „Wir sind leidensfähig, wir haben wirklich Schlimmes mit den Coronamaßnahmen hinter uns, wir haben überlebt, wir sind glücklich da drüber, aber wir sind uns auch alle einig, wir haben momentan bei diesen Energie- und Einkaufspreisen, die die Unternehmer zu berappen haben, andere Sorgen als die Umbenennung der Conrad-von-Hötzendorf-Straße“, und das sehen wir auch so. *(Appl.)*

**KO GR Ehmman:**

Frau Bürgermeisterin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen im Stadtsenat, Kolleg:innen im Gemeinderat, Damen und Herren auf der Galerie und auch zu Hause im Livestream! Ivica Osim war nicht nur ein guter Fußballer, ein herausragender Fußballer, nicht nur ein herausragender Trainer, ein Jahrhunderttrainer, wie wir ihn bei uns in den Gefilden zu Recht bezeichnen, sondern auch ein großartiger Mensch. Und ich glaube, was dieser Würdigung entsprechend ist oder zugrunde liegt, ist jetzt nicht unbedingt die Lokalrivalität mit einem anderen Klub, von dem muss man sich ein bisschen verabschieden, sondern es geht darum, er hat Großartiges im Fußball geleistet, das gilt jetzt nicht nur für seinen Klub, wo er hier so erfolgreich war in Graz, sondern auch bei anderen Klubs, wo er sehr erfolgreich war, international, auch in seinem Heimatland, bei der ehemaligen Nationalmannschaft. Also das heißt, er hat für den Fußball viel gebracht. Natürlich hat er den vielen Anhängern hier, für den heimischen Klub hier,

viele Freudentränen bereitet, zu Recht, und ich muss sagen, er war eben, wie gesagt, auch ein großartiger Mensch. Und ich war auch viele, viele Spiel in der Gruabn schon seinerzeit, wer sich noch erinnern kann, wo er mit seinem Haltegriff gestanden ist und sehr kritisch die Spiele beäugt und bewertet hat. Was mich bei ihm auch besonders beeindruckt hat, er war offensichtlich auch nie wirklich zufrieden. Selbst wenn eine großartige Leistung der Mannschaft da war, war es immer nur so, dass er immer etwas gefunden hat und gesagt hat, das müssen wir das nächste Mal besser machen. Aber, wie gesagt, er war auch ein großartiger Mensch in verbindender Weise, indem er natürlich die Gräuel seiner Heimatstadt Sarajevo und die furchtbaren Erfahrungen des Krieges, die er gesehen hat, auch hier mitgenommen hat und zum Anlass genommen hat, sich absolut nach außen hin und auch innerhalb der Mannschaft, nämlich auch solidarisch, nicht nur Solidarität als Schlagwort, sondern auch Solidarität gelebt hat. Und Gemeinschaft und Verbindung und friedensstiftend agiert hat. Humanist, wir haben es schon gehört. Deshalb auch, glaube ich, ein guter Vorschlag, wir dürfen ja nicht vergessen, das sind alles Vorschläge, die hier vorliegen und die sich in Ausarbeitung befinden sollen. Ich denke nur jetzt, wenn man den Bertha-von-Suttner-Platz nimmt, also gegenüber quasi der Plan, einen Stadionplatz in Ivica-Osim-Platz zu benennen, finde ich auch eine großartige Idee. Warum, einer Pazifistin gegenüber, die erste Frau glaube ich, die den Friedensnobelpreis bekommen hat, wenn ich mich recht erinnere, dann passt das sehr gut dazu. Und wenn ich die Idee mit der Conrad-von-Hötzendorf-Straße nennen darf, eine belastete Straße, wo es viele Diskussionen schon darüber gegeben hat, die ganze Straße anders zu benennen usw., wir haben das ja auch vielfach auch hier schon diskutiert zusammen mit der HistorikerInnenkommission, usw., und einem Bericht zugrundeliegend, dann muss ich sagen, ist es durchaus ein Signal zu sagen, die Hälfte dieser Straße, logischerweise eine Hälfte, die zum Stadion führt, weil es halt auch mit dem sportlichen Erfolg in letzter Konsequenz auch zusammenhängt, diesen Plan zu verfolgen und zu sagen, ja, das wäre eine Möglichkeit einer Würdigung. Und dass da die Stadt auch eine Aufgabe hat und ihre Aufgaben machen muss, ist auch selbstverständlich, Kosten wurden schon angesprochen, Verfahrensunterstützungen usw. Aber ich glaube, das Wesentliche ist

auch, das, was wir auch von Beginn an eingefordert haben bei dieser Idee, das in einem Partizipationsprozess zu machen, genauso angesprochen wurde. Menschen mitzunehmen, das konsensual zu machen. Jetzt kann man sagen, ja, wer ist jetzt alles im Vorfeld informiert worden usw., wir haben diese Diskussion auch geführt, natürlich, auch danach. Ihr kennt die Dynamik, die sich oft in solchen Situationen entwickelt, war vielleicht nicht ganz optimal, das möchte ich zugeben. Aber zu der Sache selbst möchte ich stehen und wir möchten zu dieser Sache selbst stehen. Und ich glaube, das ist tatsächlich eine gute Idee, aber lassen wir sie wirklich entstehen, lassen wir sie tief vorbereiten. Ich habe auch nichts dagegen, das in einer punktuellen Abstimmung auszuführen, dass die Fraktionen sich unterschiedlichen Punkten anschließen können oder auch nicht, das ist ein ganz normales demokratisches Prinzip, wo ich kein Problem habe. Aber ich glaube, die Würdigung selbst, die Ideen selbst, sind nicht schlecht und ja, ich würde wirklich plädieren, gebt euch einen Anstoß. Ich glaube, wie gesagt, es geht nicht in erster Linie um einen Fußballklub, es geht um die Würdigung einer Persönlichkeit, die für den Sport viel gemacht hat und die für die Gesellschaft gewinnbringend war und einen wirklich Mehrwert gehabt hat. Und ich glaube, dieses Vermächtnis gilt es, geehrt zu werden. Ich bin auch beim Kurt, ich glaube, wenn man ihn selbst fragen könnte, ich glaube, er will gar nichts haben, weil er war ein sehr zurückhaltender Mensch, ja, ihr habt es schon gesagt. Aber ich glaube, die Familie, die Angehörigen, alle, die sich an ihn gerne erinnern, unterstützen dieses Vorhaben und das sollten auch wir tun. Danke. (*Appl.*)

Bgm.<sup>in</sup>-Stv.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Schwentner:**

Jeder, der mich kennt, der weiß, dass ich im Fußball ahnungslos bin. Aber was den Ivica Osim anbelangt, bin ja nicht nur Slawistin, sondern zutiefst humanistisch geprägt und finde ihn deswegen einen wirklich bewundernswerten Menschen, den wir entsprechend würdigen sollten in der Stadt. Deswegen habe ich die Ideen auch von Anfang an mitgetragen und deswegen möchte ich ein bisschen diesen Stress rausnehmen, der da jetzt im Raum ist und auch den Schock nehmen der Kollegin

Schönbacher, wir werden das schrittweise und behutsam angehen. Klar ist, und ich orte da Einstimmigkeit im Saal, was den Vorplatz anbelangt, das ist kein großer Auftrag oder auch kein großes Unterfangen, den umzubenennen und auch eine entsprechende Büste dann für Ivica Osim dort aufzustellen, um ihm zu gedenken. Was die Conrad-von-Hötzendorf-Straße anbelangt, so möchte ich da noch hinweisen auf den Antrag, wo da wirklich im Konjunktiv steht, die zweite Umbenennung, von der deutlich mehr Anrainer:innen und Unternehmen betroffen wären, soll gut vorbereitet werden. Und ja natürlich, dann führen wir die Gespräche. Deswegen bitte nicht schockiert sein, dass sie noch nicht geführt wurden. Das Vorhaben ist wie bei allen Umbenennungen, alle miteinzubeziehen, wir machen das jetzt gerade in der Max-Mell-Allee, als Nächstes kommt dann die Kernstockgasse dran bzw. auch der Dr.-Muck-Platz oder die Anlage, ich weiß nie, wie es genau heißt, vor der Oper auf jeden Fall. Und dann kommt der Ivica-Osim-Vorplatz und erst später die Conrad-von-Hötzendorf-Straße. Also das ist ganz sicher kein Schnellschuss. Ich sehe da, und ich habe es auch medial schon gesagt, vor 2024 wird es nicht passieren. Das wird so langsam geprüft und wir werden alle einbeziehen, mit allen reden, und es muss von allen mitgetragen werden. Also das ist ein Prozess und ich sehe da jetzt sozusagen noch nicht das, was in den Zeitungen steht, als würde es morgen umbenannt werden. Das ist nicht so. Ich möchte aber darauf hinweisen, dass der Herr Conrad von Hötzendorf ein wirklich widerlicher Kriegstreiber war und es ist es wirklich wert, zumindest die halbe Straße nicht mehr nach ihm zu benennen, sondern nach dem Friedensmenschen Ivica Osim. Danke. *(Appl.)*

**GR<sup>in</sup> Robosch:**

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen. Eine kleine persönliche Sache. Wie ich die Bilder der Pressekonferenz am 19.9. gesehen habe, dass auch mein Geburtstag ist, ...

*Zwischenruf GR Dr. Piffel-Percevic: Alles Gute!*

**GR<sup>in</sup> Robosch:**

...Dankeschön! Mein persönliches Geburtstagsgeschenk, weil natürlich bin ich ganz voran Sozialdemokratin, aber danach bin ich eine Erzscharze, wenn man es so will. Und wir alle wissen, dass der 1. Mai für uns als Sozialdemokratie natürlich ein großer Festtag ist, aber er ist auch ein Festtag, weil es der Gründungstag von Sturm Graz ist. Nämlich am 1. Mai 1909 wurde dieser große Verein gegründet und leider war es dieses Jahr auch so, dass nicht nur Grund zum Feiern bestanden hat, sondern leider auch, als uns die Nachricht erreicht hat, ein Grund zum Trauern und ein Grund traurig zu sein, weil unser Jahrhunderttrainer Ivica Osim uns verlassen hat. Und deswegen haben wir uns natürlich schnell gedacht, wir wollen diese Würdigung in der Stadt, wir wollen diese Straße, wir wollen ihm und dem, was er symbolisiert hat für uns, ein Denkmal setzen. Diese Straße hat schon oft quasi als Forderung in Graz erklingen, und dass wir das heute wirklich hier schrittweise beschließen, ist für mich persönlich eines der schönsten Dinge, die ich da heute beschließen darf. Und ich möchte diesen Beschluss nicht auslassen, um ein paar Dinge einfach nicht ungesagt zu lassen. Was hat mich, wenn ich an Ivica Osim denke, immer so immens ihn bewundern lassen? Er wird Fußballphilosoph genannt und er ist wegen seinem tänzelnden Stil und Spielstil immer auch Strauß von Zeljo genannt worden. Es wird gesagt, er hat auf dem Platz eines Taschentuchs seinen Gegner ausspielen können und hat aber trotzdem immer durch seine faire Spielweise keine einzige gelbe Karte in seiner gesamten Spielerkarriere bekommen. Er hat als Trainer dann später immer auch für Multikulturalismus eingestanden, erst in der Nationalmannschaft in Ex-Jugoslawien, und er hat auch immer darauf gesetzt, dass wir Fußball eben als verbindende Sportart wahrnehmen und als etwas Wichtigeres als Konflikte und einander auseinanderdividieren. Er hat in Graz seine zweite Heimat gefunden, weil er durch den Krieg eben flüchten musste und er hat immer auch in Sturm eine Heimat gesehen. Das berühmte Zitat „Sturm deckt alles in meinem Leben, was schwarz ist, aber auch alles, was weiß ist“, wird für uns wahrscheinlich für immer auch etwas bedeuten. Und Ivica Osim hat, wie schon angesprochen, nicht nur für den Fußball viel geleistet, sondern auch als Vorbild für Frieden, Zusammenhalt und Humanismus gegolten. Und ich möchte ein paar Zitate

einbringen, die noch nicht gesagt worden sind. Eben, er hat auch sehr viel über, mit uns darüber gesprochen, was Krieg bedeutet, was es bedeutet, seine Heimat verlassen zu müssen und welche Spuren das hinterlässt. Und er hat gesagt: „Ich habe Sarajevo als Einzigartigkeit erst verstanden, als ich weg war. Vor dem Krieg war es praktisch die einzige Stadt mit einem multikulturellen Leben. Zwei Glocken klingen besser als eine, und alle drei zusammen sind wie ein Orchester. Das ist was ich hören will.“ Ich glaube, wir haben hier die Gelegenheit, uns auch noch länger durch dieses Denkmal und durch diese Würdigung mit einem großartigen Menschen auseinanderzusetzen und mit einem Menschen, der für uns alle jetzt und auch in Zukunft wahrscheinlich noch ein Vorbild sein wird. Er ist natürlich immer noch, also ich betraue natürlich immer noch den großen Verlust Ivica Osims, aber ich kann mir niemand Besseren vorstellen, der anstelle von Conrad von Hötzendorf diese Straße bekommen soll. Und ich kann mir auch nichts Besseres vorstellen als das mit den Menschen vor Ort, aber auch mit unseren Sturmfans, gemeinsam zu feiern, weil das hat er verdient. Dankeschön. *(Appl.)*

GR Ing. **Lohr**:

Hoher Gemeinderat! Auch von meiner Seite. Ich sehe den zu Ehrenden, der große Trainer Ivica Osim, dass man den Stadionplatz nach ihm umbenennt, da gibt es natürlich große Zustimmung, von den Sturmfans natürlich besonders. Man darf nicht vergessen, es gibt natürlich auch in der Stadt die GAK-Fans, auch da sollte man sich dann in Zukunft, Persönlichkeiten gibt es ja zu Hauf, dass man auch hier natürlich einen Ausgleich schafft. Also Osim hat sich sein Denkmal verdient. Wo ich auch, wie die Opposition, glaube ich, gesamt, Gesamtablehnung sieht, dass es beim Conrad von Hötzendorf, auch für die Kollegin, darum haben wir auch diese Zusatztafeln installiert, damit man sich auf Vornamen, Nachnamen ein Bild machen kann, welche Person. Und es gibt natürlich Personen, die haben in der Vita aus heutiger Sicht eine Belastung. Ja, es sind Persönlichkeiten, die seit mehreren Jahrhunderten auf diesen Straßen hängen, und dass man hier die Bürger aufklärt, das war ja in der letzten Koalition ein guter Kompromiss, diese Zusatztafeln. Ihr nehmt jetzt diese schöne ehrende Stunde endlich

zum Anlass, wieder Straßenumbenennungen einzufordern. Kernstockgasse haben wir schon gehört, Max-Mell-Allee, und ich kenne aber wirklich keinen Bürger oder Unternehmer, der sagt, dass ist jetzt ein dringliches Problem. Ich will jetzt unbedingt, dass diese Straße umbenannt wird. Also ihr macht da wieder so ein Blasenthema auf, ist völlig unverständlich, wir haben es gehört, die Bürger haben andere Probleme. In der Kleinen Zeitung hat es dann auch so ein Interview gegeben, ist nicht repräsentativ, aber auch hier war die Ablehnung natürlich deutlich herauszulesen. Daher auch von mir bitte eine getrennte Abstimmung, und Punkt drei werde ich ebenfalls ablehnen.

GR<sup>in</sup> Dr.<sup>in</sup> **Unger**:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, sehr geehrte Damen und Herren! Ich bin, nachdem wir jetzt die Biographie von Ivica Osim mehrmals gehört haben, sehr davon beeindruckt, wie viele Leute er offensichtlich als Mensch, als Trainer, als Fußballer und auch als Humanist beeindruckt und geprägt hat. Das ist schön. Wir schließen uns, wie es bereits ausgeführt ist, auch dieser Einschätzung an. Ich persönlich kenne ihn, im Gegensatz zu vielen anderen, nicht so gut, habe auch keine persönlichen Beziehungen zu Sturm oder zur Brigade oder Ähnlichem und möchte deswegen auch noch auf zwei andere Themen kurz eingehen, die mir wichtig erscheinen. Es ist bereits gesagt worden, wir stimmen der Umbenennung des Stadionplatzes und der Errichtung einer Büste zu. Bitten um getrennte Abstimmung der restlichen Punkte, weil wir die nicht nachvollziehen können. Es war auch schon vom Kollegen Alic die Rede davon, dass ein wertschätzender Umgang ein besonderes Augenmerk verdient. Die Bürgerbeteiligung hätte uns grundsätzlich sehr gut gefallen, aber die hätte natürlich am Beginn stattfinden müssen. Durch die sehr breite mediale Berichterstattung ist der Eindruck entstanden, es ist alles fix und im Nachhinein werden die Leute gefragt. Ich glaube, man hätte hier einiges vermeiden können. Diese mediale Berichterstattung und die sehr große öffentliche Wahrnehmung jetzt darf auch nicht darüber hinwegtäuschen, dass natürlich auch ein paar parteipolitische Themen da ganz gut verpackt worden sind. Man hat natürlich auch jetzt etwas, was man den Fans und auch dem Fußball

bieten kann, das Thema des zweiten Stadions war heute schon einmal auf der Agenda kurz, es kommt hier wieder. Das Thema der Allee ist grundsätzlich zu begrüßen, aber es ist ein weiteres Thema. Es hat vielleicht auch mit Plänen für die Conrad-von-Hötzendorf-Straße, die in ein paar Jahren sowieso am Tapet sein werden, zu tun. Das ist etwas, was man vielleicht auch hier ein bisschen getrennt anschauen muss. Und allen gemein, die diesen Antrag eingebracht haben, ist, dass wir Thema der Straßenbenennung hier ein bisschen elegant umgehen, was nämlich jetzt die Vorgehensweise normalerweise angeht. Es gibt Vorschläge zu machen, es gibt Kommissionen usw. Und diese Vorgehensweise, das medial anzukündigen, dass das einfach jetzt so gemacht wird, hinterlässt einen gewissen Beigeschmack. Wir haben auch schon über die Kosten, über die Belastungen für dort ansässige Anrainer:innen gesprochen und haben auch darüber gesprochen, dass eine partielle Umbenennung dem eigentlichen Ziel, nämlich, dass man den Kriegstreiber dort nicht mehr als Straßennamen haben will, nicht gerecht werden. Also die Vorgehensweise scheint mir nicht von der Argumentation sehr dringend. Ich darf auch daran erinnern, dass gerade von der Koalition eingefordert worden ist, die nächsten Straßen auch nach Frauen zu benennen. Unabhängig davon, dass Ivica Osim selbstverständlich ein ehrendes Andenken gemacht werden soll. Die zwei Straßen, die jetzt als Erstes in Angriff genommen werden, Max Mell und der Vorplatz von der Oper, die werden für Frauen umbenannt, das sind kleine Gassen. Ich darf auch den Herrn Hecke, der, glaube ich, nicht im Verdacht steht, die Koalition wohlwollend zu begleiten, medial zitieren, der gesagt hat, dass man mit Nikolaus Harnoncourt und Jochen Rindt auch eine ganz andere Größenordnung von ehrenden Gedenken praktiziert hat; also auch die Verhältnismäßigkeit sollte man vielleicht noch einmal bedenken. Das ist natürlich gerade bei den Letztgenannten vielleicht auch eine Frage, dass die nicht so viel Spielraum für parteipolitisches Kalkül bieten und ich glaube, weil so oft die Rolle von Ivica Osim als Humanist, Kulturenverbinder, Menschenfreund und Friedensstifter genannt worden ist, der hätte wahrscheinlich auch eine bescheidenere Variante, bei der möglichst großer Konsens vorauszusetzen ist, befürwortet. Am Schluss darf ich noch bitten, dass die Frage von Kurt Hohensinner vielleicht auch noch beantwortet

wird, warum man jetzt eigentlich eine andere Vorgehensweise gewählt hat und warum es eine dringliche Angelegenheit ist, wenn es 2024 umgesetzt werden soll? Danke.

*(Appl.)*

**StR<sup>in</sup> Schönbacher:**

Einmal noch kurz ein Appell, und zwar ich sehe das mit der Bürgerbeteiligung auch so, dass sie schon vorher stattfinden hätte müssen und nicht eben alles über die Zeitung ausgerichtet wird und die Unternehmer dann tatsächlich verunsichert sind. Deshalb möchte ich wirklich noch einmal in Erinnerung rufen, was die Unternehmer mir alle gemeinsam wiederholt gesagt haben, und zwar, wofür soll das gut sein, schade ums Geld, und die Unternehmer und die Bevölkerung haben andere Sorgen. Das sehe ich auch so. Und der dringende Appell, bei dem Platz zu bleiben und nicht die Straße auch noch umzubenennen. *(Appl.)*

**GR Mag. Pointner:**

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, werter Antragsteller. Ich sage nur kurz unseren Standpunkt zu dem Ganzen. Ja, es waren sehr viele bewegende Beiträge, Fußballphilosoph, besonders berührt hat mich der Beitrag vom Kollegen von der kommunistischen Partei, das war so tief empfunden, das war ganz toll. Und da komme ich drauf, der Humanist mag eine runde Lösung, eine Platz ist rund. Also Ivica Osim ist, glaube ich, mit einem Platz unglaublich glücklich und mit einer Büste, die hätte er wahrscheinlich gar nicht gebraucht, weil bedeutende Menschen leben eh im Herz der Menschen weiter, das haben wir gerade gehört. Wir wollen bitte auch die getrennte Abstimmung, aus ein bisschen anderen Gründen. Ich bin ganz bei der werten Frau Vizebürgermeisterin. Ich finde, Conrad von Hötzendorf hat auf einem Straßennamen nichts mehr verloren, aber ich wünsche mir eine Lösung, wenn wir es schon angehen, für die gesamte Straße. Weil, wie gesagt, der Aufwand ist ein großer und ich bin

persönlich kein großer Freund von diesen Zitzerllösungen. Also wenn wir es angehen, dann im Ganzen, und dem Ivica Osim ist es wurscht. (*Appl.*)

***Vorsitzwechsel – Bgm.<sup>in</sup>-Stv.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> Schwentner übernimmt den Vorsitz (19.12 Uhr)***

**Bgm.<sup>in</sup> Kahr:**

Im Nachhinein zu interpretieren was Ivica Osim sich gedacht hätte, das ist schwierig. Aber die Annahme, dass er in jedem Fall ein Mensch ist, der für sich eigentlich nicht viel wollte, ist wahrscheinlich zutreffend. Wenn Sie sich noch erinnern können, am 1. Mai, wie er verstorben ist, unmittelbar danach, hat es ein Bedauern, eine Traurigkeit, wirklich weit über alle fußballinteressierten Menschen in unserer Stadt gegeben, weil etwas selten da gelungen ist, nämlich Interesse am Fußball zu verbinden auch mit einem Menschen, der wirklich außergewöhnlich war, aber das ist eigentlich eine sehr emotionale Sache. Und deshalb glaube ich auch, weil ich konkret angesprochen wurde als Bürgermeisterin damals, auf viele Anfragen, unmittelbar danach, weil da sind ja sehr viele Wünsche und Vorstellungen gekommen, was man jetzt nicht alles nach Ivica Osim benennen muss und würdigen. Also da sind viele Vorschläge gekommen. Und ich habe damals gesagt und das haben wir auch gehalten letztendlich, es gibt keinen Grund, jetzt da einen Schnellschuss zu machen, der Herr Ivica Osim ist erst kurzem verstorben, es gibt eine Phase der Trauer, man muss auch solche Fragen auch mit der Familie in erster Linie besprechen. Du musst solche Sachen akzeptieren, lieber Kurt Hohensinner, weil genau das habe ich gesagt. Ich finde, dass ein Schritt, den die Koalition oder die Stadtregierung wählt, auf jeden Fall nach Rücksprache auch mit der Familie zu treffen ist. Ich bin ja dann über den Sommer auch mehrmals gefragt worden, wie weit wir mit den Gesprächen sind und ich habe gesagt, dass wir da nach Ende des Sommers, Anfang Herbst, eine Entscheidung oder einen Vorschlag treffen werden. Und das mit dem Stadionvorplatz, das weiß ich nur, das haben auch wir, Kurt Hohensinner und ich, das war einmal in einer Stadtsenatssitzung,

eigentlich der Meinung gewesen, unabhängig voneinander befragt worden sind, das haben wir eigentlich spontan für nicht unklug gehalten. Letztendlich ist es eine Adresse, wenn man ganz ehrlich ist. Der Stadionvorplatz ist eine Adresse und deshalb ist durchaus berechtigt dieser Vorschlag gekommen von der Wirkungsstätte, wo er einen Großteil seiner sportlichen Karriere und Beziehung zum Stadion gehabt hat, Richtung Norden die Conrad-von-Hötzendorf-Straße, einen Teil davon zu benennen, das liegt durchaus auf der Hand. Also ich persönlich halte diesen Vorschlag für gut. Ich halte, die ganze Conrad-von-Hötzendorf-Straße umzubenennen, nicht gescheit, aus einem Grund, weil sie tatsächlich zu viele Adressen, zu viele Firmen und Betriebe hat. Der südliche Teil und, liebe Frau Schönbacher, ich kenne dort jedes Haus, ich kenne dort auch fast alle Bewohner und auch die Betriebe, glaube ich, ist, nachdem jetzt wir als zweiten Schritt diese Vorgangsweise der Öffentlichkeit präsentiert haben, durchaus, glaube ich, nachvollziehbar auch für die Bewohner. Und die Vorgehensweise wird so passieren, wie die Kollegin Judith Schwentner und auch in dem dringlichen Antrag ja formuliert ist, da finde ich überhaupt keinen Punkt drinnen, der irgendwie etwas vorher gemacht wird. Wir haben es genau in der Reihenfolge gemacht, im Herbst der Öffentlichkeit präsentiert, wie wir Herrn Ivica Osim künftig würdigen möchten. Danke dafür, dass wir zumindest in einem Punkt einig sind. Es ist legitim, dass man durchaus den zweiten Punkt, also der Ausweitung, der Koalition vorschlägt, er ist eben heute zur Diskussion, und der Gemeinderat ist eigentlich der höchste Souverän, und ich denke, dass Sie die Möglichkeit haben, diesem Vorschlag näherzutreten. Und es ist ja noch nicht entschieden, dass es hundertprozentig eine Allee werden kann. Die Kollegin Schwentner hat es schon gesagt, es muss geprüft werden von den Kosten her, und letztendlich wird auch dieser Beteiligungsprozess vonstatten gehen. Was mir wichtig ist, da anzumerken, ist vor allem, dass ich auch persönlich mit dem Kollegen Dillacher letzte Woche gesprochen habe vom GAK, wie er das sieht. Er hat mich heute zurückgerufen und ich kann Ihnen versichern, O-Ton, dass er von Anbeginn an verstanden hat und auch viele Mitglieder des GAK, dass es an der Person Ivica Osim für sie überhaupt kein Zweifel gibt, dass es eine Würdigung braucht. Sie unterstützen auch und sagen auch, dass sie mit dem Stadionvorplatz und auch mit

einer Büste kein Problem haben und dass sie auch das gut verstehen können. Zu diesem Punkt Conrad-von-Hötzendorf-Straße hat es diesbezüglich keine Äußerung gegeben, das muss ich auch offen und ehrlich sagen, aber zumindest ist es erspielt, dass der GAK da, der Vorstand, ein Problem hätte, das ist nicht der Fall. Ansonsten fällt mir jetzt kein Punkt mehr ein, der offen geblieben ist und ich denke, dass wir den Antragsteller noch zum Schlusswort kommen lassen.

**GR DI Ram:**

Ja, es war sehr interessant, den ganzen verschiedenen Punkten zuzuhören. Ich denke auch, die Stadtregierung hat einen Vorschlag unterbreitet, das war für mich natürlich jetzt ein bisschen überraschend, dass da klar kommentiert ist, es ist ein wahnsinniger Aufwand, wir können das nicht machen. Wenn doch im Antragstext steht, dass das ja alles geprüft werden soll. Welcher Aufwand dahinter steht, ob man das wirklich machen soll...

*Zwischenruf GR Dr. Piffel-Percevic: Deswegen wird es nicht billiger.*

**GR DI Ram:**

...auf jeden Fall. Der Antragstext ist, dass man das einmal prüfen sollte und das ist der Vorschlag. Ich darf auch noch ein Zitat von Ivica Osim bringen. Interessanterweise ist er einmal im bosnischen Fernsehen gefragt worden, weil da die Idee geboren ist über eine Straßenbenennung nach ihm in Graz, und er hat nur eine Bedingung gestellt, dass er diese Straße nicht selbst jeden Tag kehren muss. Und ich glaube, dass wir ihm das jetzt auf jeden Fall erfüllen können. Ich bitte um breite Zustimmung und dass wir ihm ein ehrenvolles Gedenken bereiten. *(Appl.)*

***Der Dringlichkeitsantrag (Pkt. 1) wurde einstimmig angenommen.***

***Der Dringlichkeitsantrag (Pkt. 2) wurde einstimmig angenommen.***

***Der Dringlichkeitsantrag (Pkt. 3) wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP, FPÖ, NEOS und Lohr) angenommen.***

***Der Dringlichkeitsantrag (Pkt. 4) wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP, FPÖ, NEOS und Lohr) angenommen.***

***Der Dringlichkeitsantrag (Pkt. 5) wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP, FPÖ, NEOS und Lohr) angenommen.***

**9.5 In der Elementarpädagogik brennt der Hut – konkrete Verbesserungsvorschläge liegen seit Jahren auf dem Tisch  
(GR<sup>in</sup> Manuela Wutte, MA, Grüne)**

**GR<sup>in</sup> Wutte:**

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste, die tatsächlich noch auf der Galerie sind. Es ist schon spät. Ich probiere, das Ganze ein bisschen zu straffen, weil wir alle schon lange da sitzen. Wir haben heute schon einmal darüber gesprochen, bei einem Tagesordnungspunkt. Aber das ist natürlich ein Thema, das alle Menschen in Graz in den letzten Wochen ganz stark beschäftigt hat, beinahe täglich in den Medien war. Wegen des gravierenden Personalmangels ist es Anfang September soweit gewesen, dass in Graz acht Gruppen schließen mussten und 15 auf Halbtagesbetrieb umstellen mussten. Und wir wissen, wir haben auch in der Vergangenheit im Gemeinderat immer wieder über die schlechten Arbeitsbedingungen geredet und jetzt ist soweit, dass das System einfach nicht mehr aufrechterhalten

werden kann. Ein bisschen noch zur Geschichte. Im August haben ja alle Eltern, deren Kinder bei WIKI oder bei GIP die Krippe oder einen Kindergarten besuchen, einen Brief bekommen, wo mehr oder weniger dringestanden ist, wir wissen nicht, wie es im Herbst ausschaut. Jetzt muss man sich einmal vorstellen, wie das für die Eltern ist, wenn sie im August hören, dass die Betreuung im Herbst nicht gesichert ist für die Kinder. Also da waren viele Leute, die ich persönlich kenne, sehr verzweifelt und haben einfach nicht gewusst, was sie machen sollen. Am 19.8. ist dann endlich, man muss wirklich sagen endlich, ein Paket vom zuständigen Landesrat präsentiert worden, das schon einige sinnvolle Ansätze enthält. Man muss aber sagen, das ist ein bisschen spät, wenn es am 19. August kommt und kurz darauf das Betreuungsjahr beginnt. Eine Maßnahme, die da drin ist, die wirklich sinnvoll ist, lange gefordert ist, ist die Senkung der Gruppengröße. Langsam, aber doch. Eine andere Maßnahme, die für großen Ärger gesorgt hat, und ich meine zu Recht, war eben diese 15.000-Euro-Prämie, die sich nur an Neueinsteiger:innen richtet. Nun muss ich wirklich ehrlich sagen, es haben sich Eltern bei mir gemeldet, die jetzt nicht wahnsinnig politisch interessiert sind, die gesagt haben, das ist doch eine Frechheit, das kann doch nicht sein. Die Kindergärtnerin, die ich seit Jahren kenne, die sich da um meine Kinder kümmert, die kriegt nix, die kriegt gleich bezahlt wie vorher, und die anderen sollen 15.000 Euro kriegen. Also das haben nicht einmal die Eltern verstanden, geschweige denn die Pädagog:innen, die jetzt in Kindergärten arbeiten. Von dem her war das einfach ein sehr unbefriedigender Vorschlag, der, glaube ich, die Stimmung teilweise noch schlechter gemacht hat, als sie vorher war. Es ist dann nachgebessert worden, der Landesrat hat dann gesagt, alle, die auf Vollzeit aufstocken, sollen die Prämie bekommen, was grundsätzlich eine gute Idee ist. Man muss aber auch sagen, das ist nicht für alle gleichermaßen möglich. Es hängt von der eigenen Lebenssituation ab, ob die überhaupt alle Vollzeit arbeiten wollen und können, und auch von den Arbeitsstrukturen des Trägers. Wir haben erst letzte Woche eine, angesichts des Wetters, große Demo in Graz gehabt, wo ganz viele Eltern, die ich aus unserer Krippenzeit kenne, eben mitgegangen sind; das war an einem verregneten, kalten Freitagnachmittag, und ganz viele Eltern mit Kleinkindern sind durch die Stadt

gegangen und haben gesagt, so kann es nicht weitergehen. Und alle von euch, die kleine Kinder haben, wissen, dass das schon irgendwie bemerkenswert ist, weil ist jetzt nicht die naheliegende Idee, am Freitagnachmittag, ganz kalt und regnerisch, die Kinder einzupacken und auf die Straße zu gehen. Aber ganz, ganz viele haben es gemacht, weil eben die Situation so dramatisch ist, wie sie ist. Ich möchte auch anerkennen, dass sich, denke ich, alle politisch Verantwortlichen jetzt schon bemühen, Lösungen zu finden. Wir haben es vorher diskutiert. Es ist eine Notlösung, aber sie hilft natürlich den betroffenen Eltern, was die Stadt jetzt plant, eben mit dem Halbtags-Plus-Konzept. Aber da möchte ich mit „Kinder brauchen Profis“ zitieren, die auf ihrer Webseite eigentlich ziemlich klar sagen, wie sie zu den meisten Maßnahmen stehen. Sie sagen nämlich, der aktuelle Personalmangel besteht hauptsächlich aufgrund der qualitativen Rahmenbedingungen. Diese machen es unattraktiv, im Beruf zu bleiben oder wieder einzusteigen. Und deswegen sehen wir es als problematisch, dass die ersten Maßnahmen, die wirksam werden sollen, die Qualität in den Einrichtungen kaum bzw. die Entlastung der Kolleg:innen eben nicht adressieren. Und ich denke, das ist bezeichnend. Weil das ist die Initiative von Elementarpädagog:innen, die wirklich schon lange an dem Thema dran sind, und sie sind nicht sehr zufrieden gewesen mit dem, was jetzt da ist. Ich weiß, wir werden in einer Debatte auch noch auf das zu sprechen kommen, was die Stadt Graz in ihrem eigenen Wirkungsbereich machen kann. Ich möchte hervorheben, die Koalition hat einiges auf den Weg gebracht. Die zweistündige Überschneidungszeit haben wir schon ermöglicht, das soll jetzt auch steiermarkweit kommen. Das Gehaltsschema für die städtischen Bediensteten ist gerade in Überarbeitung, also daran wird gearbeitet. Und ich denke, der Vorschlag, der von Kurt oder von Seiten der ÖVP kommt, nämlich die Mittel, die jetzt frei werden aufgrund der Sozialstaffel, die das Land bei den Krippen einführt, das werden wir jedenfalls ernsthaft diskutieren, weil da wird ja noch einmal richtig viel Geld frei. Das wäre ziemlich spektakulär, wenn wir da was Gutes auf den Weg bringen können. Dennoch möchte ich das Land nicht aus der Verantwortung nehmen. Weil es ist viel zu oft im Sozialbereich, dass die Stadt sozusagen dort einspringt, wo das Land säumig ist und immer mehr Aufgaben vom Land übernimmt. Wir haben im Frühjahr

Funktionalvereinbarung zwischen Bund und Ländern abgeschlossen, die deutlich höhere finanzielle Mittel für genau diese Dinge bringt, nämlich 40 % Erhöhung mit dem Ziel kleinere Gruppen, mit dem Ziel Ausweitung des Angebotes, längere Öffnungszeiten, all das. Es ist eigentlich durchaus Geld da. Und in dem Sinne und auch mit dem, was ich gerade gesagt habe, dass es sicher auch von unserer Seite Gesprächsbereitschaft gibt zu dem, was wir ihnen erstatten können, würde ich mich sehr, sehr freuen, wenn wir vielleicht diese Petition doch einstimmig beschließen können, nämlich: Der Gemeinderat ersucht den zuständigen Bildungslandesrat Werner Amon auf dem Petitionsweg dringend um Nachbesserung der angekündigten Maßnahmen im Bereich Elementarpädagogik. Insbesondere soll ein 15. Gehalt wie im Pflegebereich und eine schnellere Reduktion der Gruppengrößen steiermarkweit angedacht werden. Ich hoffe auf Annahme. (Appl.)

**Originaltext des Dringlichkeitsantrages:**

*Kaum ein kommunalpolitisches Thema hat in den letzten Wochen die Grazer:innen so beschäftigt wie der Personalmangel in den Kinderbetreuungseinrichtungen und die damit verbundenen Schließungen von Gruppen bzw. deren Umstellung auf Halbtagesbetreuung. Mit Stand Anfang September mussten in Graz acht Gruppen schließen und 15 auf Halbtagesbetrieb umstellen. Auch im Gemeinderat haben wir die prekären Arbeitsbedingungen in der Elementarpädagogik wiederholt diskutiert, Vorschläge erarbeitet und vor dem Sommer einen dringlichen Antrag, der in den meisten Punkten einstimmig angenommen wurde, verabschiedet.*

*Alle Eltern, deren Kinder die Einrichtungen von WIKI und GIP besuchen, bekamen bereits im August einen Brief zugesandt, der vor möglichen Schließungen warnte. Viele dieser Eltern kenne ich über meine eigenen Kleinkinder persönlich und habe hautnah miterlebt, was es für berufstätige Eltern bedeutet, im August nicht zu wissen, ob die Betreuung ihrer Kinder im September noch gesichert ist. Am 19.8., knapp vor Beginn des Schul- und Betreuungsjahrs, wurden vom Bildungslandesrat Werner Amon ein lang ersehntes Maßnahmenpaket präsentiert, das durchaus sinnvolle Ansätze enthält: Als*

wahrscheinlich wichtigste und lang geforderte Maßnahme soll es bis 2027 zu einer schrittweisen Senkung der Gruppengröße auf 20 Kinder kommen.

Angekündigt wurde außerdem eine 15.000-Euro-Prämie für Neueinsteiger:innen – für viele Pädagog:innen, die seit Jahren unterbezahlt an die Grenzen ihrer Kräfte gehen, ein ungeheurer Affront: Neueinsteiger:innen erhalten eine durchaus ansehnliche Prämie, während jene, die sich seit Jahren unter schwierigsten Bedingungen um eine qualitätsvolle Kinderbetreuung bemühen, leer ausgehen. Vor wenigen Tagen hat der Landesrat aufgrund der nicht enden wollenden Kritik nachgebessert und die Prämie auch all jenen Pädagog:innen, die auf Vollzeit aufstocken wollen, in Aussicht gestellt. Auch das ist ein wichtiger Schritt, nicht zuletzt, weil die Steiermark im Bundesländervergleich besonders wenige Vollzeitkräfte im Kinderbildungs- und Betreuungsbereich hat. Es ist aber nicht für alle möglich, eine Vollzeitanstellung einzugehen, sei es aufgrund eigener Betreuungspflichten oder auch der Arbeitsstrukturen des jeweiligen Trägers.

Für die betroffenen Familien kamen diese Maßnahmen aber zu spät, dementsprechend groß war die Aufregung. Wenn an einem verregneten, kalten Freitagnachmittag hunderte Eltern mit Kleinkindern durch die Stadt ziehen, muss wirklich Feuer am Dach sein. Vor wenigen Tagen kündigten Landesrat Amon und Stadtrat Hohensinner gemeinsam an, dass über Restplätze und das Konzept „Halbtage Plus“ eventuell alle betroffenen Eltern doch noch einen Betreuungsplatz bekommen.

Ich denke, man sieht, dass alle politisch Verantwortlichen sich durchaus bemühen, im Einzelfall noch Lösungen für die betroffenen Familien zu finden und dieses Bemühen will ich auch nicht in Abrede stellen. Schon gefallen lassen muss man sich aber den Hinweis, dass sich diese Situation über Jahre angebahnt hat und schon lange absehbar war. Seit Jahren fordern Initiativen wie „Kinder brauchen Profis“ bessere Rahmenbedingungen für ihre Arbeit. In ihrer Stellungnahme zum Maßnahmenpaket Amons schreiben sie weiters: „Der aktuelle Personalmangel besteht hauptsächlich aufgrund der **qualitativen Rahmenbedingungen**. Diese machen es unattraktiv im Beruf zu bleiben oder (wieder) einzusteigen. Deswegen sehen wir es als problematisch, dass die drei von Ihnen präsentierten Maßnahmen, die als erstes wirksam werden sollen,

die **Qualität** in den Einrichtungen kaum bzw. eine **Entlastung** der Kolleg:innen nicht adressieren.“ Auch die Arbeitssituation der Kinderbetreuer:innen und Tageseltern sollte diskutiert werden.

In der Stadt Graz ist es uns gelungen, die zweistündige Überschneidungszeit bei der Dienstübergabe zu ermöglichen, die Finanzierung dafür soll laut Ankündigungen nun auch steiermarkweit ausgerollt werden.

Die im Frühjahr abgeschlossenen Verhandlungen rund um eine neue 15a-Vereinbarung bringen durch eine 40 % Erhöhung der Bundesmittel (Zielsetzung: kleinere Gruppen, Ausweitung des Angebots, längere Öffnungszeiten, bessere Arbeitsbedingungen) auch neue finanzielle Spielräume für die Steiermark. Wenn wir also nicht nur auf kurzfristige Notlösungen setzen wollen, sondern eine qualitätsvolle Kinderbildung und –betreuung langfristig absichern wollen, braucht es dringend eine Nachbesserung des bisher angekündigten Maßnahmenpakets.

Ich stelle daher namens der Grünen-ALG folgenden

**dringlichen Antrag:**

- 1.) Der Gemeinderat ersucht den zuständigen Bildungslandesrat Werner Amon auf dem Petitionsweg dringend um eine Nachbesserung der angekündigten Maßnahmen im Bereich Elementarpädagogik. Insbesondere sollen ein 15. Gehalt analog dem Pflegebereich und eine schnellere Reduktion der Gruppengrößen steiermarkweit angedacht werden.

**Vorsitzwechsel – StR Eber übernimmt den Vorsitz (19.27 Uhr).**

**9.6 Rettet den Kindergarten! Personalnotstand in der elementaren Bildung durch bessere Bezahlung beheben  
(GR Mag. Philipp Pointner, Neos)**

GR Mag. **Pointner**:

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrter Stadtsenat, sehr geehrte Kolleg:innen und Kollegen, werte Zuseher:innen und Zuhörer:innen. Ja, vielen Dank, ich kann mich in vielem natürlich der Kollegin Wutte gleich anschließen. Ich war auch bei der Demonstration, wo die Pädagoginnen und Pädagogen und Betreuerinnen und Betreuer buchstäblich im strömenden Regen gestanden sind, und so hat das wirklich fast opernhaft gepasst, so wie sich für die vielen Menschen, die dort waren, die Situation auch darstellt, und daher dieser jetzt quasi gemeinsame Themenblock. Ich fasse noch einmal zusammen. Wir fassen unseren Teil des Antrags, quasi wenn man es zusammenzieht in Richtung Stadt, dass der zuständige Stadtrat noch einmal strukturell auch nachschärfen kann. Es geht um grundlegende Strukturen, die angegangen werden müssen und nicht das Leukoplast-System, das bisher leider vorherrscht. Das immer da, wo es blutet, wird einfach zugeklebt und es wird im Ganzen nicht genug in die Tiefe gearbeitet. Das ist Vereinbarkeit Familie/Beruf, bessere Arbeitsbedingungen und Rahmenbedingungen für die Pädagog:innen und Betreuer:innen. Und dadurch mehr Anerkennung. Das heißt, zunächst einmal wäre es sehr wichtig, das Signal an die Eltern zu senden, dass wir einmal einen Rechtsanspruch auf einen Kinderbetreuungsplatz für jedes Kind einmal auch verankern. Damit diese Angst nicht immer vorherrschen muss, kriege ich jetzt einen Platz oder kriege ich keinen Platz? Das ist mit Druck vorwärts zu treiben. Und dann wird einfach die traurige Realität passé sein, dass man im August einen Brief bekommt mit ja, vielleicht gibt es keinen Platz, vielleicht doch einen. Und dann rennen alle herum, wie man es halt doch möglich machen. Zum Glück gelingt es ihnen in den weitesten Fällen, aber manche werden übrigbleiben. Daher, vielleicht einmal den Plan nun in der Stadt diskutieren über den Rechtsanspruch. Und das andere ist natürlich fundamental: die Bezahlung und dadurch Wertschätzung der Pädagog:innen und Pädagogen. In Graz haben wir halt einen der geringsten Löhne aller Landeshauptstädte in diesem Bereich. Und natürlich der Auftrag

ans Land, denn das Land hat als verfassungsmäßige Aufgabe die elementare Bildung, uns in der Stadt nicht im Regen stehen zu lassen und eben nicht durch eine Notfallpolitik immer nur tätig zu werden. Sonst wird's weiter so sein, sonst werden wir im nächsten Jahr wieder auf der Straße stehen, bevor das Schuljahr losgeht und wahrscheinlich wird es wieder regnen. Also zumindest gefühlt. Daher im Namen der Gemeinderatsfraktion der Neos der folgende dringliche Antrag: Der Grazer Gemeinderat wolle beschließen, die Stadt Graz erkennt den Notstand in der Elementarbildung an und Stadtrat Kurt Hohensinner wird ersucht zu prüfen, welche Maßnahmen die Stadt innerhalb ihres eigenen Wirkungsbereiches setzen kann, um die laufende Bildungskrise zu entschärfen. Des Weiteren wird der Landesgesetzgeber auf dem Petitionsweg aufgefordert, ein Maßnahmen- und Finanzierungspaket vorzulegen, welches eine bessere Entlohnung innerhalb der steirischen elementaren Bildungseinrichtungen, sowohl der öffentlichen als auch bei privaten Trägern, denn auf die wollen wir nicht vergessen, ermöglicht. Bitte um breite Zustimmung. (Appl.)

**Originaltext des Dringlichkeitsantrages:**

*Der Kindergarten ist als erste Bildungseinrichtung essentiell wichtig für ein selbstbestimmtes und erfülltes Leben. Viele Studien zeigen übereinstimmend, dass die ersten Lebensjahre für die Bildungskarriere und die Charakterbildung grundlegend entscheidend sind. Außerdem ist der Kindergarten gerade für Kinder aus sozioökonomisch benachteiligten und bildungsfernen Familien bildungs- und integrationstechnisch unverzichtbar. Denn zu Hause erfahren gerade diese Kinder unverschuldet oft nicht die frühkindliche Bildung, die sie benötigen würden. Ohne diese Bildung ist nicht nur die Gefahr für eine von Misserfolgen geprägte Schulkarriere höher – auch messbare Gehaltseinbußen in der Berufskarriere zur Folge. Damit ist klar, dass der Kindergarten keine bloße Betreuungseinrichtung ist, bei der Eltern ihre Kinder abliefern können, sondern eine essenzielle Ausbildungsstätte.*

*Gleichzeitig ist der Kindergarten für Eltern ebenso essentiell, um auch mit kleinen Kindern beruflich voranzukommen. Das bringt gerade langfristige Vorteile. Denn wer*

*länger von einer Erwerbsarbeit fernbleibt, muss mit weniger Geld und Chancen rechnen. Einerseits führen lange Phasen fern vom Arbeitsmarkt zu einer niedrigeren Pension und zu einem Karrierebruch, der nicht mehr aufzuholen ist. Denn Väter ohne Karenzzeiten und Frauen ohne Kinder überholen Mütter auf dem Karrierepfad. Dass der Gender-Pay-Gap in Österreich von der Wissenschaft zu einem großen Teil als „Motherhood-Pay-Gap“ identifiziert wurde, kommt in der Debatte oft zu kurz. Dabei ist es nur mit einem ausgeprägten Betreuungsangebot in der näheren Umgebung möglich, Beruf und Kinderbetreuung gut zu vereinbaren. Doch die Kindergärten in der gesamten Steiermark befinden sich in der Krise! Täglich prasseln neue Schreckensmeldungen auf steirische Eltern ein: Kindergartengruppen werden geschlossen, Gruppenzeiten massiv reduziert und zu Beginn des Kindergartenjahres ist nicht klar, ob das eigene Kind in der Steiermark einen Kindergarten- bzw. einen Kinderkrippenplatz bekommt.*

*Alle diese Probleme sind hausgemacht und ein Resultat der zahlreichen, jahrelangen Versäumnisse der steirischen Landesregierung. Wir sind beim Jahresgehalt für ElementarpädagogInnen leider am unteren Ende der Gehälter für PädagogInnen in den Landeshauptstädten Österreich. Auch in anderen Gemeinden außerhalb der Landeshauptstadt ist die Lage vielerorts besser. Im rot-pink regierten Wien bekommen Elementarpädagog:innen zu Beginn sogar bis zu 2.852,90 Euro pro Jahr. So ist es nicht verwunderlich, dass sich kaum Berufseinsteiger:innen finden, die in Kindergärten arbeiten wollen. Auch Betreuer:innen bekommen in anderen Landeshauptstädten mehr Gehalt.*

*Es braucht daher neben einer nachhaltigen Verbesserung der Rahmenbedingungen und einer spürbaren Senkung der Gruppengrößen insbesondere eine deutliche Anhebung der Gehälter in der gesamten Steiermark und insbesondere in Graz. Auch, um Pädagog:innen und Betreuer:innen vor Ort zu halten. Dies gilt sowohl für private als auch für öffentliche Träger. Außerdem muss endlich sichergestellt werden, dass Vordienstzeiten entsprechend angerechnet werden. Wenn sich Elementarpädagog:innen derzeit dazu entscheiden, ihren Dienort innerhalb der*

*Steiermark zu wechseln und in Kindergärten oder Kinderkrippen zu arbeiten, die Personalbedarf haben, stellt die oftmals kaum vorhandene Anrechnung der Vordienstzeiten eine weitere Hürde dar. Die Konsequenz sind noch niedrigere Gehälter. im Namen der Gemeinderatsfraktion der NEOS wird daher folgender dringlicher Antrag gestellt: Der Grazer Gemeinderat wolle beschließen:*

*Die Stadt Graz kennt den Notstand in der Elementarbildung an und die zuständigen Stellen werden ersucht, zu prüfen, welche Maßnahmen die Stadt innerhalb ihres eigenen Wirkungsbereichs setzen kann, um die laufende Bildungskrise zu entschärfen. Des Weiteren wird der Landesgesetzgeber auf dem Petitionsweg aufgefordert, ein Maßnahmen- und Finanzierungspaket vorzulegen, welches insbesondere eine bessere Entlohnung innerhalb der Grazer elementaren Bildungseinrichtungen sowohl bei öffentlichen als auch bei privaten Trägern ermöglicht.*

**GR<sup>in</sup> Naghibi:**

Erneut, sehr geehrter Stadtsenat, Kolleg:innen und Kollegen und Bürger:innen und Bürger via Livestream und in der Galerie. Ja, zwei dringliche Anträge, denen die KPÖ natürlich sowohl in der Dringlichkeit als auch im Inhalt zustimmen wird. Der heutige Zusatzantrag der KPÖ, der die Forderung nach einem Kinderbildungsgipfel inkludiert, ist ja schon ein wichtiger Schritt in diese Richtung und wurde erfreulicherweise auch gemeinsam beschlossen. Es braucht auch darüber hinaus, also das möchte ich noch einmal eben erwähnen, eine Transparenz darüber, denn auch diese fehlt oft in der Debatte. Ich möchte auch, weil heute öfters einmal die 200 Euro erwähnt worden sind, dazu sagen, und die Kollegin hat es vorher auch angesprochen, also die Grazer Regierung zeigt mehr als ihren guten Willen zu dieser Sache. Wir haben unter Finanzstadtrat Manfred Eber dem Bildungsressort budgetmäßig eigentlich mehr finanzielle Mittel zugesprochen, als die ÖVP-Regierung unter dem ehemaligen Finanzstadtrat Günter Riegler jemals dem Bildungsressort zugeschrieben hat. Und mit diesen finanziellen Mitteln sind auch schon sehr gute Schritte in Richtung Verbesserung der qualitativen Rahmenbedingungen gesetzt worden. Weil, wie das

Personal selbst sagt, das ist im Grunde das Erste, wo der Schuh drückt. Jetzt sind wir uns aber auch alle einig in puncto Gehalt, dass das natürlich auch zutrifft, nur hier verweise ich wieder auf das Subsidiaritätsprinzip, also da möchte ich mich auch dem Kollegin Pointner anschließen. Ohne dass die Landesregierung ihre Verantwortung übernimmt, werden wir es nicht schaffen und nächstes Jahr wieder im Regen stehen. 200 Euro wurde medial schon beworben, noch bevor es irgendwie im Gemeinderat oder in einem Ausschuss ein Thema war. Dazu möchte ich sagen, weil du hast zu Recht gesagt, ich habe im Bildungsausschuss darüber gesprochen, aber dafür ist der Ausschuss auch da, und ich spreche auch gerne im Gemeinderat dafür, denn das ist der öffentliche Rahmen und die Öffentlichkeit, die Bevölkerung hat Recht auf Fakten. Der Vorschlag war 200 brutto auf eine Vollzeitstelle. Das betrifft die wenigsten, die im elementarpädagogischen Bereich arbeiten. Die meisten sind Teilzeitstellen und brutto/netto brauchen wir nicht sprechen, also es wird nicht viel am Konto übrigbleiben, was den Unterschied macht und bedauerlicherweise wird es auch nicht dazu führen, dass die Leute im Beruf bleiben. Aber das Land kann uns da helfen und in diesem Sinne ist es sehr erfreulich, dass wir da dran bleiben an den Petitionen und sie weiterhin adressieren. Danke für die Aufmerksamkeit. *(Appl.)*

***Die Dringlichkeit zu beiden Anträgen wurde einstimmig angenommen.***

**GR Brandstätter:**

Werte Stadtregierung, verehrte Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuseherinnen und Zuseher, sehr geehrte Frau Antragstellerin, sehr geehrter Herr Antragsteller! Jetzt muss ich da noch ganz etwas zu meiner Vorrednerin sagen. Ja, das Subsidiaritätsprinzip ist angesprochen worden, das ist auch vollkommen richtig, und das sollte man in diesem Fall auch anwenden, denn wir können als Stadt Graz unsere Verantwortung wahrnehmen und dieses Problem lösen und genau das ist das, was das Subsidiaritätsprinzip sagt, nämlich, dass Probleme auf der kleinstmöglichen Ebene gelöst werden können. Vielen Dank, dass Sie das unterstützen.

Dass jetzt diese 200 Euro zu wenig sein sollten verwundert mich, wenn der Vorschlag, zumindest beim Antrag der Grünen, auf ein 15. Gehalt lautet, wo man doch bedenken muss, dass das aufs Jahr gerechnet kaum finanzielle Unterschiede machen würde und auch zirka gleich viel kosten würde. Dass Teilzeitstellen davon nicht betroffen sind, lasse ich nicht gelten, weil die natürlich anteilmäßig genauso überbezahlt werden würden. Nun zu den Anträgen. Dem Kollegen Pointner von den Neos gestehe ich ja zu, dass er an einer gemeinsamen Lösung interessiert ist. Bei dieser Gelegenheit möchte ich aber auch anmerken, dass der erste Punkt Ihres Antrages bereits im März dieses Jahres von Bildungsstadtrat Kurt Hohensinner erfüllt wurde mit der Vorlage eines umfassenden Maßnahmenpakets, werden wir aber gerne erneuern. Bei dem dringlichen Antrag von Ihnen, Frau Kollegin Wutte, und der anzunehmenden Unterstützung durch die Fraktionen der Koalitionsregierung kann ich nur sagen, bei diesem Antrag handelt es sich um bloße Effekthascherei. Bereits im März dieses Jahres hat Bildungsstadtrat Kurt Hohensinner ein umfassendes Maßnahmenpaket vorgelegt und in den Gemeinderat eingebracht, mit dem eine Situation, wie wir sie diesen Herbst in den Grazer Kindergärten vorgefunden haben, vermutlich verhindert hätte werden können. Der Gemeinderat hat dieses Paket damals sogar einstimmig beschlossen und wir hätten diese Maßnahmen nur umsetzen müssen. Das Maßnahmenpaket ist am Tisch gelegen. Aber die Koalitionsregierung hat dann im Juni-Gemeinderat, wo wir auch das Budget hätten beschließen müssen, um diese Maßnahmen, die wir einstimmig mitgetragen haben, auch umzusetzen, es nicht für notwendig erachtet, alle Verbesserungen umzusetzen. Zum Beispiel die Gehaltserhöhung. Es ist insofern ein Unsinn, wenn Sie, Frau Kollegin Wutte, in Ihrem Antrag ein 15. Gehalt in der Elementarpädagogik fordern, wo doch genau diese 200 Euro einer ähnlichen Gehaltserhöhung in einem ähnlichen Ausmaß gerecht geworden wären. Dieses 15. Gehalt würde nämlich erneut nicht das Land Steiermark tragen, sondern der verantwortliche Finanzstadtrat, der nämlich für das Personal in der Stadt Graz, aber auch für alle privaten Träger, die im Tarifmodell sind, verantwortlich ist. Das Land Steiermark hat uns aber tatsächlich sogar ein Geschenk gemacht, indem sie andere Kosten, die bis jetzt von der Stadt Graz übernommen worden sind, in Zukunft fördern

wird. Dabei handelt es sich um freiwerdende Mittel in der Höhe von 5 bis 7 Mio. Euro, die wir in Zukunft unter anderem für die Gehaltserhöhungen im Elementarpädagogikbereich verwenden könnten. An dieser Stelle sollten wir uns, glaube ich, alle bei allen Elementarpädagog:innen und Betreuer:innen ausdrücklich bedanken und ich kann nur hoffen, dass wir in diesem Gremium auch, hoffentlich mit Zustimmung zu diesem Abänderungsantrag, uns zumindest dazu verpflichten, auch zu prüfen, dass wir dieses Geld in diesen Bereich stecken könnten. Erlauben Sie mir aber auch noch einen kurzen Exkurs zum Antrag von Ihnen, Frau Kollegin Wutte, bevor ich meinen Abänderungsantrag einbringen werde. Wer sich den Antrag Wort für Wort durchliest, muss zwei Dinge feststellen. Erstens, eine grobe Unkenntnis der derzeitigen Situation. Wer im Motiventext zu Recht die Situation von Grazer Familien beschreibt, einfach als Lösung dafür das Absenken der Gruppengrößen von 25 auf 20 Kinder pro Gruppe fordert, der hat das Problem schlichtweg nicht verstanden. Nur um alle hier Anwesenden ein für alle Mal aufzuklären, ein Absenken der Gruppenzahl würde bedeuten, dass Grazer Familien den Verlust von 1.600 Kindergartenplätzen hinnehmen müssen. Deshalb sind wir dem Land grundsätzlich dankbar, dass die Alternativoption der Anstellung einer zusätzlichen Betreuer:in ermöglicht wird. Aber auch dieser Weg wird für die Stadt eine Herausforderung sein, weil wir in den nächsten fünf Jahren grob 300 zusätzliche Betreuerinnen und Betreuer anstellen, ausbilden und finden müssen. Zweitens, eine offensichtliche Unwissenheit über die eigenen Beschlüsse. Anders als im Motiventext dargestellt, wurde seitens der Regierung nicht die von uns im März geforderte zweistündige Überschneidungszeit, sondern eine einstündige Überschneidungszeit genehmigt, leider, muss man sagen. Dementsprechend werden wir bei beiden Anträgen nicht zustimmen und hoffen aber auf Ihre Zustimmung zu unserem Abänderungsantrag, mit dem wir unsere Verantwortung als Stadt Graz im Sinne des Subsidiaritätsprinzips wahrnehmen können und die von mir angesprochenen freiwerdenden Mittel für die Elementarpädagogik verwenden können. Ich verlese noch ganz kurz: Namens des ÖVP-Gemeinderatsklubs stelle ich daher den Antrag, erstens, Stadtrat Manfred Eber wird aufgefordert, gemeinsam mit Stadtrat Kurt Hohensinner zu prüfen, in welcher Höhe budgetäre Mittel durch das von Landesrat Werner Amon

vorgestellt Maßnahmenpaket frei werden. Zweitens, Stadtrat Manfred Eber wird damit beauftragt zu prüfen, wie es ermöglicht werden kann, dass alle dadurch freiwerdenden Mittel dem Bildungsressort, speziell der Elementarpädagogik, erhalten bleiben, und damit die Maßnahmen des vom Gemeinderat in der März Sitzung einstimmig beschlossenen Pakets umzusetzen, damit wir im kommenden Jahr nicht wieder vor den gleichen Problemen stehen. Vielen Dank. (Appl.)

**Originaltext des Abänderungsantrages:**

*Landesrat Werner Amon, MBA stellte ein Maßnahmenpaket vor, bei welchem es sich um die bis jetzt von der Stadt und in Zukunft vom Land getragenen Kosten für die einstündige Überschneidungszeit in der Mittagszeit sowie für die mit Herbst 2023 geplante Einführung einer Sozialstaffel des Landes Steiermark für Kinderkrippen handelt.*

*Namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs stelle ich daher den*

**Abänderungsantrag:**

*Stadtrat Manfred Eber wird aufgefordert, gemeinsam mit Stadtrat Kurt Hohensinner zu prüfen, in welcher Höhe budgetäre Mittel durch das von Landesrat Werner Amon vorgestellte Maßnahmenpaket frei werden.*

*Stadtrat Manfred Eber wird damit beauftragt zu prüfen, wie es ermöglicht werden kann, dass alle dadurch freiwerdenden Mittel dem Bildungsressort, speziell der Elementarpädagogik, erhalten bleiben, um damit die Maßnahmen des vom Gemeinderat in der März-Sitzung beschlossenen Pakets umzusetzen, damit wir im kommenden Jahr nicht vor den gleichen Problemen stehen.*

GR<sup>in</sup> **Slama**:

Ich mache mir das jetzt ein bisschen einfacher und sage einfach, liebe alle und liebe Zuseherinnen und Zuseher. Ich finde es immer ein bisschen schwierig, wenn jemand, der nicht vom Fach ist eigentlich, rauskommt und dann Menschen, die sehr wohl vom Fach sind, sagt, die wissen ja nicht, wovon sie reden. Weil die Kollegin und ich sind beide nämlich Elementarpädagog:innen, bei denen du dich gerade bedankt hast, lieber Martin. *(Appl.)* Noch lieber erkläre ich dir jetzt, wieso diese beiden Anträge absolut Sinn haben und der Abänderungsantrag leider nicht so sehr. Und zwar, das Problem ist, dass, wenn wir jetzt anfangen, dem Land hier Versäumnisse durchgehen zu lassen, und wir haben ja schon dadurch, dass der Stellvertretende Landeshauptmann Lang schon gesagt hat, es wird eine Nachschärfung brauchen, es wird eine zweite Reform brauchen, sehen wir ja schon, dass hier definitiv Versäumnisse passiert sind, dass die Maßnahmen so eben nicht reichen. Wir haben eben das Problem, wenn wir jetzt als Stadt Graz anfangen zu sagen, okay, wir übernehmen alles davon selber, können wir natürlich machen, wäre auch für uns ganz cool, hätten wir unser Rettungsboot, würde uns halt insgesamt sehr, sehr wenig bringen, weil dadurch ziehen wir dann die Pädagog:innen und Betreuer:innen aus allen Graz-Umgebung-Bezirken ab. Ich war jetzt schon selbst in Kindergärten in Graz-Umgebung, und dort ist dieses Problem schon angekommen, dass einfach die Nachbargemeinde dann vielleicht ein besseres Gehalt anbietet und plötzlich einfach eine Gruppe im Nachbarort eben schließt. Wo kommen diese Kinder dann hin, was tun diese Eltern? Suchen natürlich den nächsten freien Platz, der dann wiederum in dem Kindergarten ist, der grad die Pädagogin abgeworben hat. Das heißt, insgesamt schieben wir einfach nur herum und es bringt uns wenig...

*Zwischenruf GR **Brandstätter**: Außer mehr Gehalt.*

GR<sup>in</sup> **Slama**:

... das ist jetzt eben die Geschichte, wieso wir eigentlich definitiv das Land brauchen für das Ganze. Und zwar, wir haben es absolut schon verstanden, wir sind hier alle für Lösungen, und das ist absolut was Wünschenswertes. Deshalb wäre es mir wichtig, dass wir alle an einem Strang ziehen. Und da hoffe ich sehr auf euch ÖVP, weil ihr habt den zuständigen Landesrat, also ihr wärt da die Wichtigsten. Deswegen kommen wir mal zu diesem Maßnahmenpaket, das, wie schon gesagt, Ende August vorgestellt worden ist, relativ spät. Der erste Punkt ist einmal, Gruppengröße senken. Sehr, sehr gut, wichtiger Punkt, fordern wir alle seit Ewigkeiten. Einziges Problem, das passiert ab 2023/2024. Wieso ist das jetzt ein Problem? Erstens Mal, weil es superdringend ist. Zweitens einmal wegen Punkt zwei, dem 15.000-Euro-Stipendium. Das ist, wie wir schon angesprochen haben, ein bisschen ein Schlag ins Gesicht für alle Leute, die jetzt schon Vollzeit im Kindergarten gearbeitet haben durch zwei Jahre Pandemie, die, wie ich sagen kann, echt nicht so chillig waren, für niemanden. Und da jetzt zu sagen, naja, aber die neu dazukommen aufstocken etc. und diese Möglichkeit haben Menschen, die Vollzeit gearbeitet haben schon im Kindergarten für diese zwei Jahre, einfach nicht. Es ist nämlich auch das Problem, dass als Wiedereinsteiger:in, dafür darfst du zwei Jahre nicht gearbeitet haben, das heißt, da hast du auch diese zwei Jahre Pandemie verpasst. Natürlich ist das superduper schwierig für die Menschen, die da am meisten darunter gelitten haben in dieser Zeit. Dann ist noch diese Verpflichtung auf drei Jahre, und da kommen wir wieder zum Problem mit der Gruppengröße. Weil in diesen drei Jahren, das ist dann 2025, haben wir die Gruppengröße vielleicht um ein Kind reduziert und diese Leute, die wir da wieder hineingebracht haben mit diesen 15.000 Euro, sind wir dann wieder los. Weil verbessert hat sich nichts groß in der Zeit, und die 15.000 Euro sind aufgebraucht, verpflichtet sind sie nicht mehr, und dann haben wir wieder das gleiche Problem. Das Problem hätten wir nicht mit insgesamt einem 15. Gehalt etwa. Deswegen wäre hier nicht diese große Geschichte, dass wir einfach, und ich verstehe sehr, dass es sehr naheliegend ist, so als Gemeinderat zu sagen, na tun wir doch einfach alles, was geht und fände ich auch schon, würde es so funktionieren, aber aus den früher genannten Gründen wird das keine langfristige Lösung sein, sondern so

wälzen wir das Problem ab und lassen einfach alle um uns herum halt untergehen, die dann aber auch zu uns kommen werden, weil man hier Betreuungsplätze haben wird. Das heißt, im Endeffekt ist mein großer Appell einfach, wir dürfen keine Ruhe geben, bis wir die Rahmenbedingungen haben, um in Graz noch Verbesserungen zu machen. Und dass wir in Graz noch Verbesserungen machen müssen, natürlich. Aber das wird nicht funktionieren, ohne, und das haben wir auch schon in unserem Maßnahmenpaket festgestellt, indem wir zwei Kategorien gemacht haben, was können wir tun, was brauchen wir vom Land? Und das ist nicht, das wollen wir vom Land, sondern was brauchen wir vom Land? Und ganz genau dafür müssen wir jetzt alle zusammen eintreten, und darum würde ich euch bitten. Also von mir absolute Zustimmung und danke, ich bin vom Fach, also darf ich das alles sehr professionell sagen hier. *(Appl.)*

**StR Hohensinner:**

Ja, ich möchte versuchen oder den Versuch starten, alle wieder irgendwie mitzunehmen, weil ich glaube, ihr habt in den letzten Monaten auch gemerkt, es ist wichtig, dass wir dieses Thema breit diskutieren. Ich habe auch immer geschaut, dass ich Vorschläge von euch mitnehme und kann nur sagen, unser Paket war ja sehr frühzeitig, im Gegensatz zum Land. Wir haben bei unserem Paket Maßnahmen ausgearbeitet mit eigentlich allen Beteiligten, also Pädagog:innen, Betreuer:innen, mit den Betreibern. Wir haben aber auch Gespräche mit dem Land Steiermark geführt. Wir haben Maßnahmen ausgearbeitet, die wir selbst in der Hand haben, die wir selbst umsetzen können. Ich möchte auch danke sagen an den Manfred Eber. Einige Maßnahmen haben sich dann zwar nicht sofort, aber dann Schritt für Schritt auch wieder im Budget wiedergefunden. Dafür ein Danke. Ich freue mich aber auch über das Land Steiermark, dass das Land Steiermark mit Werner Amon wirklich die Situation erkannt hat und er hat in Windeseile mit ganz vielen Menschen geredet. Er hat auch so eine große Videokonferenz mit Betreuer:innen und Pädagog:innen gemacht, wo er versucht hat, die Stimmung aufzunehmen und hat wirklich im Schnellzugtempo über

den Sommer ein Paket ausgearbeitet, das jetzt beschlossen. Und er hat auch immer gesagt, dass ist jetzt der erste Schritt, es wird weitere Schritte brauchen. Ich habe es zum Beispiel nicht ganz verstanden, dass ihr bei meinem Grazer Paket die Punkte, die wir eigentlich schon sehr frühzeitig ans Land weitermelden wollten, da habt ihr gesagt, nein, jetzt beschließen wir einmal nur die Grazer Punkte, wenn ihr euch erinnert. Also das wäre gut gewesen, wenn wir das schon sehr zeitlich früh Richtung Land gemeldet hätten. Und der Werner Amon hat auch die Herausforderung, dass er im Land Mehrheiten braucht. Und wir haben verschiedene Zielgruppen. Wir haben einerseits die Eltern, wir haben die Betreuer:innen und Pädagog:innen. Wir haben auch die Betreiber. Und wenn man Gesamtverantwortung übernimmt, muss man wirklich versuchen, alle Beteiligten für eine große Lösung zu bewegen und das versuchen wir als ÖVP. Und es braucht noch mehr, das ist jetzt, glaube ich, gut zum Ausdruck gekommen. Der Schlüssel für mich liegt in der Ausbildung. Also, da ist wirklich für die Zukunft der Schlüssel enthalten, und wir wissen, das BAfEP alleine zu wenig ist, weil einfach so viele Absolvent:innen studieren gehen. Wir haben vor vier Jahren ein Kolleg mit dem Land Steiermark eingerichtet, in Graz wird es irrsinnig gut angenommen. Da können wir wahrscheinlich noch weitere Klassen eröffnen, da sind wir gerade im Gespräch, auch mit der KPH und mit dem Land Steiermark. Wir brauchen aber auch Betreuer:innen. Also es ist falsch, wenn man sagt, es gibt nur einen Pädagog:innenmangel. Durch Covid hat zum Beispiel der Tageselternverein die Ausbildungskurse nicht stattfinden lassen können. Die neue Geschäftsführerin war unlängst bei mir und wir haben ausgemacht, dass wir da zusätzlich Kurse für die Stadt Graz jetzt machen. Also die Ausbildung ist ganz, ganz zentral. Zweiter Punkt, wir müssen die Bürokratie zusammenstutzen. Und da möchte ich sagen, dass beim Land Steiermark, auch was die Abteilung des Landes betrifft, da brauchen wir auch wirklich eine bessere Zusammenarbeit zwischen der Stadt Graz, unseren Trägern und dem Land Steiermark. Da sind wir gerade dahinter. Und der letzte Punkt ist die bessere Bezahlung. Jetzt kann man da unterschiedlich herangehen. Eine Herangehensweise hat ja der Personalstadtrat versucht, mit dem K-Schema. Das ist aus meiner Sicht ein Ansatz, aber überhaupt nicht der große Wurf. Also das hat hinten und vorne nicht

zusammengestimmt aus meiner Sicht, weil es eine Umschichtung war der Lebensverdienstkurve einerseits, andererseits weiß ich, dass die Personalvertretung nicht happy war. Und Pädagog:innen, die schon länger aktiv waren, hätten dann auch, glaube ich, eine Schwierigkeit gehabt, das war unausgegoren. Außerdem hätte dieses K-Schema die Betreuer:innen überhaupt nicht erfasst. Also das ist jetzt eh einmal von dir zurückgestellt worden. Die zweite Möglichkeit wäre jetzt, das 15. Gehalt einzufordern vom Land Steiermark. Und da möchte ich das wiederholen, was ich heute schon einmal gesagt habe. Bitte, die Situation ist mehr als angespannt, schauen wir jetzt nicht wieder, welche andere Gebietskörperschaft irgendwas machen könnte für uns. Wir haben es selbst in der Hand. Und, vielleicht zum Zeitpunkt des Budgets wäre es schwierig gewesen, die 5 Mio. Euro aufzuwenden, aber es wären jetzt Mittel frei durch die Sozialstaffel im Kinderkrippenbereich. Auch die Ressourcen um die Mittagszeit werden ja seitens des Landes jetzt übernommen, wenn ich das richtig herausgelesen habe aus dem Landespaket. Deswegen auch an dieser Stelle ein Danke an Werner Amon. Das heißt, wenn ich das richtig kalkuliere, wären 5-7 Mio. Euro frei und dann können wir bitte diese 200 Euro umsetzen. Und bitte, Frau Kollegin, wenn Sie sagen, 200 Euro, das ist viel zu wenig oder niemand kriegt die 200 Euro, bitte, das ist jetzt einmal ein guter Anfang. Bitte setzen wir das um. Ich habe eh schon im Ausschuss gesagt, und viele da haben nickend zugestimmt, wenn diese Mittel frei werden, dann bitte schauen wir, dass diese Mittel für unseren Elementarpädagogikbereich genutzt werden können. Danke. *(Appl.)*

***Vorsitzwechsel – StR Hohensinner, MBA übernimmt den Vorsitz (19.55 Uhr).***

**StR Eber:**

Ich möchte kurz zu dem Abänderungsantrag der ÖVP, eingebracht vom Kollegen Martin Brandstätter, kurz etwas sagen. Erstens ist es natürlich grundsätzlich positiv, dass wir da versuchen im ersten Punkt, die budgetären Mittel einmal zu prüfen. Also

wir sind da natürlich dabei, der Kurt Hohensinner hat ja selbst von 5-7 Mio. Euro gesprochen. Wir müssen das über die Finanzdirektion in Zusammenarbeit mit dem ABI natürlich noch einmal ein bisschen genauer nachrechnen sozusagen. Aber das passiert natürlich, und da sind wir natürlich auch sehr froh, dass das Land diese Maßnahme auch gesetzt hat oder setzt. Was den zweiten Punkt anbelangt, als Finanzreferent muss ich natürlich sagen, wir werden uns bemühen, diese Mittel zum Teil oder zum Großteil natürlich in diesem Bereich der Elementarpädagogik zu belassen. Ich möchte das aber heute noch nicht hundertprozentig versprechen, aber wie gesagt, es gibt sicher den Versuch, also den Großteil dieser Mittel in diesem Bereich zu belassen. Und wir werden natürlich auch weiterhin, der Kurt Hohensinner und ich sind ja immer wieder in Abstimmung oder in Absprache, wenn es um die Thematik Elementarpädagogik geht, bzw. unsere Büros, und das werden wir natürlich auch weiterhin so halten. Ich glaube, das Problem in diesem Bereich ist noch lange nicht gelöst und da braucht es noch viele Anstrengungen und gemeinsam werden wir da hoffentlich da auch ein bisschen was weiterbringen können. Danke. *(Appl.)*

***Vorsitzwechsel – StR Eber übernimmt den Vorsitz (19.58 Uhr).***

**GR<sup>in</sup> Wutte:**

Liebe Kolleginnen und Kollegen. Danke für alle Wortmeldungen, insbesondere von den beiden Frauen, die selber beruflich aus dem Bereich kommen, weil ich glaube, das sind immer eigentlich die authentischsten Einblicke in die Situation, wenn wirklich auch Betroffene zu Wort kommen und sprechen können. Ein paar Anmerkungen auch zum Kollegen Brandstätter und zum Kurt Hohensinner. Ja, wir haben das Maßnahmenpaket im März einstimmig beschlossen. Ich stehe da voll und ganz dahinter. Wir haben auch gerade gehört, dass das, was im städtischen Wirkungsbereich ist, nach und nach abgearbeitet wird und abgearbeitet wurde. Warum gibt es jetzt die Petition ans Land? Ich glaube alle, die hier schon länger dabei sind, kennen ein Stück weit die Logik

politischer Entscheidungen. Es ist zwar tragisch, dass man jahrelang sozusagen auf was hinweisen muss und es passiert nichts, aber irgendwann ist der Druck dann so groß, und das ist bei der Elementarpädagogik passiert, dass dann tatsächlich etwas passieren muss. Und an den Punkt sind wir, glaube ich, angelangt in den letzten Wochen. Und ich hätte mich so gefreut, wenn wir jetzt einstimmig eine Petition ans Land schicken hätten können, weil die Erfahrung ja zeigt, genau in so einer Situation muss man dranbleiben. Jetzt hat die Landesregierung schon einmal nachgebessert, weil der Protest so riesengroß war. Und es wurde auch schon angekündigt, dass noch etwas kommen soll. Deswegen finde ich es so wichtig, politisch wichtig, dass alle möglichst geeint sagen, bitte, es braucht noch mehr vom Land. Schade darum, dass wir das heute nicht schaffen, aber wir werden diese Petition beschließen und es ist ein starkes Zeichen der Stadt. Die Anna hat es auch ganz richtig gesagt, warum es auch nicht sinnvoll ist, als Stadt einen Alleingang zu machen. Ich weiß, wir haben da schon diskutiert darüber, Martin, du bist der Verfechter sozusagen des freien Wettbewerbs und die Gemeinden sollen sich jetzt gegenseitig die Pädagog:innen abwerben, aber es ist ja echt ein bisschen eine kurzsichtige Betrachtungsweise, oder? Wenn wir jetzt die Leute aus Graz-Umgebung abwerben, wo werden denn die Leute aus Graz-Umgebung ihre Kinder in Betreuung geben? Dann werden die halt nach Graz reinpendeln, und dann haben wir wieder den Bedarf nach noch mehr Plätzen. Also das muss man irgendwie als großes Ganzes sehen, die Situation der Pädagog:innen. Auf das wollte ich dich noch hinweisen, Martin, also mir irgendwie grobe Unkenntnis oder so vorzuwerfen im Motiventext, ist eigentlich ein unfreundlicher Stil, der nicht zu dir passt. Und ich glaube, alle, die mit mir schon länger hier zusammenarbeiten, wissen, dass ich wirklich genau recherchiere und mich immer bemühe, sachlich zu arbeiten. Mit der Überschneidungszeit, okay, ist ein kleiner Fehler gewesen, danke für den Hinweis, das hättest du mir auch so sagen können und nicht in so einer Art vom Podium. Und die andere Sache mit den Gruppengrößen, ich glaube, da gibt es wirklich eine ganz, ganz fundamentale andere Auffassung. Natürlich werden es zuerst einmal weniger Betreuungsplätze, wenn wir die Gruppen verkleinern, aber, und das wird dir die Mina sagen, das wird dir die Anna sagen, das werden dir alle sagen, die in dem

Bereich arbeiten, das ist die größte und wichtigste Forderung aller Pädagog:innen und Kinderbetreuer:innen in der Elementarpädagogik, weil du mit zwei Personen in einer Kindergartengruppe eigentlich nur noch Kinder aufbewahrst. Das ist nicht schaffbar. Stell dich da einmal rein, ich bin oft in Kindergärten, schau es dir an, wie es da rumgeht, was da für ein Lärmpegel ist, was die Kinder alles brauchen, wie manche weinen, die können teilweise nicht aufs Klo gehen, die Leute, die da arbeiten, weil sonst einfach die Betreuung nicht mehr gewährleistet werden kann. Das heißt, wenn wir langfristig wollen, dass die Leute in dem Bereich bleiben und gerne in dem Bereich bleiben und alle, die die Ausbildung absolvieren, auch in dem Bereich arbeiten, dann werden wir die Gruppen reduzieren müssen. Und deswegen bringt es uns halt auch langfristig gesehen mehr Personal, das ist die Logik. Ich würde mich freuen, wenn wir die Petition gemeinsam beschließen könnten. Abschließend noch, Schlüssel liegt in der Ausbildung, eben teilweise. Das Kolleg ist keine schlechte Sache, aber wenn wir wirklich wollen, dass die Leute nicht nach ein paar Jahren ausgebrannt sind, braucht es die Verbesserung der Rahmenbedingungen, die wir heute vielfach angesprochen haben, wie es die Mina gesagt hat, wie es die Anna gesagt, die das völlig authentisch auch aus ihrer eigenen Berufserfahrung berichten können. Vielen Dank. (*Appl.*)

GR Mag. **Pointner:**

Ja, ich bedanke mich bei den Vorredner:innen, ich kann da natürlich vollinhaltlich mitgehen, danke, Kollegin Slama, für diesen wunderbaren Aspekt der Abwandlung usw. was so für das neue Aufsetzen spricht. Und es ist ja wirklich eigentlich ein Bundesverfassungsproblem das ganze Schulwesen usw., also eigentlich braucht es einen Verfassungskonvent, sonst wurschteln wir halt so weiter. Ich kann nur noch einmal darauf hinweisen, wir müssen von Grund auf neu aufbauen. Deshalb eben die Petition für das Gehaltssystem, das attraktiv ist und fair für alle, und ich weise noch einmal hin, ich glaube, dass von Kinderseite dieser Rechtsanspruchgedanke unglaublich wichtig ist. Weil so nehmen wir halt die, die oft auch durch den Rost fallen, nämlich die Kinder mit Migrationshintergrund, wo dann nicht jeder der beiden

Elternteile Vollzeit arbeitet usw. und die jetzt auch durch den Rost fallen. So können die das auffangen. Also, bitte um breitestmögliche Zustimmung, das würde dem Ganzen Vehemenz verleihen können.

**Zu Punkt 9.5:**

***Der Abänderungsantrag (ÖVP) wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP) abgelehnt.***

***Der Dringlichkeitsantrag (GR<sup>in</sup> Wutte) wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP) angenommen.***

**Zu Punkt 9.6:**

***Der Abänderungsantrag (ÖVP) wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP) abgelehnt.***

***Der Dringlichkeitsantrag (GR Pointner) wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP) angenommen.***

***Vorsitzwechsel – Bgm.<sup>in</sup> Kahr übernimmt den Vorsitz (20.03 Uhr).***

## **9.7 Grillplätze Auwiesen (GR Günter Wagner, FPÖ)**

GR Günter **Wagner**:

Hoher Gemeinderat, Überraschung. Jetzt kommt ein Antrag zu den Grillplätzen Auwiesen. Ja, zum dritten Mal stehe ich jetzt da oben, im Februar war es ja das erste Mal, da haben wir keine Zustimmung dafür erhalten. Im Juli noch einmal, der Bezirksrat hat da davor schon sehr gute Vorschläge gebracht, ist wieder abgelehnt worden. Aber ich glaube, spätestens seit Dienstag sind wir uns einig, wissen wir aufgrund der Meldungen und Ausführungen der Anrainer, dass das sehr wohl ein

riesengroßes Problem dort im Bezirk ist. Die Anrainer waren kritisch, sie waren verärgert, aber durchwegs konstruktiv. Und ich habe nicht wirklich eine Stimme vernommen, die jetzt gesagt hätte, sie will da sofort irgendein Grillverbot haben. Und ich glaube, man muss auch wirklich einen Schritt nach dem anderen gehen, die ersten Schritte sind passiert. Wir haben Müllprobleme gehabt, es sind Müllinseln geschaffen worden, hat die Wirkung leider verfehlt, wie wir gehört haben, große Zelte passen halt in den Müllkübel leider nicht rein. Es sind Schilder aufgestellt worden, es sind Toiletteanlagen ausgebaut worden, also immer wieder Versuche, da eine Verbesserung herbeizuführen. Und ich glaube, es ist an der Zeit, einfach die nächsten Schritte zu setzen und einfach schnellstmöglich eine Verbesserung herbeizuführen. Auch wenn dort der Bezirksvorsteherstellvertreter Wisiak gemeint hat, es handelt sich dort um ein Vorzeigemodell; ja, wie gesagt, ich glaube, die kritischen Stimmen haben gezeigt, es ist nicht ganz so. Aber ich freue mich, es gibt ja doch noch ein paar andere Bezirke, wo die KPÖ Bezirksvorsteher stellt und ich gehe jetzt davon aus, dass wahrscheinlich in Geidorf, dem Lend oder St. Leonhard von den Bezirksvorstehern Anträge eingebracht werden und dort eben sofort etliche Grillplätze mit Gratisparkplätzen geschaffen werden. Ich sage schon jetzt einmal danke dafür. Ich glaube, dass wird dann in Liebenau für die Anrainer für ordentliche Entlastung sorgen. Aber Spaß beiseite, die Hoffnung, dass das wirklich passiert, habe ich natürlich nicht. Aber vielleicht passiert eines, ich habe die Anträge, die größtenteils zumindest mehrheitlich und teilweise einstimmig im Bezirksrat beschlossen sind, auch mit. Und an denen lehnt sich auch der dringliche Antrag, und den möchte ich dann einfach verlesen, zur Abstimmung bringen und bitte einfach im Sinne der Anrainer, dass man einfach die nächsten Schritte, und zwar, jetzt setzen, die Stadt Graz möge eine kostenpflichtige, aber niederschwellige Online-Reservierung für die öffentlichen Grillplätze in Graz schaffen und die Ordnungswache damit beauftragen, diese öffentlichen Plätze auch nach 22.00 Uhr zu kontrollieren und Feuer bei Bedarf zu löschen. Bitte um Annahme. Danke. *(Appl.)*

**Originaltext des Dringlichkeitsantrages:**

*Seit Jahren sind die Anrainer rund um die Auwiesen mit unerträglichen Zuständen – Müll, Lärm, Böller – konfrontiert. Viele Anrainer bei den Auwiesen sind mit den Nerven am Ende und fühlen sich von der Stadtregierung im Stich gelassen – das Naherholungsgebiet ist ständiger sozialer Brennpunkt.*

*Immer wieder trifft man dort Menschen an, die während ihres Aufenthalts bei den öffentlichen Grillplätzen auf entsprechendes Recht und örtliche Gepflogenheiten keinen Wert legen und mit ihrem rücksichtslosen Verhalten für Unmut bei den Anrainern sorgen. Die Stimmung ist mittlerweile sehr angespannt. Die Bezirksversammlung am 20. September in Liebenau hat einmal mehr bestätigt, dass die Anrainer verzweifelt sind und sich von der linken Stadtkoalition im Stich gelassen fühlen.*

*Bei der Bezirksratssitzung vom 30. Juni wurde in Liebenau mehrheitlich eine kostenpflichtige Onlinereservierung und eine rigorosere Überwachung der derzeit leider unzureichenden Vorschriften für die Benützung der Grillplätze bei den Auwiesen beschlossen. Gleichzeitig wurde mehrheitlich beschlossen, dass ein umfassendes Sicherheitskonzept zur Anwendung kommen soll, damit die Anrainer in absehbarer Zeit endlich wieder mehr Lebensqualität genießen können.*

*Bei dieser Sitzung wurde einstimmig auch beschlossen, dass die Einhaltung der nächtlichen Feuerverbote auf der Grazer Auwiesen sichergestellt werden und die Ordnungswache beauftragt werden soll, die Auwiesen auch nach 22 Uhr zu kontrollieren und für die fachgerechte Löschung etwaiger Feuer zu sorgen. Im Idealfall sollte eine Koordination mit der Polizeidirektion stattfinden, damit die Sicherheit der Ordnungswachebeamten gewährleistet werden kann.*

*Ein daraufhin von der FPÖ gestellter dringlicher Antrag mit ähnlichem Inhalt wurde bei der Gemeinderatssitzung am 7. Juli mit den Stimmen von KPÖ, SPÖ und Grünen*

*abgelehnt. Die Bürgeranliegen zeigen aber deutlich, dass hier endlich Handlungsbedarf besteht und die Sorgen der Anrainer endlich ernst genommen werden müssen.*

*Namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs daher nachfolgender*

**dringlicher Antrag:**

*Der Gemeinderat wolle beschließen:*

*Die Stadt Graz möge eine kostenpflichtige, aber niederschwellige Online-Reservierung für die öffentlichen Grillplätze in Graz schaffen und die Ordnungswache damit beauftragen, diese öffentlichen Plätze auch nach 22 Uhr zu kontrollieren und Feuer bei Bedarf zu löschen.*

**GR Huber:**

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, hohe Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Zuseher:innen und Zuseher! Danke, lieber Günter Wagner, für den Antrag, der wirklich wichtig und richtig ist. Wir haben ja gemeinsam mit einigen Kolleg:innen aus dem Gemeinderat und der Stadtregierung diese Stadtteilversammlung besuchen dürfen und da haben wir ja mitbekommen, wie belastend diese Situation für die Bevölkerung ist. Auch mitbekommen haben wir diese aufgeheizte Stimmung vor allem gegenüber der Politik und wie dringend notwendig eine Lösung durch die Stadt Graz bei diesem Problem ist. Und Manfred Eber, Herr Stadtrat, du warst ja auch dabei, da hast du es hautnah miterleben dürfen und dich tapfer der Debatte mit der Bevölkerung gestellt, und ich muss ehrlicherweise zugeben, du hast mir teilweise schon ein bisschen leid getan, wie attackiert du dort worden bist. Aber ich glaube, wenn man als Stadtregierung ohne einen konkreten Lösungsvorschlag zu so einer Versammlung geht, wo über so ein großes Problem gesprochen wird, darf man sich auch der Kritik aussetzen und muss man diese akzeptieren. Und jetzt kann

man natürlich sagen, es war eine hitzige Stimmung und da gewinnt man als Politiker relativ wenig. Aber ich glaube eher, dass dein Auftritt bei dieser Versammlung sinnbildlich für die Politik der derzeitigen Stadtregierung ist, große mediale Ankündigungen, aber wenn es um konkrete Lösungsvorschläge für die Probleme der Grazer Bevölkerung geht, kommt von euch halt leider relativ wenig. Die Grazer Koalition schreibt ja das Thema Integration so hoch, und ich würde vorschlagen, machen wir das Projekt da unten zum Vorzeigeprojekt zum Thema Integration und machen wir die Auwiesen zu einem sicheren Ort für jeden, nicht nur für die Bevölkerung, sondern auch für die Leute, die dort zu einem Ausflug hinfahren. Weil was die Bevölkerung, die Anrainerinnen und Anrainer da Tag für Tag, Nacht für Nacht und Wochenende für Wochenende eigentlich erdulden müssen, ist schlicht und ergreifend ein Wahnsinn. Aber der viel größere Wahnsinn war ja der Bericht einer Anrainerin während der Versammlung, als sie mit ihrem Problem zum ersten Mal zum Bezirksvorsteherstellvertreter der KPÖ, Herrn Wisiak, als sie zum dem gekommen ist und ihr Leid geklagt hat, dass vor allem am Wochenende der Lärm unerträglich ist, meinte der einfach lapidar, wenn es Ihnen zu laut ist, fahren Sie doch einfach weg oder so. Und sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, dieser Umgang mit der Bevölkerung und dieses Verhalten Ihrer Parteifreunde ist einer Bürgermeisterpartei schlicht und ergreifend unwürdig. Und insgesamt kann man festhalten, dass die Stadtregierung hier wirklich gefordert ist. Deswegen unterstützen wir auch den Antrag der FPÖ; den Abänderungsantrag der SPÖ unterstützen wir nicht, wir brauchen nicht im 1. Quartal 2023 eine Lösung, sondern wir brauchen jetzt eine Lösung. Setzen wir uns nächste Woche zusammen, finden wir da eine schnelle Lösung für die Anrainer:innen und Anrainer und zeigen auch, dass wir auch wirklich gewillt sind, ein Problem zu lösen und das Beste für die Grazer Bevölkerung zu machen. Danke. (*Appl.*)

**Bgm.<sup>in</sup> Kahr:**

Sehr geehrter Herr Gemeinderat Huber, da muss ich natürlich etwas dazu sagen. Wenn ich seit 1993 jeden Kommentar von irgendeinem Bewohner oder einer Bewohnerin

oder einem Grazer oder Grazerin, einem Kollegen oder Kolleg:innen Ihrer Partei hier kommentiert hätte, da würde ein Jahr nicht ausreichen, das muss ich Ihnen jetzt schon so sagen. Wohlmerkwlich, sollte unser Bezirksvorsteher hier so eine Ansage gemacht haben, ist es keine gescheite, das kann ich durchaus auch so sagen, immer wohlgemerkt, wenn er es so gesagt hat.

**KO GR Ehmann:**

Geschätzte Frau Bürgermeisterin, Kolleg:innen im Stadtsenat, Kolleg:innen im Gemeinderat, Zuhörer:innen, es sind einige noch da, aber auch im Livestream und lieber Antragsteller! Ein berechtigter Antrag bzw. die Frage über die Dringlichkeit in dieser Sache, das haben wir sehr wohl persönlich miterlebt. Glücklicherweise gibt es Vertreter:innen des öffentlichen Lebens bei uns, die sich derartigen Diskussionen stellen. Weil im Gegensatz dazu jener Mandatar, der gerade vor mir gesprochen hat, ganz tapfer und wacker hier seine Parteilinie hier vertreten hat, war nämlich jener, der vor Ort verstummt ist, weil das war der einzige öffentliche Mandatar, der dort war und nichts zu sagen hatte, was er heute hier gesagt hat. (*Appl.*)

Und da, liebe Kolleginnen und Kollegen, muss ich sagen, im Gemeinderat stark zu sein, aber dann vor Ort, ich glaube ihr habt ja so eine Tour „Vor Ort am Wort“, das wäre eine Gelegenheit gewesen, das gleich mit Leben zu erfüllen. Das ist nicht ganz gelungen, euer Bezirksvorsteher war sehr tapfer und hat das gut gemeistert und gemacht, aber hätte sich auch die Unterstützung von seiner eigenen Fraktion verdient gehabt. Leider war keiner da, und der da war, hat nichts geredet, und einer hat dann doch gesprochen, ein Gemeinderat außer Dienst ist ihm nachher tapfer zur Seite gesprungen, das war der Kollege Trummer. Viele von euch können sich noch erinnern an ihn, ein sehr aufrechter guter Gemeinderat, der noch gewusst hat, was sich gehört, und der hat dann auch dort das Wort ergriffen. Zum Thema selbst. Also wie gesagt, es war eine brisante Stimmung, absolut, das habe ich eh schon geschildert, das ist auch klar, eine lange Zeit schon ein Problem, quasi subsumiert vor Ort, und hier die Bewohnerinnen und Bewohner das Gefühl haben, sie werden im Stich gelassen. Also

ich glaube, es hat ja auch, es ist auch vom Karl dort schon angesprochen worden, es hat viele Begehungen gegeben, es hat viele Versuche gegeben und da ist über das Holz debattiert worden usw. Ich finde es auch nicht gescheit, wenn ein Holz abgebrannt wird, um Kohle herzustellen und dann mit der Kohle dann quasi das Grillfeuer zu befeuern. Also da gibt es bessere Ideen, glaube ich auch. Wie gesagt, die Systematiken da vor Ort, wie man das betreibt, diese Auwiesen, da kann man trefflich diskutieren darüber. Aber eines, glaube ich, ist klar. Die FPÖ, die heute auch den Dringlichen stellt, war es dann letztendlich, die dann gesagt hat vor Ort, naja, in zwei Tagen haben wir Gemeinderatssitzung, dann werden wir sehen, da können wir das Problem lösen, stimmt zu bei unserem dringlichen Antrag, dann ist das erledigt. Ihr wisst genau, dass es nicht so ist. Letztendlich glaube ich, dass derartige Problemstellungen einer Lösung aller bedürfen. Und das wäre eine Möglichkeit eines Abänderungsantrages, den ich hiermit stellen will, dass wir alle gemeinsam mit den zuständigen Stellen, mit der Polizei, mit der GPS, mit der GBG usw. an einer Lösung arbeiten. Ich weiß jetzt auch, dass das ganzjährig verwendet wird zum Grillen dort, also auch im Winter, aber die Grillhochsaison logischerweise im Sommer stattfindet und dass wir vor dem Sommer noch ein fertiges Paket schnüren mit dem Bezirksrat gemeinsam, mit den Anträgen, die da bestehend sind, und den Vorschlägen und den Experten auch aus den Bereichen der Verwaltung. Vor Ort ein Paket schnüren und dann die Bewohnerinnen und Bewohner, die letztes Mal dort waren, anschreiben, wir machen eine Informationsveranstaltung, soll wie eine Stadtteilversammlung sein, ist Geschmackssache, und dort dann dieses Paket gemeinsam, alle miteinander, vorstellen und zur Umsetzung bringen. Und ich glaube, dass wäre ein guter Weg zu zeigen den Bewohnerinnen und Bewohnern, wie ernst und mit inhaltlicher Tiefe wir damit, und mit welcher Ernsthaftigkeit wir mit diesen Sachen umgehen, um das nicht parteipolitisch und populistisch zu vereinnahmen. Daher stelle ich den Abänderungsantrag namens der Gemeinderatsklubs von KPÖ, GRÜNE und SPÖ, die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden beauftragt, zur Verbesserung der Situation im Zusammenhang mit den Grillplätzen Auwiesen unter Einbindung von Vertreter:innen aller Fraktionen des Bezirkrates Liebenau und des Gemeinderats sowie sämtlicher für diese

Angelegenheiten relevanter Abteilungen im Haus Graz, zum Beispiel GPS, Holding, GBG sowie der Polizei Graz und unter Berücksichtigung aller bereits vom Bezirksrat Liebenau entwickelten Vorschläge bis zum ersten Quartal, eben vor der Hochsaison, ein umfassendes Maßnahmenpaket zu entwickeln und auch Umsetzungsmöglichkeiten zu überprüfen. Das Ergebnis ist in einer neuerlichen Informationsveranstaltung den Anrainer:innen zu präsentieren, wobei die Umsetzung selbst idealerweise vor Beginn der Grillhochsaison erfolgen sollte. Dann hoffe ich, dass einem gedeihlichen Miteinander dort nichts mehr im Wege steht. Danke. (Appl.)

**Originaltext des Abänderungsantrages:**

*Namens der Gemeinderatsklubs von KPÖ, Grüne und SPÖ stelle ich nachfolgenden Abänderungsantrag:*

*Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden beauftragt, zur Verbesserung der Situation im Zusammenhang mit den Grillplätzen Auwiesen unter Einbindung von Vertreter:innen aller Fraktionen des Bezirkrates Liebenau und des Gemeinderates sowie sämtlicher für diese Angelegenheit relevanter Abteilungen im Haus Graz (z.B. GPS, Holding, GBG) sowie der Polizei Graz und unter Berücksichtigung aller bereits vom Bezirksrat Liebenau entwickelten Vorschläge bis zum 1. Quartal 2023 ein umfassendes Maßnahmenpaket zu entwickeln und auf Umsetzungsmöglichkeiten zu überprüfen. Das Ergebnis ist in einer neuerlichen Informationsveranstaltung den Anrainer:innen zu präsentieren, wobei die Umsetzung selbst idealerweise vor Beginn der Grill-Hochsaison erfolgen sollte.*

GR Günter **Wagner**:

Ich sage einmal danke für die Wortmeldungen und ich glaube, es zeichnet sich ab, dass die Dringlichkeit eben vermutlich durchgehen wird und so hat ja auch am Dienstag, glaube ich, jeder eben sich ein Bild machen können, wie dringlich das ist. Umso mehr verwundert es mich, dass man natürlich erst mit einem Abänderungsantrag kommen,

der aufs nächste Jahr abzielt, und das scheint ja dann doch nicht mehr ganz so dringlich zu sein. Die Zeit hätten wir gehabt; ich habe im Februar den ersten Antrag eingebracht, im Juni hat der Bezirksrat, den ihr ja so hochloben möchtet, seine Expertise dazu abgegeben, ich glaube, die Mandatare dort vor Ort und auch die Bürger dort vor Ort, die sind schon zumindest ein bisschen dafür, in geeigneter Weise sich eine Lösung auszudenken. Ob das ein Heilmittel ist, das wissen wir heute alle nicht. Und so wird man natürlich nach diesen Schritten dann auch noch nächste Schritte unter Umständen gehen müssen, oder auch nicht, das wird man dann auch auf jeden Fall sehen. Aber wie gesagt, wenn es dringlich ist, und das ist es meiner Meinung nach, dann müssen wir heute einmal die ersten Schritte beschließen. Die Grillsaison hat am 6. Februar angefangen, da habe ich mir selbst unten das erste Mal Bilder von so einer durchzechten Grill- und Partynacht mir machen dürfen. Da ist am 6. am Vormittag schon ein tolles Feuer gelodert, weit weg von irgendeinem Grillgut, und das sagt uns wahrscheinlich, dass die Grillsaison jetzt auch nicht mit September enden wird, sondern unter Umständen bis in den Dezember reicht oder inzwischen sowieso durchgeht, was grundsätzlich auch schön ist, aber nicht für die Anwohner dort. Und deswegen würde ich trotzdem darum bitten, dem Antrag näherzutreten, eben gleich Punkte zu beschließen, einfach um die Anrainer dort zu entlasten und um ein Zeichen zu setzen, dass man das wirklich ernst nimmt. Und auch der Bezirkspolitik ein Zeichen zu geben, dass man das wirklich ernst nimmt und dass das nicht irgendwelche Lippenbekenntnisse sind. Danke. (*Appl.*)

**Bmg.<sup>in</sup> Kahr:**

Ich bin gerade aufmerksam gemacht worden, auch von der Schriftleitung, bitte Abänderungsanträge dann abzugeben, wenn es dann soweit ist. Also nicht zur Dringlichkeit, sondern dann beim Antrag eben vorzutragen.

Ansonsten möchte ich nur anmerken, dass die Frau GR<sup>in</sup> Derler eine berufliche Verpflichtung hat und sich entschuldigen lässt (ab 20.20 Uhr), die Frau GR<sup>in</sup> Herlicska

zu ihrem Kind nach Hause muss und die Frau GRi<sup>n</sup> Mohsenzada auch noch eine berufliche Verpflichtung hat.

***Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.***

**StR<sup>in</sup> Schönbacher:**

Ja, ich hoffe, diese Hartnäckigkeit von unserem GR Günter Wagner lohnt sich heute, weil ich muss sagen, es ist wirklich schön zu sehen, dass so viele Leute bei der Stadtteilversammlung konstruktiv sich einbringen, dass der Bezirksrat gemeinsam mit den Bürgern schon so viel ausgearbeitet hat, dass wir als Politiker eigentlich aus dem Vollen schöpfen können und relativ schnell einmal einfache Maßnahmen, und wenn es am Anfang auch nur wenige sind, aber doch aufnehmen können und durchsetzen können. Warum ist das dort so wichtig? Da möchte ich ganz am Anfang eine Frage stellen, jeder erinnert sich wahrscheinlich an den Geruch eines Osterfeuers, wo Holz und Äste abgeheizt werden, die jetzt noch ein bisschen feucht sind, und dieser Geruch ist richtig stechend. Was macht man nach einem Osterfeuer? Man lässt einmal zwei Tage das Fenster zu, weil das haltet man in der Wohnung nicht aus, man mag nicht haben, dass die Wohnung, die Vorhänge, das Gewand, die Haare, dass eigentlich alles stinkt und man den Geruch weder aus der Nase, aus dem Haus wieder hinaus kriegt. Den Geruch hätte ich gerne, dass ihr euch den vorstellt und euch behaltet, weil genauso geht es nämlich den Bewohnern dort zum Beispiel. Die arbeiten fleißig, die sparen, die kaufen sich ein Haus mit Garten; das haben sie sich dann auch verdient, dass sie dort eine Lebensqualität und auch eine Ruhe haben, und dann genießt man das so richtig schön in dem Haus und dann stehst du in der Früh auf und du schaust in den schönen Garten und dann ist er komplett voll mit Müll, und den Müll musst du selbst wegräumen, weil das ist nicht so wie in einer öffentlichen Parkanlage, dass der Müll weggeräumt wird. Nein, du musst es selbst wegräumen. Einen Müll, den du selber nicht verursacht hast und den du eigentlich gar nicht angreifen magst, weil du nicht weißt, wo der vorher schon gelegen ist oder was die Leute damit gemacht haben.

Und dann musst du dich am Wochenende, wo du eigentlich von der Arbeit müde bist und ausruhen möchtest, dann musst du am Wochenende mit andere Leute zusammen feiern, die du gar nicht kennst, die Gerüche verbreiten, die dir eigentlich gar nicht taugen, die laut sind, die du vielleicht gar nicht verstehst und die dich überhaupt nicht interessieren. Und das nicht ein Wochenende, sondern jedes Wochenende. Und nicht von Mai bis Oktober, nein, auch im Jänner, im Winter, egal, ob es Schnee hat oder kalt ist oder warm ist, also immerfort. Das muss man sich echt einmal auf der Zunge zergehen lassen. Das heißt, das Problem hast du jedes Wochenende. Wenn du da nicht Aggressionen bekommst, dann weiß ich auch nicht. Aber trotzdem arbeiten die Bürger immer noch konstruktiv mit, das muss man ihnen echt lassen. Die sind hartnäckig und Recht haben sie, weil das ist ihr gutes Recht, dass sie da hartnäckig sind, weil sie haben sich das verdient. Und deswegen ist es auch so wichtig, dass wir Politiker hergehen und ihnen helfen. Weil jetzt haben sie den ganzen Tag feiern müssen, nicht, dass sie vielleicht um 22.00 Uhr eine Ruhe haben und schlafen können, nein, das geht weiter bis 1.00/2.00 Uhr in der Nacht, und wenn es dir dann im Sommer heiß ist, so wie heuer, und du willst dann das Fenster aufmachen, dann kannst du es nicht machen, weil es stinkt so rein, dass du nicht weißt, wenn du aufwachst, brennt es bei dir zu Hause, musst du das ganze Haus durchsuchen, ob noch ein Feuer da ist oder ist das von draußen? Und wenn es dann wahrscheinlich bei dir zu Hause wirklich einmal brennt, dann merkst du es gar nicht, weil du denkst, das ist eh das Feuer von draußen, das ist dann obendrein vielleicht dann noch tragisch. Deswegen haben die Bürger auch zu Recht gefragt, liebe Politiker, gibt es nicht vielleicht ein, zwei Maßnahmen, die ihr schnell einmal für uns setzen könntet, damit wir wieder an euch glauben und davon uns überzeugen können, dass ihr was für uns tut? Und deswegen waren wir alle dort, und da bitte ich euch heute wirklich, dass ihr nicht die Maßnahmen hinauszögert, ja, man kann sich vieles überlegen, aber ein, zwei Kleinigkeiten, die schnell einmal helfen können, die kann man doch wohl wirklich umsetzen. Und deswegen bitte ich euch um Zustimmung. *(Appl.)*

KO GR Mag. **Pascuttini:**

Hoher Stadtsenat, hoher Gemeinderat! Vieles wurde schon gesagt, ich kann wirklich nur mehr punktuell etwas ergänzen. Es freut mich, dass die Dringlichkeit heute gegeben ist. Vor drei Monaten, vor dem Sommer, war sie das nicht. Gut, nehmen wir zur Kenntnis. Was mich ein bisschen stört, ist dieses inflationäre Verwenden des Wortes populistisch. Immer wenn euch irgendwas nicht passt, dann heißt es, das ist Populismus. Und da frage ich mich schon, warum sagt ihr das? Ich habe bei der Bezirksversammlung vor der versammelten Mannschaft, vor der wütenden, ganz klar gesagt, wir haben den Bezirksrat Liebenau, der etwas beschlossen hat. Der Bezirksrat Liebenau wird das ja wohl am besten wissen. Das sind ja Vertreter von euren Fraktionen. Und dieser Bezirksrat hat etwas beschlossen, das haben wir schon vor dem Sommer in den Gemeinderat gebracht. Damals hat es weder die Dringlichkeit gehabt, noch den Inhalt. Jetzt kommt es dann wieder bei der Bezirksversammlung dazu, dass ihr das kritisiert und sagt, was sollen wir in zwei Tagen lösen? Der Gemeinderat, der kann ja nicht etwas beschließen und da passiert etwas. Da muss ich ja schon fast eine Frage zur Geschäftsordnung stellen, was machen wir da eigentlich? Beschließen wir die Dinge nicht, damit sie dann passieren oder wie läuft das ab? Die Frage muss ich mir wirklich stellen. Und was ist ein Politiker? Jemand, der Entscheidungen trifft. Und ich glaube, dafür habt ihr ein bisschen Angst, weil die Wahrnehmung, die ich dort hatte und die viele Menschen dort hatten, ihr habt dort nicht die Leute vertreten, ihr von der Koalition, die dort waren, sondern ihr habt die neuen Wählergruppen vertreten, die dort vor Ort gerne grillen. Das muss man einmal ganz klar so sagen. Und dann darf ich noch etwas sagen zum Populismus, weil ihr bei unseren Anträgen nicht mitgeht. Wir gehen bei euren Anträgen sehr wohl mit. Wir sind gerade vor kurzem, glaube ich, bei einem Stück der Grünen mitgegangen, jetzt vor wenigen Minuten. Wir werden danach bei einem Stück der SPÖ mitgehen. Ideologiefrei, Hauptsache gute Idee, stimmen wir mit. Ist es keine gute Idee aus unserer Sicht, ist es unser gutes Recht, es abzulehnen. Aber immer nur zu sagen, das ist Populismus, und da gehen wir deswegen nicht mit, das ist nicht ganz fair. Weil man kann natürlich sagen, ja, die Freiheitlichen nutzen einen Trick, nehmen wir das vom Bezirksrat, bringen es ein, haben dann eine

Angriffsmöglichkeit. Ja selbstverständlich. Aber warum geht ihr uns immer in die Falle? Und ich verstehe nicht, warum man als gewähltes Gremium, als gewählter Gemeinderat immer solche Sondergremien schaffen will? Es gibt einen Bezirksrat, das ist ein demokratisch gewähltes Organ, dann gibt es den Gemeinderat, ein demokratisch gewähltes Organ, aber nein, wir beschließen heute nichts, und dann machen wir einen Abänderungsantrag, gründen irgendeine Arbeitsgruppe, dort sind die gleichen Leute aus dem Gemeinderat, aus dem Bezirksrat wieder dabei mit der Polizei, irgendwie, die Polizei ist kein demokratisch gewähltes Entscheidungsorgan, muss man nun auch einmal so festhalten. Auch die anderen Elemente nicht. Also, ich verstehe nicht, warum mit zwei Ebenen das entscheiden? Den Bezirksrat macht der Gemeinderat, warum man da nicht einfach diese Entscheidung heute hier treffen kann. Und dann kommen wir ganz zum Anfang von der heutigen Sitzung, wo es um die Aufwertung der Bezirksratskompetenzen geht. Dort sieht man, wie mit den Anliegen umgegangen wird. Ich habe das ja vorhin schon erwähnt. Der Bezirksrat beschließt etwas einstimmig, mehrmals angeblich, der Bezirksrat möchte das, es sind eure Vertreter in dem Gremium, und dann sagt ihr nein, da müssen wir jetzt wieder eine Arbeitsgruppe machen. Und das machen wir nächstes Jahr und dann hoffentlich idealerweise, idealerweise schaffen wir es vor dem Sommer, sonst das Jahr drauf, ist ja egal, wir wohnen eh nicht dort. *(Appl.)*

**Bgm.<sup>in</sup> Kahr:**

Ich erinnere nur an die letzte Koalition, wo die FPÖ mit einstimmigen Bezirksratsanträgen oft auch in derartiger Weise umgegangen ist, also wirklich immer vorsichtig sein, wenn man sehr vollmundig ist. Also, wenn man jetzt zum Graben anfangen würde, da würde man auf vieles stoßen.

**KO GR Dreisiebner:**

Sehr geehrte Damen und Herren hier im Saal, im Livestream, hoher Gemeinderat, geschätzte Stadtregierung, werter Antragsteller! Ich versuche es andersrum. Ich glaube, das Problem oder die Probleme, die es im öffentlichen Raum und im Speziellen jetzt im Bereich der Auwiesen gibt, die sind nicht erst seit diesem Jahr da, die sind schon mehrere Jahre, zuwachsend wahrscheinlich, da. Es ist die Frequenz, die Nutzung, Nutzungsintensität dieser Auwiesen offenbar gestiegen. Es ist auch nicht so, dass wir, der Herr Stadtrat Eber, der schweigende Kollege Huber, der nicht schweigende Michael Ehmann oder ich uns das erste Mal mit dem Thema auseinandergesetzt haben, so wie auch der Bezirksrat Liebenau das dankenswerterweise schon sehr lange tut. Wir sind auf Begehungen gewesen, wir haben Kontakt mit den Aktivbürger:innen und natürlich mit unserem Bezirksratskolleg:innen bzw. ja auch mit Bezirksrätinnen und Bezirksräten von anderen Fraktionen gehabt. Ich würde jetzt einmal sagen, das gesamte Frühjahr, Sommer über, haben wir inklusive Begehungen uns des Themas angenommen. Der Herr Stadtrat Eber war auch vor Ort, die GPS war vor Ort, die Holding Graz war vor Ort, die GBG war vor Ort. Und ich gestehe zu, alle bisherigen Versuche und Maßnahmen, die man natürlich auch entlang von Gesetzen nur setzen kann, weil es ja oft auch die Forderung war, Dinge zu unternehmen, die man gesetzlich nicht durchsetzen kann, aber ich verstehe das natürlich, das war eine emotionale Situation. Wir haben einige Maßnahmen schon gesetzt und wir sind an dem Ding dran. Insbesondere Stadtrat Eber ist an dem Ding dran. Jetzt möchte ich wirklich auch einmal klar sagen, wenn dort Leute konstruktiv arbeiten, konstruktiv zwei Stunden lang diskutieren, und es waren sehr, sehr unterschiedliche Vorschläge und Forderungen am Tisch, und dann steht ein KO Pascuttini auf, um zu sagen, in zwei Tagen ist das Problem gelöst, da ist Grazer Gemeinderat, da stellen wir einen Antrag, dem braucht man nur zustimmen und dann ist alles wieder gut; eines sage ich, das ist das gewesen, wo ich am wenigsten Konstruktivität erlebt habe, weil das natürlich nicht der Wahrheit entspricht. Das ist vielleicht das, was die Menschen dort hören wollen, lieber Kollege Pascuttini, das wollen sie vielleicht hören, aber so einfach ist das einfach nicht. Wir müssen uns eben an Möglichkeiten und Unmöglichkeiten orientieren und an

gesetzliche Vorgaben. Und darüber hinaus ist es einfach nicht rechtschaffen, den Menschen etwas in Aussicht zu stellen, was einfach nicht geht, was rechtlich nicht geht. Und dass wir jetzt sagen, die bisherigen Bemühungen waren noch nicht ausreichend, und so wie es der Kollege Ehmann mit dem Abänderer ja schon gesagt hat, uns in nächster Zeit mit den Lösungen, die wirklich da sind auch, natürlich kostenintensiven Lösungen, auseinandersetzen werden und herzlich eingeladen, da mitzuarbeiten, das ist nicht Populismus, das was du da gemacht hast, das ist Populismus. Und das definiert sich, glaube ich, entlang der wissenschaftlichen Werke, die sich damit befasst haben. Lösungen zu versprechen, die man in zwei Tagen liefert, das ist nicht rechtschaffen, das sage ich dir in aller Offenheit. Ich nehme alle Menschen dort sehr ernst, die dort gesprochen haben, und ich nehme die Emotion dieser Menschen ernst und ich bin nicht der Einzige, aber ich hoffe, du spielst nicht mit Emotionen und mit den Wünschen, Bedürfnissen, mit den Nöten und Ängsten dieser Menschen. Und auf das würde ich mich gerne verständigen wollen, herzlich eingeladen, in dieser Gruppe mitzuarbeiten. Und ich habe dort auch gesagt, wir werden ein Problem nicht über Nacht lösen können, wir werden auch versuchen müssen, in irgendeiner Form weitere Plätze zu finden, weil es dort natürlich zu einer immer stärkeren Nutzung, zu Nutzungskonflikten und Ähnlichem mehr kommt. Und auf den Auftritt hier heute, wir haben uns nicht gegen die Menschen gestellt, die dort im Saal waren, und für andere ausgesprochen, wir haben uns im Interesse dessen ausgesprochen, was ein gemeinsames gutes Miteinander in der Stadt, glaube ich, weiterhin möglich macht und dort an dem Ort besser möglich macht. Dankeschön.  
*(Appl.)*

KO GR Mag. **Pascuttini:**

Also eine Frage zur Geschäftsordnung. Erste Frage, was passiert mit diesen Anträgen die wir da beschließen? Weil ich glaube, da gibt's einen Dissens im Publikum, also man ist sich nicht ganz einig, was passiert damit. Haben die irgendeine Rechtsverbindlichkeit...

**Bgm.<sup>in</sup> Kahr:**

Ich bitte Sie wirklich, entweder Sie haben eine tatsächliche Berichtigung oder sonst müssen Sie es lassen.

**KO GR Pascuttini:**

... gut, dann gibt's eine Berichtigung. Was passt an diesem Antrag nicht? Was ist da rechtlich nicht möglich? Man kann jetzt bei jedem Antrag sagen, dass ist rechtlich nicht möglich. Also das ist im Endeffekt ein Blödsinn.

**Bgm.<sup>in</sup> Kahr:**

Schauen Sie, Sie haben eh einen Antrag. Der Antragsteller kann noch einmal zum Schlusswort, aber das ist kein Geschäftsordnungsbeitrag. Dankeschön.

**KO GR Mag. Pascuttini:**

Eine Frage zur Geschäftsordnung. Wer entscheidet denn darüber, ob diese Anträge umsetzbar sind, ist es der Herr Dreisiebner oder gibt es da ein anderes Gremium?

**Bgm.<sup>in</sup> Kahr:**

In dem Fall entscheide jetzt ich. Und Sie sind nicht mehr am Wort. Gibt's noch weitere Wortmeldungen hier im Raum? (*Appl.*)

**KO GR Dreisiebner:**

Lieber Kollege Pascuttini, setz dich hin, ich versuche es mit einem Satz. Eine singuläre einfache Lösung mit dem Antrag alleine wird es nicht geben. Es sind multiple Themen am Tisch, es sind verschiedene Bedürfnisse am Tisch und das Ziel das aufzuarbeiten

und für möglichst alle eine gute Lösung zu finden, das ist nicht mit einem dreizeiligen Antrag erledigt. Was aber nicht heißt, dass der Bezirksrat alle diese Themen einbringen soll. Und wir werden es auch diskutieren. Aber so einfach ist es nicht. Ich habe es dir vorher versucht, relativ klar zu sagen, offenbar geht's nicht rein.

**Bgm.<sup>in</sup> Kahr:**

Nur für alle Zuhörer:innen noch. Es sind pro Fraktion beim Antrag immer nur zwei Redner pro Fraktion erlaubt. Nur damit Sie verstehen und wissen, warum vorhin diese Wortmeldung nicht mehr möglich war.

**GR Günter Wagner:**

Ja, nur ganz kurz. Also ganz klar, nicht gleich, schnell und sofort geht gar nichts. Februar bis September, das wäre ein bisschen ein Zeitraum gewesen, um sich da wirklich konkreten Vorschlägen zu nähern, anzunähern. Ich glaube, der Kollege Pascuttini hat nur die Aussage gemeint, weil du gesagt hast, rechtlich kann man das nicht machen. Ich sehe das Problem im Antrag nicht. Grundsätzlich, glaube ich, ist genug geredet worden. Jetzt ist der Zeitpunkt da, um die Hand zu heben oder eben nicht, um Farbe zu bekennen. Danke. *(Appl.)*

***Der Abänderungsantrag (KO Ehmann) wurde mit Mehrheit (gegen FPÖ, ÖVP, Lohr) angenommen.***

**9.8 Probleme im Grazer Gemeindebau  
(GR Mag. Michael Winter, FPÖ)**

GR Mag. **Winter:**

Hoher Gemeinderat, werte Stadtregierung. Der eine oder andere wird es bereits von Ihnen wissen. Die FPÖ Graz hat vor mehreren Monaten die sogenannte Gemeindebau-Tour gestartet und es ist bereits auch medial darüber berichtet worden. Worum geht's bei dieser Gemeindebau-Tour, die wir gestartet haben? Wir sind offensiv in den Gemeindebau als FPÖ Graz gegangen und wir haben offensiv das Gespräch mit den Bürgern, mit den Bewohnern des Grazer Gemeindebaus gesucht. Und vereinfacht ausgedrückt, wir haben gefragt, wo drückt der Schuh, welche Probleme existieren bzw. welche Problemfelder existieren? Und als Antwort haben wir eine Vielzahl von Problemfeldern und Problemen bekommen. Und es waren sehr, sehr viele interessante und sehr, sehr viele aufschlussreiche Gespräche dabei. Ich kann mich an das Gespräch mit dem Ehepaar um die vierzig erinnern, die berechtigterweise sich darüber beschwert haben, dass eine Müll- und Sauberkeitsproblematik im Grazer Gemeindebau existiert, dass eine Mülltrennung de facto nicht existiert. Und die Hausverwaltung muss teilweise in den Stiegenhäusern Schilder anbringen mit der Aufschrift „Das Stiegenhaus darf nicht als WC benutzt werden“. Ich kann mich aber auch an das Gespräch mit der alleinerziehenden Mutter erinnern, mit zwei kleinen Kindern, die von früh bis spät arbeitet, die einen anstrengenden Arbeitstag hinter sich bringen muss, um irgendwie finanziell über die Runden zu kommen. Und diese Frau möchte berechtigterweise am Abend ihre Ruhe haben und sich vom schweren Alltag erholen. Das Problem daran, das war ihre Ausdrucksweise, die ausländischen Nachbarn lärmten die ganze Zeit und werden am Abend erst so richtig munter. Es folgt daraufhin Lärmerregung, Lärmerregung, Lärmerregung, die Polizei tut ihr Bestes, aber am Ende des Tages findet diese Frau trotzdem nicht die verdiente Ruhephase. Und ich kann mich genauso an das Gespräch mit der älteren Dame erinnern, die seit über 40 Jahren in diesem Gemeindebau wohnt und die mittlerweile berichtet hat, sie ist die letzte Österreicherin in diesem Haus, sie ist die letzte Deutschsprachige in diesem

gesamten Wohnkomplex. Und wenn man sich diese demographische Entwicklung ansieht, dann darf man ein Faktum, das sowohl für ein Land wie auch für eine Stadt zutrifft, sicher nicht vergessen: Die Demographie ist das Schicksal einer Nation und dementsprechend auch das Schicksal einer Stadt. Und eines sei bei diesem Punkt auch den enthemmtesten Befürwortern weiterer Massenzuwanderung hier versichert, unser Schicksal als Österreicher wird es sicher nicht sein, zur Minderheit im eigenen Land zu verkommen, und zwar nicht heute, nicht morgen, niemals. Egal, ob es die Müllproblematik ist, egal, ob es die Lärmerregungen sind oder ob es die Überfremdung in diesen Gemeindebauten ist. All diese Probleme haben zwei Gemeinsamkeiten. Die Probleme verschärfen sich zusehends und die Intensität dieser Probleme nimmt von Tag zu Tag zu, das sagt jeder Bürger, mit dem wir gesprochen haben. Und aufgrund dieser Tatsache ist die Dringlichkeit von diesem vorliegenden Antrag mehr als gegeben und als offensichtlich zu betrachten. Die Politik in der Stadt ist aufgefordert, umgehend zu handeln und wir müssen diese Probleme der Menschen ernstnehmen. Und ich glaube, jeder von uns hat bis zu einem gewissen Grad, weil es auch ein politisches Gremium ist, eine politische Brille auf. Und jeder betrachtet diese Probleme natürlich durch diese politische Brille. Der erste Schritt für eine Problemlösung, eine ernsthafte Problemlösung, ist mit Sicherheit eine möglichst sachliche Analyse dieser verschiedenen Problemfelder jenseits von so einer parteipolitischen Brille. Und genau aus diesem Grund müssen wir gemeinsam diesen ersten Schritt gehen und auf das zielt dieser Antrag ja auch ab. Wir müssen diese Probleme möglichst objektiv analysieren lassen, weil wir als Parteipolitiker zu dieser objektiven Analyse nicht fähig sind. Und infolgedessen bringen wir folgenden Antrag ein: Der Gemeinderat wolle beschließen, die Stadt Graz möge prüfen, ob parteiunabhängige Experten mit einer Studie beauftragt werden können, um die aktuellen Problematiken und Konfliktfelder im Grazer Gemeindebau ganzheitlich zu erfassen und in ihren unterschiedlichen Facetten neutral und ungefärbt des Motiventextes darzustellen. Ich bedanke mich. (*Appl.*)

**Originaltext des Dringlichkeitsantrages:**

*Im Rahmen der sogenannten „Gemeindebau-Tour“ der FPÖ Graz wurden eine Vielzahl von Gesprächen mit Bürgern geführt, die im sozialen Wohnbau beheimatet sind. Sie wurden nach Problemfeldern befragt, die ihrer Meinung nach in den Gemeindebau-Wohnhäusern akut bzw. aktuell existent sind.*

*Im Zuge der betreffenden Gespräche mit den Bewohnern der diversen Gemeindebauhäuser wurde von den Befragten ein großes Konglomerat von Problemfeldern angesprochen bzw. thematisiert: Lärmbelästigungen, Müll- bzw. Sauberkeitsproblematik, diverse Konflikte auf Grund der multikulturellen Bewohnerstruktur sowie die Überfremdung der Gemeindebauhäuser sind nur einige Konfliktbereiche, die besonders oft in den Gesprächen aufgeworfen worden sind.*

*Nahezu durchgehend wurde von Seiten der befragten Bürger behauptet, dass ihrer Meinung nach sich die Konflikte und Probleme von Jahr zu Jahr weiter verschärfen und an Intensität weiter zunehmen. Eine Besserung der Lage ist für viele Grazer Bürger nicht in Sicht. Eine große Anzahl der Grazer Bürger, die die Häuser des sozialen Wohnbaus ihr Zuhause nennen, fühlen sich von der Politik und mit den bestehenden Problemen im Stich gelassen.*

*Die verantwortlichen Politiker in der Stadt sind folglich dringend aufgefordert zu handeln sowie die zweifellos existenten Probleme ernst zu nehmen. Der Grazer Gemeindebau darf nicht zu einem gesellschaftlichen, sozialen und kulturellen Brennpunkt in unserer Stadt werden, in dem sich die diversen Konflikte immer weiter ausbreiten.*

*Die Probleme bzw. Konflikte, die in den Gemeindebauhäusern der Murmetropole existent sind, müssen folglich in einem ersten Schritt umfassend und wissenschaftlich analysiert werden, um in Zukunft möglichst zweckdienliche und sachliche Problem- und Konfliktlösungen von Seiten der Politik erarbeiten zu können.*

*Namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs ergeht daher nachfolgender*

***dringlicher Antrag:***

*Der Gemeinderat wolle beschließen:*

*Die Stadt Graz möge prüfen, ob parteiunabhängige Experten mit einer Studie beauftragt werden können, um die aktuellen Problematiken und Konfliktfelder im Grazer Gemeindebau ganzheitlich zu erfassen und in ihren unterschiedlichen Facetten neutral und ungefärbt entsprechend des Motiventextes darzustellen.*

**GR<sup>in</sup> DI<sup>in</sup> Aygan-Romaner:**

Sehr geehrte Stadtregierung, liebe Kolleg:innen! Ich möchte mit einer kleinen Geschichte anfangen, und zwar: Meine Eltern sind vor Jahren in eine Wohnung gezogen, in so eine Einfamilienhaussiedlung, und haben sich erwartet, dass ihre Nachbarn mit einem Willkommensgeschenk kommen. Ihre Nachbarn haben sich erwartet, dass sie an die Türe klopfen und sagen, wir sind jetzt eingezogen. Und da haben sie gegenseitig irgendwie ganz unterschiedliche Erwartungen gehabt. Das hat sich monatelang so hingezogen. Das heißt, es haben sich so Fronten aufgebaut. Die einen haben das erwartet, die anderen haben das erwartet, und alle haben voneinander eine Meinung gehabt, die eigentlich überhaupt nicht gerechtfertigt war. Bis ich dann mit beiden geredet habe und draufgekommen bin, es ist eigentlich ein Missverständnis, das heißt, ich habe Mediation. Warum erzähle ich diese Geschichte? Diese Geschichte erzähle ich, weil es gibt verschiedene Lebenswelten, es gibt verschiedene Sprachwelten, es gibt verschiedene Einkommenswelten, es gibt verschiedene Kulturwelten, und in der Stadt leben alle nebeneinander bzw. miteinander. Und damit sie miteinander leben können und es nicht zu kulturellen und einkommensschwachen, teilweise auch Konflikten zwischen Altersgruppen kommt, braucht es eine Mediation. Und haben wir diese Mediation? Siehe da, wir haben eine

Mediation. Wir haben die Stadtteilarbeit als Mediator, wir haben das Friedensbüro als Mediator, wir haben die soziale Arbeit als wissenschaftlichen Hintergrund, wir haben die Sozialpädagogik als wissenschaftlichen Hintergrund, wir haben die Uni Graz, die sich sehr mit diesen Themen beschäftigt. Und dann zu sagen, das ist ein Problem im Gemeindebau, das würde ich so gar nicht unterschreiben, weil diese Problematik mit Konflikten gibt es überall, in allen Stadtteilen, gar nicht auf den Gemeindebau beschränkt. Deswegen, Herr Winter, von ungefärbten Studien zu reden, da muss ich fast ein bisschen lachen, weil alles, was Sie gesagt haben, hatte gewisse Färbung, und ich will das gar nicht so weit ausführen, weil wir haben heute schon sehr lange geredet. Ich möchte einfach mit einem Zitat schließen von Spinoza, einem niederländischen Philosophen aus dem 18. Jahrhundert: „Was Paul über Peter sagt, sagt mehr über Paul als über Peter.“ Dankesehr. (*Appl.*)

GR<sup>in</sup> Dr.<sup>in</sup> **Unger**:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, sehr geehrte Damen und Herren! Wir haben schon darüber gesprochen, Zusammenleben ist nicht einfach, das, glaube ich, kann man unbestritten festhalten, das kennt jeder und jede von uns selber. Es treten dabei immer wieder Probleme auf genauso im privaten Bereich, wie wenn man eben zusammenwohnen muss. Es treten Probleme in großen Siedlungsgebieten, in großen Siedlungsbauten und natürlich auch in Gemeindebauten auf. Es gibt einfach verschiedene Gründe, wenn sich Menschen in der Wohnqualität durch ihre Nachbar:innen zwischendurch gestört fühlen oder eben sich nicht mehr besonders wohl fühlen. Es ist bedauerlich und es sollte aus meiner Sicht einmal grundsätzlich von vornherein nicht abgetan werden, weil es sollte uns ein Anliegen sein, dass die Menschen bei uns eine Wohnqualität vorfinden, mit der sie sich im Zusammenleben wohlfühlen. Das Friedensbüro ist schon erwähnt worden als eine sehr kompetente Stelle, wenn es um Mediation, Nachbarschaft, Service und ähnliche Dinge geht. Es ist einfach wichtig, dass solche Bereiche auch abgedeckt sind. Wir sollten, und deswegen werden wir einen Abänderungsantrag stellen, aber auch darauf Rücksicht nehmen,

dass man hier von emotionalen und affektischen Aspekten spricht, und ich glaube, es wäre durchaus sinnvoll, diese Dinge ein bisschen voneinander zu trennen. Also eine persönliche Ebene, das persönliche Erleben und Empfinden dem gegenüberzustellen, was es an Quantität zum Beispiel ausmacht. Die vorhandenen Probleme haben ja unterschiedliche Größenordnungen und in diesem Fall etwas zu kalmieren und die Themen tatsächlich auf dieser Ebene zu behandeln, könnte allen nützen, die zusammenwohnen. Zweck davon wäre, dass wir eben keine Stereotypen bedienen, auch keine Stereotypen ausweiten oder weiter drapieren, es geht aber natürlich auch darum, tatsächliche Konfliktursachen zu benennen, und zwar faktenbasiert. Der dritte Schritt wäre natürlich, dass es auch zu wirkungsvollen Lösungsvorschlägen kommt und das unter der größtmöglichen Ernstnahme von den Anliegen der Bewohnerinnen und Bewohner. Ein Sicherheitsgefühl, Geborgenheit und Privatsphäre, ich glaube, da sind wir uns einig, möchten wir für alle Menschen, die in Graz wohnen, auch in großen Siedlungsbauten und Gemeindebauten. Was wir nicht möchten ist, dass Gemeindebauten in irgendeiner Form punziert werden, also wäre das ein Ort, wo die Probleme ausschließlich stattfinden und woanders nicht, aber für uns ist die sachliche Bearbeitung und Beschäftigung mit diesem Thema trotzdem wichtig. Gerade jetzt, weil durch die vielen Krisenumstände eigentlich auch sehr viele Menschen empfindlicher, vielleicht auch alerter und vereinzelt vielleicht auch weniger konsensfähig geworden sind. Deshalb stellen wir seitens der Fraktion der Grazer Volkspartei folgenden Abänderungsantrag, der das Ziel verfolgt, dass die wir sachliche Ebene im Bereich der Wissenschaft eher adressieren als eine emotionale Ebene: Die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen die Kooperation mit universitären Instituten suchen, um mit wissenschaftlicher Expertise aus verschiedenen Disziplinen einen Prozess aufzusetzen, der die Verbesserung des Zusammenlebens in größeren Siedlungsbauten zum Ziel hat. Auf Basis der wissenschaftlich fundierten Analyse sollen in einem weiteren Schritt konkrete Vorschläge für eine Umsetzung unter Einbindung der Wohnbevölkerung erstellt bzw. durchgeführt werden. Ich bitte um breite Annahme. Danke. (*Appl.*)

**Originaltext des Abänderungsantrages:**

*Namens des ÖVP-Gemeinderastclubs stelle ich zum angeführten dringlichen Antrag folgenden*

**Abänderungsantrag:**

*Die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen die Kooperation mit universitären Instituten suchen, um mit wissenschaftlicher Expertise aus verschiedenen Disziplinen einen Prozess aufzusetzen, der die Verbesserung des Zusammenlebens in größeren Siedlungsbauten zum Ziel hat.*

*Auf der Basis der wissenschaftlich fundierten Analyse sollen in einem weiteren Schritt konkrete Vorschläge für eine Umsetzung unter Einbindung der Wohnbevölkerung erstellt bzw. durchgeführt werden.*

**Vorsitzwechsel – Bgm.<sup>in</sup>-Stv.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> Schwentner übernimmt den Vorsitz (20.49 Uhr).**

**Bgm.<sup>in</sup> Kahr:**

Danke, zumindest für den sachlichen Beitrag von dir, Kollegin Claudia Unger. Zum Klubobmann Pascuttini, zu Herrn Gemeinderat Winter muss ich einfach Erlebnisse von 10 Jahren in dem Haus erzählen. Ich glaube, es ist keine Sitzung vergangen, wo nicht Ausdrücke gekommen sind in den Gemeindewohnungen oder, wie Sie immer sagen, sozialer Wohnbau, weil ich spreche eigentlich immer von Gemeindewohnungen, eben weil wir eine gute Durchmischung in unseren Gemeindewohnhäusern haben und weil wir eben auf diese Wert legen auf den Zusammenhalt und auf das Zusammenleben. Ganz zum Unterschied oft von vielen privaten Wohnhausanlagen, die in den letzten 10 Jahren entstanden sind, die oft auf sich alleine gestellt sind, die Bewohner und Bewohnerinnen, gibt's bei unserer Wohnhausverwaltung ein sehr nahes Verhältnis zu den Bewohnern und wird auf Probleme und Sorgen der Bewohner in einer ganz

anderen Weise reagiert als bei vielen privaten Wohnhausanlagen. Wir reden da im Übrigen von 7 % des gesamten Mietsegmentes in unserer Stadt Graz. Und wenn Sie jetzt da, also ich lasse das alles weg mit dieser Überfremdung usw., weil das kenne ich alles, also Sie versuchen sozusagen erneut, obwohl Sie eigentlich jetzt die letzten fünf Jahre zuständig waren für die Gemeindewohnhäuser, wundert mich das, dass Sie eigentlich in so abwertender Weise über unsere Bewohner sprechen. Glauben Sie mir, ich kenne einen Großteil unserer Bewohner und Bewohnerinnen und ich rede auch mit denen und ich weiß ganz genau, was die Leute denken und welchen Blick sie haben. Und was stimmt, ist genau, dieselben Sorgen und Probleme, wie manchmal im Zusammenleben auch in anderen Privatwohnhausanlagen auch die Leute haben, dass es mitunter Bewohner gibt, die die Spielregeln nicht einhalten und bis in die frühen Morgenstunden Musik spielen. Wo im Freien, wenn ein Ruhebedürfnis da ist, gelärmt wird. Wo die Mülltrennung nicht funktioniert, die wir übrigens aufs gesamte Gebiet der Stadt Graz betrachten könnten. Im Übrigen war erst letzte Woche bei mir eine Bewohnerin von der Waltendorfer Hauptstraße, Eigentumswohnhausanlage, die gesagt hat, dass sie die Nachbarin beobachtet hat, wie sie ihren privaten Müll in die Mülltonne einer anderen Bewohnerin hineingeschmissen hat. Also ich muss nur sagen, wenn man diese Beispiele aufzählen möchte, ich kann, wenn Sie es wollen, weil wir schreiben uns das immer alles genau mit, kann ich Ihnen solche dicken Bücher geben. Und es spielt sich alles das, was Sie da beschrieben haben, ziemlich flächendeckend ab, hat aber kein kulturpolitisches Mascherl, das kann ich Ihnen garantieren. Fehlverhalten gibt es querbeet. Das fängt übrigens von Akademikern genauso an wie bei einem einfachen Arbeiter, wenn Sie es so wollen. Und es ist egal, ob bei In- oder Ausländern, es gibt dort wie da Menschen, die ihre Nachbarn oder das Zusammenleben nicht leider in der Weise respektieren, wie man es sollte. Da bin ich mit jedem eins, der meint, dass das wichtig ist. Aber kaum, in den Wohnhausanlagen wie bei der Stadt Graz, ist man näher an den Bewohnerinnen und Bewohnern, und dafür möchte ich mich auch bei allen Hausverwaltern ganz, ganz herzlich bedanken, weil die machen eine großartige Arbeit. Da möchte ich mich auch bei allen Kolleg:innen des Friedensbüros bedanken. Da möchte ich mich auch bei allen bedanken, die in der mobilen Siedlungsbetreuung

tätig sind, und wie es die Kollegin Gemeinderätin Aygan-Romaner auch schon gesagt hat, seit Jahren in der Stadtteilarbeit, Kollegen und Kolleginnen dort eine großartige Arbeit in ihren Bezirken machen. Noch immer nicht genug; da bin ich bei jedem dabei, das ist klar, das gehört noch mehr ausgebaut, vor allem auch für große Siedlungen, die eben im privaten Wohnbereich sind. Insofern ist hier keine Dringlichkeit, aber immer eine Dringlichkeit, nah bei den Leuten und unseren Bewohnern zu sein, selbstverständlich. Und da muss ich keine Gemeindebau-Tour machen, weil entweder man ist es immer oder nur angekündigterweise. (*Appl.*)

***Vorsitzwechsel – Bgm.<sup>in</sup> Kahr übernimmt den Vorsitz (20.53 Uhr).***

GR Mag. **Winter:**

Hohe Stadtregierung, werter Gemeinderat! Ich beginne vielleicht zuerst bei den Argumenten der Kollegin von den Grünen. Sie werfen mir vor, dass meine Aussagen eine gewisse Färbung hätten. Das ist völlig richtig. Genauso habe ich es auch im Motiventext beschrieben. Jeder von uns hat eine politische Brille auf und jeder hat in seiner Analyse, in seiner Wortwahl eine gewisse parteipolitische Färbung. Und Ihre Wortmeldung hat genauso eine Färbung. Sie können sich da nicht hinstellen und sagen, ich bin ja so objektiv und ich habe keine politische Färbung. Natürlich, wir sind alle Parteipolitiker und haben unsere politische Färbung, das ist völlig klar ersichtlich. Und dann man sagt man, es existieren ja ohnedies schon genug Vereine. Da kommt das Friedensbüro und die Uni Graz und was man nicht alles hat. Wissen Sie, wir haben jetzt sehr, sehr viele Gespräche geführt. Und alle Gespräche haben auch einen gemeinsamen Inhalt: Man fühlt sich von der Politik im Stich gelassen. Man fühlt sich hier absolut im Stich gelassen. Und jetzt geht diese linkslinke Stadtkoalition her und sagt, die Probleme, die sind nicht so schlimm, und jetzt wimmelt man das ab, und es existiert ja nicht mehr im Grazer Gemeindebau, das existiert ja überall. Ja, aber wir wissen auch, dass ein sozialer Wohnbau, dass ein Grazer Gemeindebau bis zu einem

gewissen Grad auch ein sozialer Brennpunkt ist. Und wenn die Konflikte in diesen sozialen Brennpunkten eskalieren, dann scheitert eine Gesellschaft insgesamt. Und was wir hier einfordern, ist wirklich objektiv und sachlich. Wir fordern eine parteiunabhängige Gruppe, eine parteiunabhängige Institution, die hier eine sachliche und möglichst objektive Analyse durchführt. Und ich hoffe, dass diese Abwimmelei, die hier betrieben wird, sich rächen wird und dass die Wähler hier auch die Rechnung präsentieren werden. (Appl.)

Bgm.<sup>in</sup> **Kahr:**

Was das bedeutet, die Menschen immer aufeinander zu hetzen, das hat man bei Ihrer Partei gesehen. (Appl.)

***Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen FPÖ und Lohr) abgelehnt.***

#### **9.9 Nachhaltiges Wiederverwendungskonzept für städtische Abwässer (GR<sup>in</sup> DI<sup>in</sup> (FH) Daniela Schlüsselberger, MBA SPÖ)**

GR<sup>in</sup> DI<sup>in</sup> (FH) **Schlüsselberger:**

Vielen lieben Dank. Wunderschönen guten Abend, muss man schon sagen. Lieber Gemeinderat, liebe Stadtregierung und liebe verbleibende letzte Zuhörer:innen auch vor Ort. Eine vermeintlich leichtere Kost auf den ersten Blick, allerdings so leicht ist es gar nicht. Es geht um ein Thema, das uns alle betrifft. Es geht um Wasser. Eigentlich ganz pragmatisch betrachtet nimmt man da zwei Wasserstoffatome, ein Sauerstoffatom und irgendwann hat man ein Wassermolekül. Aber eigentlich ist es viel mehr. Wasser ist nicht nur Ursprung des Lebens, es bestimmt unser Leben, und ohne Wasser geht es nun mal nicht. Woran erkennt man das? Wenn man ein bisschen weiter schaut, 2,2 Milliarden Menschen haben derzeit weltweit keinen gesicherten

permanenten Zugang zu sauberem Wasser. Der Wassermangel ist sogar so präsent in manchen Ländern und Teilen von Afrika, dass er die Bildung verhindert, weil dort Kinder damit beschäftigt sind, Wasser heranzuschleppen, statt in die Schule zu gehen. Der Aralsee hat innerhalb von den letzten drei Jahren so weit abgebaut, dass aus diesem mächtigen See eine Pfütze geworden ist. Und der Westen der USA erlebt sowieso eine Dürre und man kennt das ja, wenn man in die Sierra Nevada schaut, wie wenig Schnee dort liegt, also man weiß auch, dass die Wasservorkommnisse dort immer mehr in Gefahr sind. Und für alle die, die es ein bisschen lokaler wollen, schauen wir uns Burgenland, zum Neusiedler See, ich glaube, dort sehen wir gerade, was es auch für Österreich gerade bedeutet. Deswegen ist es auch gar nicht so eine leichte Kost und deswegen hoffe ich halt auch auf breite Zustimmung zu meiner Dringlichkeit, wenn es darum geht, dass wir in Graz überlegen, wie man Wasser trotz dem Privileg, dass wir viel davon haben und ausreichend, derzeit noch davon haben, zukünftig ressourcenschonend nutzen können, mehrfach nutzen können und dort jetzt schon vorbauen vielleicht für eine Zukunft, die uns nicht mehr ermöglicht, dass wir einfach den Wasserhahn aufdrehen und es kommt sauberes Wasser raus. Deswegen bitte ich jetzt im ersten Schritt, in aller Kürze, um eine Zustimmung zur Dringlichkeit. Dankeschön. (Appl.)

***Originaltext des Dringlichkeitsantrages:***

*Wasser spielt seit Menschengedenken eine wichtige Rolle. Es ist die Quelle des Lebens. Im steten Kreislauf von der Atmosphäre zur Erde, über Böden, Flüsse und Ozeane zurück in die Lufthülle, erfüllt Wasser eine Vielzahl lebenswichtiger Funktionen. Was es aber nicht ist: Es ist nicht selbstverständlich und unbegrenzt. Die letzten Jahre, zeigen uns das schmerzlicher denn je.*

*Deshalb gilt es mehr denn je, die Ressource Wasser möglichst schonend und sparend einzusetzen. Abseits der gewohnten Wege, gibt es hier Leuchttürme, die über den Tellerrand hinausgeblickt haben. Ein solches Leuchtturmprojekt ist die Bereitstellung*

*von Wasser der Freibäder nach Saisonschluss. Das aufbereitete Wasser wird dort der Landwirtschaft, aber auch den Feuerwehren zur Verfügung gestellt. Auch können Wassertanks für die Bewässerung von Grünflächen damit befüllt werden. Auch gilt es zu überlegen, ob geklärte Wässer in die Mur geleitet werden müssen, oder die nicht auch als mögliche Bezugsquelle für Gießwasser der Landwirtschaft, der Bevölkerung oder auch den eigenen Betrieben dienen kann. Für die Stadt Graz wäre es auf jeden Fall eine weitere Möglichkeit, die wertvolle Ressource Wasser möglichst sinnvoll zu nutzen und einen weiteren Baustein zu setzen um Graz nachhaltiger zu machen.*

*Namens des sozialdemokratischen Gemeinderatsklubs stelle ich daher den*

***dringlichen Antrag:***

*Die zuständigen Abteilungen in der Stadt Graz werden im Sinne des Motivenberichtes beauftragt, die Möglichkeiten der Verwendung von Abwässern der Stadt Graz zu prüfen. Insbesondere gilt dies für etwaige Entleerungen von Schwimmbädern sowie die Möglichkeit im Rahmen der Umbauarbeiten der Kläranlage, die geklärten Abwässer in den Wiederverwendungskreislauf rückzuführen.*

***Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.***

**GR<sup>in</sup> Hopper:**

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen. In aller Kürze, ob der fortgeschrittenen Uhrzeit: Wir werden wir diesen Antrag sehr unterstützen. Ihr habt es vielleicht eh auch mitbekommen, unser Stadtrat Hohensinner hat auch bereits vor dem Sommer darauf hingewiesen, dass man sich da vielleicht einmal ein bisschen genauer anschauen sollte, was mit, nicht nur Grauwasser, dass du in deinem Antrag erwähnst, aber auch mit Regenwasser, eventuell noch verwendbar wäre und wir sind der Meinung, dass man

das auch in den letzten Jahren schon machen hätte können als zuständige Referenten im Stadtsenat. Gleichzeitig freuen wir uns sehr über diesen Antrag. Es gibt ganz viele Möglichkeiten, das zu nutzen. Um jetzt ganz kurz beim Regenwasser zu bleiben, weil ich es angesprochen habe. Man muss es halt auch wirklich wollen, beispielsweise in der Volksschule Puntigam werden jetzt auch die Spülungen der Toiletten mit Regenwasser betrieben, betreibt man eine Toilette mit Regenwasser, ich bin mir nicht ganz sicher, jedenfalls für die Spülung wird Regenwasser hinzugezogen, damit man es auch in einem deutschen richtigen Satz für das Protokoll auch hinbekommen. Also es gibt ganz viele Möglichkeiten in den verschiedensten Bereichen und wir freuen uns auf die Ergebnisse der Prüfung der Nutzungsmöglichkeiten des von dir angesprochenem Grauwassers.

GR<sup>in</sup> DI<sup>in</sup> (FH) **Schlüsselberger:**

Ich werde es jetzt dementsprechend kurz und bündig halten. Ihr kennt den Inhalt des Motivenberichtes. Ich freue mich darauf, nachhaltige Nutzungsmöglichkeiten gemeinsam übergreifend zu finden. Ich glaube, die Möglichkeiten sind da relativ unbegrenzt. Und deswegen freue ich mich jetzt einfach einmal vorweg auf eine breite Zustimmung und bedanke mich dafür. *(Appl.)*

***Der Dringlichkeitsantrag wurde einstimmig angenommen.***

**9.10 Grazer Bekenntnis zu Sanktionen gegen den russischen Angriffskrieg  
(GR Mag. Philipp Pointner, Neos)**

GR Mag. **Pointner**:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, werte Stadtregierung, werte Kolleginnen und Kollegen, Damen und Herren im Livestream! Das ist ein Antrag, der sehr tief geht. Ich möchte ihn aber mal auf Gemeindeebene runterbringen. Wir haben heute über die Umbenennung gesprochen und sie auch beschlossen. Und zwar von Anna Cadia. Eine Kommunistin, die im KZ gelitten hat. Und jetzt geht's um das Wertvollste, was wir nach dem Zweiten Weltkrieg errungen haben, und das ist die Europäische Menschenrechtskonvention. Russland ist nicht mehr Teil der Menschenrechtskonvention. Russland ist nicht mehr Teil von rechtsstaatlichen Werten. Verletzt völkerrechtswidrig in einem Angriffskrieg territoriale Integrität, verletzt all unsere Freiheitswerte. Wir haben dagegen das Mittel der Sanktion. Und wenn wir dieses Mittel der Sanktion, der Wirtschaftssanktion, nicht vollinhaltlich unterstützen, dann wird es weitergehen. Wir werden, und bin absolut persönlich ein Gegner von jeglichem Waffengebrauch, aber wir werden in der Situation gezwungen, dass ein Volk des europäischen Kontinents kämpfen muss. Und wir haben dieses Volk zu unterstützen, denn es kämpft für unsere Werte. Wir haben Flüchtlinge hier in dieser Stadt, in dieser, unserer Menschenrechtsstadt, der zweitgrößten Stadt von Österreich, und denen sind wir als Gemeinderat auch ein Zeichen schuldig. Ich war bei fast allen Demonstrationen dabei, Frau Vizebürgermeisterin auch. Wir sind neben Kindern gestanden, die weinen. Wir haben Mütter gehört, die um ihre Söhne bangen, wahrscheinlich sind sie schon tot, möglicherweise, ich möchte gar nicht ins Detail gehen. Es ist nicht mehr der Zeitpunkt, hier zu relativieren, sondern wir müssen einstehen. Und ich danke dem Herrn Vizekanzler, ich hoffe Sie haben alle zugehört, für seine Rede heute unten. Sie war herausragend und sie war ein klares Bekenntnis zu den Sanktionen. Und ein klares Bekenntnis zu unseren gemeinsamen europäischen Werten. Im welchem Land wollen wir leben, welches Signal als Gemeinderat wollen wir senden? Gehen wir den Weg, den wir für Anna Cadia gegangen sind? Relativieren wir wieder? Oder stehen wir mal

gemeinsam da? Und ich kann für meinen Antrag, den ich jetzt einbringen werde, nur um breitestmögliche Zustimmung werben und wirklich darum bitten. Weil es geht darum, wie sich unsere Stadt in Europa entwickeln wird. Daher folgender dringlicher Antrag: Der Gemeinderat der Stadt Graz bekennt sich umfänglich zu den auf EU-Ebene ausgesprochenen Sanktionen gegen die Russische Föderation wegen ihres völkerrechtswidrigen Kriegs gegen die Ukraine. Die Dringlichkeit ergibt sich insbesondere auch aus der Teilmobilmachung und den angekündigten Referenden in den sogenannten neuen russischen Republiken. Da haben wir auch im Gemeinderat schon eine Geschichte. (Appl.)

**Originaltext des Dringlichkeitsantrages:**

*Gemeinsam als Europäische Union und mit internationalen Partnern hat Österreich mit schärfsten Sanktionen auf den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine reagiert. Die Sanktionen zielen insbesondere darauf ab, die russische Wirtschaft massiv zu schwächen. Das Ziel sind insbesondere die Rüstungsindustrie und die kremltreuen politischen Eliten. Diese Sanktionen brauchen Zeit, zeigen allerdings jetzt schon Wirkung! Das Auswärtige Amt in Deutschland geht aktuell von einem Wirtschaftseinbruch in Russland von sechs bis 15 % aus. Der Rat der EU von mindestens 11 % und beruft sich dabei auf einen Bericht der Weltbank.*

*Leider fanden sich in Österreich in unterschiedlichsten Parteien, willfährige Handlager die die russischen Propaganda der Wirkungslosigkeit der Sanktionen weitergetragen haben, darunter auch Bürgermeisterin Elke Kahr.*

*Es ist ein fatales Zeichen in dieser Zeit, aus dieser politischen Position medial eine prorussische Appeasement-Politik zu kommunizieren. Es ist gerade jetzt essenziell, über europäische Ländergrenzen hinweg geeint, fest verbunden mit unseren europäischen Partnern als Europäische Union zur Verteidigung unserer rechtsstaatlichen und demokratischen Werte vorzugehen. Nur mit geduldiger und unnachgiebiger Konsequenz und Beharrlichkeit kann der brutalen imperialistischen Politik Putins und seiner Vasallen Einhalt geboten werden.*

*Gerade die kommunale Ebene ist direkt von diesem russischen Aggressionskrieg betroffen und es ist daher dringend geboten, dass sich der Gemeinderat der Menschenrechtsstadt Graz zu den Sanktionen bekennt und somit jeglichen, die EU spaltenden und somit zerstörenden Tendenzen in dieser Angelegenheit mit einem klaren Bekenntnis einen Riegel vorschiebt. Dies wäre auch ein wichtiges Zeichen der Solidarität mit den vielen aus der Ukraine geflüchteten Menschen, die in Graz eine temporäre Heimat gefunden haben.*

*Im Namen der Gemeinderatsfraktion der NEOS stelle ich daher folgenden*

***dringlichen Antrag:***

*Der Gemeinderat der Stadt Graz bekennt sich umfänglich zu den auf EU-Ebene ausgesprochenen Sanktionen gegen die Russische Föderation wegen ihres völkerrechtswidrigen Krieges gegen die Ukraine.*

**GR Brandstätter:**

Werte Stadtregierung, verehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Zuseherinnen und Zuseher, werter Herr Antragsteller! Heute ist dem Kollegen Manfred Eber ja schon ein Freud'scher Versprecher passiert, indem er über einen Konflikt in der Ukraine geredet hat. Die Wahrheit ist, seit 24. Februar herrscht kein Konflikt in der Ukraine, es herrscht ein furchtbarer mörderischer und völkerrechtswidriger Angriffskrieg seitens Russland, den Putin und seine Vasallen zu verantworten haben. Erst gestern haben wir erfahren, dass Putin eine Teilmobilmachung im Umfang von 300.000 Mann befohlen hat. In dieser schrecklichen Zeit ist es unsere verdammte Pflicht, an der Seite der Ukraine zu stehen. Umso mehr kann man heute nur verwundert darauf zurückblicken, dass Elke Kahr einen Tag vor dem offiziellen Kriegsbeginn twitterte, dass beide Seiten ihre Truppen zurückziehen müssten. Umso wichtiger erscheint es heute, dass wir als Grazer Gemeinderat einstimmig diesem Antrag über alle Fraktionen hinweg zustimmen. Denn in diesem Krieg gibt es nicht zwei gleichrangige Seiten. Es gibt einen

Aggressor, nämlich Putin, und es gibt ein Land, das sich mit aller Kraft seit Monaten gegen die abscheulichen Taten der russischen Armee wehrt, die Ukraine. Und das ist etwas, was sogar den vielen „Friedensaktivisten“ der KPÖ klar sein müsste. Auch jenen, die sich gern in Separatistengebiete zu Friedensmissionen begeben. Ja, in einer idealen Welt muss niemand Waffen aufeinander richten und es wäre schön, wenn Menschen das nicht tun würden. In der echten Welt muss man Widerstand leisten, wenn Unrecht geschieht. Vorgezeigt haben das unter anderem die vielen kommunistischen Widerstandskämpfer im Zweiten Weltkrieg. Sie haben mit dem, was ihnen zur Verfügung stand, tapfer gekämpft und sich gegen Unrecht gewehrt. Ich hoffe, Sie können sich heute einen Ruck geben und es ihnen gleichmachen. Denn jedes Mal, wenn die KPÖ-Führung, wie es erst kürzlich die Chefin der KPÖ Steiermark, Claudia Klimt-Weithaler, gemacht hat, die Sinnhaftigkeit der Sanktionen anzweifelt, kann das nur als Versuch gewertet werden, die Hufeisentheorie doch mit aller Kraft bestätigen zu wollen. Nämlich, dass eigentlich der Unterschied zwischen rechtsextremen und linksextremen Parteien gar nicht so groß ist. Insoweit verwundert es auch nicht, wenn Sie, Herr Luttenberger, leider gerade nicht anwesend ...

*Zwischenruf GR **Luttenberger**: Doch, da bin ich. Hallo.*

**GR Brandstätter:**

... Entschuldigung. Umso besser, dann kann ich es Ihnen direkt sagen, wenn Sie, Herr Luttenberger, sich in Donezk mit der Creme de la Creme rechtsextremer Gruppierungen getroffen haben und einem Kriegstreiber Rosen ans Grab gelegt haben. Dass die FPÖ sich für die gänzliche Abschaffung der Sanktionen stark macht und als Grund die negativen Folgen für die österreichische Bevölkerung angibt, ist verwerflich. Sie sind nicht dazu bereit, einen Wohlstandsverlust hinzunehmen, um im besten Fall tausende, ja hunderttausende Menschenleben zu retten. Sie wägen unseren Wohlstand gegen das Leid der Massengräber ab. Sie stellen Geld über Menschenleben.

Emanuel Kant würde sich im Grab umdrehen. Und nein, das heißt nicht, dass alle Sanktionen gleich gut sind; ganz grundsätzlich muss alles getan werden, was dabei hilft zu verhindern, dass Putin die Waffen, das Geld und alle anderen Möglichkeiten hat, um diesen Krieg weiterzuführen. Es wird uns nicht helfen, wenn die Heizungen in Österreich kalt bleiben und Menschen frieren müssen. Aber es muss auch klar sein, dass wir diese Sanktionen mittragen müssen, soweit sie sinnvoll sind, soweit wir sie mittragen können. Sinnvoll sind sie aber ganz sicher, ganz grundsätzlich. Denn man sieht, dass Russland bis heute nicht in der Lage war, diesen Krieg zu gewinnen, und das wird hoffentlich auch so bleiben. Heute können wir das Mindeste tun und ein Zeichen als Grazer Gemeinderat setzen. Ich hoffe, Sie können sich dem anschließen. Vielen Dank. *(Appl.)*

GR Mag. **Winter:**

Hoher Gemeinderat, werte Stadtregierung! Der Herr Kollege Pointner spricht sich ja sehr einseitig und dogmatisch für diese Beibehaltung der Sanktionen aus und seine Wortwahl im Antrag ist meiner Meinung nach entlarvend. Er bezeichnet Personen, die sich gegen diese Sanktionen aussprechen, aus unterschiedlichen Parteien, inklusive der Frau Bürgermeisterin, als willfährige Handlanger der russischen Propaganda. Und bei allem nötigen Respekt, Herr Kollege Pointner, das ist eine Wortwahl, die völlig inakzeptabel ist. *(Appl.)* Aber diese Worte sind auch in einer anderen Art und Weise entlarvend. Sie bezeichnen andere Menschen als willfährige Handlanger der russischen Propaganda. Wenn man sich diesen Antrag durchliest, glaubt man eher, dass Sie der willfährige Handlanger der US-Propaganda sind, das ist die traurige Tatsache. Und was mich bei diesen ganzen Befürwortern der Sanktionen wirklich stört, ist diese Scheinheiligkeit. Ja, es gibt einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg vonseiten Russlands, der in keinsten Weise zu entschuldigen ist und der in keinsten Weise zu rechtfertigen ist. Das ist die eine Seite. Aber die andere Seite ist auch, dass wir gegenwärtig de facto einen Krieg zwischen den Russen und den Amerikanern auf ukrainischem Boden haben. Und wo waren die ganzen Sanktionsforderungen 2003

beim völkerrechtswidrigen Angriff der USA auf den Irak, der hunderttausende von Toten produziert hat? Wo waren die Sanktionsforderungen gegen die USA 1999, als Exjugoslawien völkerrechtswidrig bombardiert worden ist? Und wo sind die Sanktionsforderungen seit Jahren, wenn es darum geht, den völkerrechtswidrigen Drohnenkrieg der US-Amerikaner zu verurteilen? Da hört man nichts. Die eine Seite wird immer erwähnt, die andere Seite wird immer ausgespart. Und das ist eine außenpolitische Scheinheiligkeit, die nicht tragbar ist. Und wenn wir beim Thema Ehrlichkeit sind, Herr Kollege, und beim Thema Scheinheiligkeit sind, dann stellen Sie sich zwar hier her und argumentieren für die Sanktionen, aber was Sie den Menschen nicht sagen, ist, was die Konsequenzen davon sein werden und weiter sich steigernde Konsequenzen sein werden. Haben Sie den Schneid, haben Sie die Ehrlichkeit und sagen Sie, ja, Sie sind für eine weitere Teuerung, Sie sind für noch höhere Benzinpreise, Sie sind für noch höhere Energiepreise, Sie sind für noch höhere Lebensmittelpreise. Und zugespitzt, Sie sind auch für eine weitere Eskalation dieses Konflikts. Sie sind für eine Verlängerung dieses Krieges mit diesem Antrag. Und für uns ist es ganz klar, wie wir hier vorgehen möchten. Wir, als FPÖ, haben eine klare Linie. Wir wollen nicht eskalieren, so wie es hier betrieben wird, wir wollen deeskalieren, wir wollen diesen Krieg beenden und wir wollen, dass Österreich als neutraler Staat hier seine Position nutzt, um in Friedensverhandlungen positiv einen Beitrag leisten zu können. Und wir sind mit Sicherheit für die Aufhebung dieser Sanktionen, besser heute als morgen.

*(Appl.)*

**GR Zirngast:**

Hier nur kurz was zur Dringlichkeit, weil wir dann auch noch zum Inhalt kommen werden. Es steht außer Frage, dass das Thema ein wichtiges und dringliches ist. Wir erachten jedoch weder den Antrag der Neos noch den Abänderungsantrag der FPÖ in der vorliegenden Form als dringlich. Sie sind im Anspruch und Umfang vermessen. Was dringlich wäre, wäre eine realistische Friedenspolitik. Und diese Perspektive fehlt dem Antrag der Neos völlig. Auch werden ernsthafte Verhandlungen wohl kaum von Graz

aus und in Graz allein stattfinden. Aber eine Anmerkung gestatten Sie mir noch, Herr Pointner, es ist vorher ohnehin schon gesagt worden, aber Sie wissen wohl besser als wir alle, wie wichtig es ist, den richtigen Ton zu treffen, und das haben Sie in Ihrem Antrag eindeutig nicht. Sie haben unumwunden Bürgermeisterin Elke Kahr als willfährige Handlerin in der russischen Propaganda bezeichnet. Wir haben Sie hier bisher immer als jemanden mit gutem Benehmen und guter Kinderstube kennengelernt, aber in diesem Antrag lassen Sie diese leider vermissen und ich lade Sie ein, darüber nachzudenken, wie Sie reagieren würden, wenn Sie jemand auf diese Art beleidigt. Danke. Zum Inhalt dann später. *(Appl.)*

**GR<sup>in</sup> Wutte:**

Es ist schon spät, aber das wird jetzt, glaube ich, trotzdem noch eine längere Debatte. Vielen Dank, Philipp Pointner, für den Antrag. Wir werden ihm in der Dringlichkeit und auch im Inhalt zustimmen, das ich kann ich jetzt schon einmal vorwegnehmen. Unsere Haltung als grüne Partei ist in der Frage der Wirtschaftssanktionen eine sehr, sehr klare. Wir haben es von einigen Vorrednern gehört. Russland führt einen furchtbaren völkerrechtswidrigen Angriffskrieg in der Ukraine, und gezielte Wirtschaftssanktionen, die sich vor allem gegen die Rüstungsindustrie, gegen das System Putin, gegen Oligarchen, die Putin schon ganz lange verpflichtet sind, richten, ist eigentlich ein sehr sinnvoller Weg, dem zu begegnen. Das Ziel der Sanktionen ist das System Putin. Und es ist auch dieses System Putins, das gerade, wir haben darüber gesprochen, eine Teilmobilmachung verantwortet, wo 300.000 Menschen in den Krieg eingezogen werden. Es ist dieses System Putin, was gerade dabei ist, die Menschen, die so mutig waren, im heutigen Russland auf eine Demo zu gehen und gegen diesen Krieg zu protestieren, diese Menschen werden jetzt als Erste an die Front gebracht. Das muss man sich einmal vorstellen. Und es ist dieses System Putin, was jetzt schon den Tod Tausender auf beiden Seiten, Ukrainer:innen und Russ:innen, zu verantworten hat. Deswegen, der Martin Brandstätter hat es auch gesagt, sollten wir alle das, was passiert, ganz klar beim Namen nennen, niemals verharmlosen. Auch der Werner

Kogler hat es draußen gesagt, das ist kein Konflikt mit zwei Parteien, es gibt einen Aggressor, der auch Kriegsverbrechen begeht, die sind belegt, wo Menschen durchs Land ziehen, morden, auch Zivilisten ermorden, wo Massengräber entdeckt werden, wo Frauen vergewaltigt werden und es gibt andere, die hier ein Land verteidigen. Und ich sage das hier als überzeugte Pazifistin. Ich denke, und da sind wir uns vielleicht alle einig im Raum, wir alle wünschen uns nichts mehr als Frieden für die Menschen dort und für Europa, aber manchmal muss man Frieden verteidigen. Manchmal muss man Freiheit verteidigen. Das bedeutet nicht, dass man nicht weiter am Verhandlungstisch sitzen soll und auch versuchen muss, auf dem Weg Lösungen zu finden. Und natürlich stellt uns dieser Krieg vor ganz schwerwiegende moralische Fragen, aber bei den Wirtschaftssanktionen sehe ich diese moralischen Fragen eigentlich nicht. Ich sehe sie eher bei den Waffenlieferungen, wo man sich immer wieder fragen muss, in welchem Ausmaß usw. Das ist keine ganz leichte Frage. Und ich finde es eigentlich umso bedenklicher, und der Werner Kogler hat draußen gesagt, feige, dass es Parteien gibt hier in dem Raum, die es sich so einfach machen bei diesen schweren Fragen. Die glauben, Sie hätten eine einzige Antwort, nämlich, wir lassen die Wirtschaftssanktionen, wir lassen die Waffenlieferungen und dann schauen wir, was passiert. Was wird denn passieren? Ich möchte aber auch sagen, ich verstehe alle Bürger:innen da draußen, die die Teuerung sehen, die die Inflation sehen und deswegen vielleicht skeptisch sind gegenüber den Wirtschaftssanktionen. Aber die Parteien, die auf diesen Zug aufspringen, das finde ich hochgradig unverantwortlich. Das verstehe ich einfach nicht. Wir alle als politische Mandatar:innen werden in der Verantwortung, gemeinsam für diese Wirtschaftssanktionen einzustehen, gemeinsam dafür einzustehen, dass wir als EU geeint auftreten können und den Menschen diese Ängste zu nehmen. Deswegen unterstützte ich jedenfalls den Antrag vom Philipp Pointner in vollem Umfang. Ich möchte anmerken, dass wir hier im Gemeinderat sind, kommunalpolitisch miteinander arbeiten in einer Koalition, und das machen wir in einer sehr guten Zusammenarbeit, wir haben in vielen Themen eine konstruktive Überschneidung. In dieser Frage glaube ich aber wirklich, dass uns Welten trennen. Und abschließend kann ich auch nur in Richtung der KPÖ, wir werden dann in der

inhaltlichen Debatte vielleicht noch mehr dazu hören, anregen, dass ihr einen Diskurs beginnt zu dem Thema. Also bei der deutschen Linken sieht man das ja auch gerade, dass es da schon divergierende Positionen gibt und ich kann es einigen Parteien nur wünschen, dass sie hier ihre eigene Position hinterfragen. Danke. *(Appl.)*

GR Mag. **Pointner**:

Es ist zwar nicht ganz zur Dringlichkeit, aber ich möchte auf zwei Aspekte eingehen. Zunächst zum Kollegen Winter, wenig Überraschendes, aber ich kann mal ganz klar sagen, natürlich gibt es Entbehrungen durch Wirtschaftssanktionen, die man selber tragen muss. Das ist Captain Obvious. Sind Sie beruhigt. Ich würde jetzt gerne mal, wenn es zum Inhalt geht, von Ihrer Fraktion, vielleicht einmal nicht von Ihnen, vom Herrn Scharfmacher Nummer eins, aber von den anderen einmal hören, wie sie zur EMRK stehen, zur Menschenrechtskonvention, und wie sie zur EU stehen. Das möchte ich einmal hören. Und das Handlangerthema, das ist überhaupt nichts gegen die Bürgermeisterin als Person. Ich respektiere Elke Kahr als wirkliche Pazifistin, die ihren Dienst an den Menschen in einer bewundernswerten Weise tut. Aber in dieser Sache ist sie indirekt Handlangerin, weil die Rhetorik von Putin übernommen wird. Es ist eine spalterische Taktik, die er verfolgt, die uns auseinanderdividieren soll...

*Zwischenruf Bgm.<sup>in</sup> Kahr: Also da muss ich Sie wirklich unterbrechen. Zur Geschäftsordnung. Wo übernehme ich die Rhetorik vom Putin?*

*Zwischenruf GR<sup>in</sup> Heinrichs: Unglaublich.*

GR Mag. **Pointner**:

... dass die Sanktionen wirkungslos sind.

Bgm.<sup>in</sup> **Kahr**:

Wo habe ich das gesagt, wo, wo?

GR Mag. **Pointner**:

Haben Sie im Interview gesagt.

Bgm.<sup>in</sup> **Kahr**:

In welchem Interview habe ich das gesagt? Na, das frage ich Sie. Ich weiß, mit wem ich spreche und mit welchem Medium ich ein Interview führe. Wo?

GR Mag. **Pointner**:

Sie sagen, dass die Sanktionen zu überprüfen sind, weil sie in ihrer Wirkung nicht greifen.

Bmg.<sup>in</sup> **Kahr**:

Das habe ich nie, also ich bin gar nicht gefragt worden zu dieser Frage bisher. Ist egal, bitte reden Sie weiter. Aber das ist unerhört. Dann kommen wir zur Abstimmung der Dringlichkeit.

***Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, FPÖ und Lohr) angenommen.***

KO GR Mag. **Pascuttini**:

Hoher Stadtsenat, hoher Gemeinderat, zu später Stunde und dann noch so ein aufregendes Thema. Ich werde versuchen, mich kurz zu halten. Ich darf aber kurz auf die Frage vom Kollegen Pointner eingehen. Unsere Position zu EMRK, die werde ich

nicht erläutern, man kann sich aber einmal vor Augen halten, welche Staaten dort Mitglied sind, unter anderem die Türkei. Ich glaube, niemand könnte besser als der Kollege Zirngast von der KPÖ dazu ein paar Worte sagen, wie das mit der EMRK und der Türkei läuft. Ich glaube nicht sonderlich gut. Papier ist halt doch auch geduldig. Wenn man sich die EMRK genauer ansieht, dann sieht man auch, wir haben dort den Artikel 10, wichtiger Artikel in der EMRK, die Meinungsfreiheit. Und wenn die Frau Bürgermeisterin jetzt einer Zeitung sagen würde, die Sanktionen, muss man schauen, wem schaden sie mehr, schaden sie uns massiv? Bitte, wir sind nicht das Maß aller Dinge. Dass wir das da überleben als gut bezahlte Politiker, das ist schon klar, wir sind die Letzten, die ins Gras beißen finanziell. Aber draußen gibt es viele, viele Menschen, und ich glaube, dafür hat die Kollegin Bürgermeisterin Kahr dann schon ein Herz und die denkt sich auch ...

*Zwischenruf GR Dr. Piffel-Percevic unverständlich.*

KO GR Mag. **Pascuttini:**

...warum sollen diese Menschen für etwas draufzahlen, ihr Leben schwerer werden zu lassen für etwas, wo man sich denkt, was kann der einfache Mann dafür? Und die Meinungsfreiheit, Kollege Pointner, die ist mir wichtig. Deswegen kann hier auch jeder etwas sagen. Was man ganz allgemein sagen kann bei diesem Konflikt, und das merke ich bei den Wortmeldungen von den Grünen, aber auch beim Kollegen Brandstätter, das ist kein Schachspiel, da gibt's nicht Schwarz und Weiß, und die kämpfen gegeneinander, das ist nicht so. Und man muss jetzt, könnte man weit ausrollen, in die Geschichte blicken, was auch wir, bitte Russland oder dem Vorgängerstaat, zu verdanken haben, das muss man sich auch immer in Erinnerung rufen. Und damals haben wir etwas versprochen, nämlich die immerwährende Neutralität, sich aus den Konflikten rauszuhalten. Und da ist die Frage schon, warum man das jetzt vehement und massiv in irgendeiner Weise abändern will? Die Neutralität, militärisch ist die eh

nicht mehr gewährleistet, das muss man auch ehrlicherweise sagen, Österreich ist gut gefahren mit diesem System der Neutralität. Und Österreich wird auch in Zukunft mit diesem Modell der Neutralität gut fahren, und das ist das, was die FPÖ bewahren möchte und scheinbar auch Teile der KPÖ oder in Grundzügen die KPÖ. Und jetzt stelle ich mir die Frage, warum man bei diesem Thema nicht angenehm, normal diskutieren muss? Da gibt es dann Wortgefechte, da wird man dann irgendwie auch untergriffig angegriffen, es ist nicht schwarz-weiß, das ist die Weltpolitik, auch nicht im Grazer Gemeinderat lösbar. Deswegen bitte ich darum, dass man diese Themen in Zukunft auch dort sein lässt, wo sie hingehören. Aber ich bitte jeden, einmal darüber nachzudenken, was es bedeuten würde, wenn der Konflikt schlussendlich militärisch in Europa ausgetragen wird. Das wissen unsere Eltern noch und auch unsere Großeltern. Das ist die totale Vernichtung Europas, in Teilen der USA, aber zumindest die totale Vernichtung Europas, wenn dieser Konflikt militärisch eskaliert. Und das kann man nicht einfach so in Kauf nehmen. Man wird sich schlussendlich auch bei den Sanktionen die Frage stellen müssen, führen sie zum Ziel oder nicht? Ich darf daran erinnern, es gibt einige Länder, die seit Jahrzehnten sanktioniert werden. Wenn man an Nordkorea denkt, das gibt es noch immer, seit vielen, vielen Jahren sanktioniert. Den Iran gibt es auch noch immer, seit vielen, vielen Jahren sanktioniert. Deswegen frage ich mich, warum das jetzt bei Russland anders sein soll? Aber um das jetzt zum Punkt, zum Ende, zu bringen, wir werden einen Abänderungsantrag einbringen. Das ist auch unsere Position, die ist auch gedeckt durch die Meinungsfreiheit, dass man sagen kann, wir wollen die Sanktionen nicht. Ich hoffe, die Meinungsfreiheit gibt es noch in diesem Haus. Ich habe mir früher immer gedacht, die KPÖ bedroht die Meinungsfreiheit. Das ist mittlerweile schon ganz anders. Also, da sind wir ja schon fast Verfechter der Meinungsfreiheit, der Kollege und ich. Mir ist wichtig, den Abänderungsantrag jetzt einzubringen: Die Stadt Graz möge sich als Vermittlerin bei den Konfliktparteien für die Beilegung ihres Konfliktes stark machen und Graz als Verhandlungsort auf neutralem Boden anbieten, vielleicht mit der Vizebürgermeisterin Schwentner als Übersetzerin. Und aufgrund der negativen Folgen für die österreichische Bevölkerung möge sich die Stadt Graz für die Abschaffung der

Sanktionen gegen Russland stark machen. Ich bitte um Ihre Zustimmung. Das ist doch wirklich ein schöner friedensstiftender Antrag. (Appl.)

**Originaltext des Abänderungsantrages:**

*Ohne Zweifel sind die Auswirkungen des Krieges in der Ukraine für die Bevölkerung katastrophal. Gerade für ein neutrales Land wie Österreich steht Frieden immer an oberster Stelle. Die Verantwortlichen unseres Landes waren sich dieser Devise meist bewusst und haben in schwierigen Zeiten versucht zu vermitteln und Streitparteien an einem Tisch zu bringen.*

*Gerade Graz als Stadt der Menschenrechte sollte sich diese Verantwortung immer in Erinnerung rufen und in diesem Konflikt, der durch die österreichische Bundesregierung mitgetragenen Sanktionen gegen Russland auch negative Folgen für die österreichische Bevölkerung hat, als Vermittler auftreten.*

*Namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs stelle ich den*

**Abänderungsantrag,**

*der Gemeinderat der Stadt Graz möge beschließen:*

- 1. Die Stadt Graz möge sich als Vermittlerin bei den Konfliktparteien für die Beilegung ihres Konfliktes stark machen und Graz als Verhandlungsort auf neutralem Boden anbieten.*
- 2. Auf Grund der negativen Folgen für die österreichische Bevölkerung möge sich die Stadt Graz für die Abschaffung der Sanktionen gegen Russland stark machen.*

**KO GR Ehmann:**

Frau Bürgermeisterin, Kolleginnen und Kollegen im Stadtsenat, Gemeinderat, lieber Antragsteller, liebe Zuhörer:innen und Zuhörer auf der Galerie und zu Hause! Also ich glaube einmal grundsätzlich, oder wir als Sozialdemokratie, eine parteipolitische

Positionierung hier logischerweise bei so einem Thema, an den Sanktionen zu rütteln, glaube ich, hieße ja nicht nur den Angriffskrieg Putins, von Machthaber Putin, gegen die Ukraine zu unterstützen, sondern viel mehr den Machthaber auch noch vielleicht zu bestärken, so wie es der Kollege Medwedew gemacht hat, von einem vereinten Eurasien, von Lissabon bis Wladiwostok zu sprechen oder eine derartige Vision möglicherweise wahr werden zu lassen, so quasi die Supersowjetunion. Ich glaube, die Zeit sollte überstanden sein. Ich glaube letztlich, oder selbstverständlich, muss alles darangesetzt werden, so rasch als möglich an einer friedlichen Lösung zu arbeiten, das ist, glaube ich, in unser aller Sinne. Hier hat es, glaube ich, auch schon viele Versuche gegeben, aber da braucht es halt einen Friedensschluss zweier Partner. Und ich glaube, wenn ein Partner beim Friedensschluss nicht bereit ist, das zu tun und als Aggressor den Angriffskrieg quasi begonnen hat und auch weiter fortsetzt, dann wird das ein bisschen schwierig. Und bei Sanktionen, bei Wirtschaftssanktionen, davon zu sprechen, die Neutralität möglicherweise in Frage zu stellen und zu verletzen, das glaube ich nicht, denn letztendlich hat Österreich eindeutig eine militärische Neutralität, ja, was soll es denn sonst sein? Aber wir haben keine Werteneutralität bitte. Wir haben eine Haltung zu Europa, zur Welt und zu unserem Land logischerweise, und ich glaube, das gilt es auch zu vertreten, und selbstverständlich wird man sich einmischen in internationalen Bereichen und Beziehungen. Wir haben auch für das Völkerrecht einzustehen. Wir haben für das Selbstbestimmungsrecht souveräner Staaten einzustehen, so wie es auch andere für uns machen. Und ich glaube, eine überbordende Abusement-Politik hat uns gezeigt, nämlich in der Vergangenheit, im vorigen Jahrhundert, dass das nicht ganz funktioniert. Wenn ihr euch erinnern könnt, hat es einen Diktator gegeben, der das genutzt hat und die ganze Welt in ein Terrorregime oder in ein Terrorregime dann letztendlich den Kontinent versucht, in seine Gewalt zu bringen, was zum Glück dann letztendlich nicht gelungen ist, aber mit viel Leid und Tod zusammenhängt ist. Also, eine Wiederholung dessen wollen wir uns und unseren Kindern, unseren Enkelkindern auf jeden Fall ersparen. Und daher sind die Sanktionen ein Signal an den ehemaligen KGB-Obristen Putin: So eben nicht! Danke. Wir werden das unterstützen. *(Appl.)*

GR<sup>in</sup> Dr<sup>in</sup> **Unger**:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, sehr geehrte Damen und Herren! Wie ich den Antrag durchgelesen habe, war ich in Versuchung zu sagen, na net, na na, natürlich unterstützen wir diesen Antrag, das darf gar keine Frage sein für unseren Gemeinderat. Das sollte eine Selbstverständlichkeit sein. Die Tragödie, die sich aus dem Angriffskrieg seit Februar ergeben hat, ist evident. Wir haben das heute mehrmals besprochen. Es geht um die Vertreibung von Menschen und Tote und zerstörte Städte, Länder und letztendlich auch um die Wirtschaft und eine große politische Instabilisierung, die weit über die Konfliktzone hinausreicht. Es gebieten also der Anstand und auch ein Demokratieverständnis, dass Europa, und damit auch wir in Österreich und hier in Graz, das nicht hinnehmen. Es gibt eine moralische Verpflichtung dagegen aufzutreten, die uns alle betrifft. Eine angebliche Wirkungslosigkeit der Sanktionen entbindet uns nicht von dieser moralischen Verpflichtung. Es ist im Großen und im Kleinen, also auch im kleinen Graz wichtig, sich entsprechend zu bekennen. Und deshalb würde ich gerne heute zwei Worte hier in den Mittelpunkt stellen. Das eine ist Hybris, das bezieht sich auf den Abänderungsantrag. Wenn man glaubt, dass unsere Rolle in Graz so eine große sein kann. Und der andere Begriff ist Indolenz. Indolenz bedeutet das schmerzbehaftete Zugehen auf gewisse Themen, wenn man sich einer moralischen Überlegenheit gewiss ist, die leider in diesem Fall vollkommen unangebracht ist. Und in diesem Sinn ist dieser Tag, so spät es heute auch schon ist, leider noch ein großer Tag geworden in dieser Diskussion. Weil in diesem letzten Tagesordnungspunkt bei den dringlichen Anträgen zeigen sich nämlich ganz wichtige Aspekte, nicht nur für den heutigen Tag, wo wir, die meisten zumindest, unten die Eröffnung des Steirischen Herbstes mitbeobachtet und auch applaudiert haben, wie es um Frieden gegangen ist, wie die Frau Bürgermeisterin darüber gesprochen hat, dass Frieden und der Krieg in der Ferne ein wichtiges Thema sind, wie der Herr Vizekanzler gesagt hat, dass gewisse Dinge nicht zu dulden sind, nämlich, und da bin ich jetzt bei dem großen Punkt für die heutige Sitzung eigentlich, die Argumente, die die KPÖ und die FPÖ heute auf eine höchst eigentümliche Art und Weise verbindet, dass die Sanktionen nichts bringen,

dass man sie beenden soll und dass man letztendlich auch, sozusagen, von einem Konflikt, nicht von einem Angriffskrieg spricht, sondern auch davon, dass beide Seiten sich bewegen müssen. Dieser große Tag ist also durchaus negativ gemeint. Er hat in der früh schon so begonnen. Wenn man die Zeitung aufgeschlagen hat, hat man von den neuesten Ideen von Putin gehört, der Referenden durchführt und quasi mit diesen Fake-Referenden sich auch ein Gebiet unter den Nagel reißen will, das wir schon im Frühjahr hier besprochen haben. Damals ist es um die Reise in den Donbas gegangen vom Kollegen Luttenberger und die Vorwürfe, die der Martin Brandstätter bereits benannt hat, indem er sich eben gemein gemacht hat mit Menschen, die separatistische Tendenzen dort unterstützt haben, die sich auch mit Rechtsextremen gemein gemacht haben. Und jetzt sind wir vor der Situation, wir sehen, dass genau dort seit vielen Wochen und Monaten genau das passiert, was wir alle beklagen: Tod, Vertreibung und ein fürchterlicher Zustand dieses gesamten Landstriches. Es ist ein Problem, das uns bekannt ist, und die Reaktion, und da komme ich auf das Wort Indolenz zurück, im Frühjahr dieses Jahres war zu dem Thema relativ unbefriedigend, von einer Verteidigung des Herrn Gemeinderats durch die Frau Bürgermeister bis hin zur lapidaren Erklärung, es wird keinen Rücktritt geben, und sozusagen, ich trete vom Rednerpult zurück und hole mir einen Kaffee, ist eine unbefriedigende Auskunft zu diesem anstrengenden und wichtigen Thema. Also es gibt ein gewisses Sittenbild. Und weil vorher die Rede von den Äußerungen war. Die KPÖ hat schon in gewissen Aussendungen und auch auf Homepages erstens von einem Wirtschaftskrieg gesprochen und zweitens auch davon gesprochen, dass Russland quasi jetzt ruiniert wird und dass es Konzernen und Spekulanten ihre Gewinne erhöht. Ich würde bitten, das auch nachzulesen, das gibt es alles nachzulesen. Zum Herrn Winter noch ganz kurz. Ohne die Sanktionen wären wir bereits mit einer Marionettenregierung konfrontiert. Ohne das wäre die ukrainische Freiheit noch mehr bedroht als sie ohnehin schon ist. Wir haben eine Verpflichtung, uns darauf zu verständigen. Und abgesehen davon, ich habe dem Herrn Vizkanzler heute am Nachmittag auch mit voller Inbrunst applaudiert zu seinen ganz klaren Worten, die würden uns allen gut anstehen. Es ist wichtig, dass wir hier sprechen, und zwar geeint. Und dass man uns da auseinanderdividiert bzw.

dass sich eine Allianz zwischen Rechts und Links bildet, wie wir auch in Deutschland sehen, ist nicht nur eine Alteration, wenn wie von Wagenknecht und Weisl in Deutschland sprechen, müsste man leider bedauerlicherweise auch von Kahr und Kickl sprechen. Und das ist eine Entwicklung, die ich mir für Graz nicht wünsche. *(Appl.)*

**GR Zirngast:**

Zum Inhalt. Ich glaube, wir alle wissen, worum es in Anträgen dieser Art und Wortmeldungen zum Thema in diesem Gremium hier vor allem immer auch geht. Und es geht nicht in erster Linie darum, das Leid der Menschen in der Ukraine zu lindern, es geht um Selbstprofilierung einerseits und andererseits auch darum, einen Keil in die Stadtregierungskoalition zu treiben und ihrer Arbeit zu schaden. Und die Koalition arbeitet für Graz, kommunalpolitisch, und tut das gut. Weltpolitische Fragestellungen werden die Koalition nicht spalten, auch wenn wir, wie in dieser Frage, unterschiedlicher Ansicht sind. Eines wirklich war ja geschickt, also unterschiedliche Ansichten zu haben, also das greifen wir uns, glaube ich, noch heraus, dass das möglich ist und dass man das auch argumentiert und auch auf einer Grundlage aufstellt, warum man diese Positionen hat. Ich möchte Sie, Herrn Pointner, auch an das bekannte Sprichwort erinnern, dass, wer im Glashaus sitzt, nicht mit Steinen werfen soll. Ihre Partei wurde mitbegründet und wird wesentlich finanziert von Hans-Peter Haselsteiner. Ich glaube, Sie haben in einem Interview gesagt, dass Sie ihn nicht kennen, aber er ist trotzdem der Hauptfinanzierer der Partei. Und seit 2007 war er in einer Partnerschaft mit dem russischen Oligarchen Oleg Deripaska, der eine nicht nachvollziehbare, oder wie soll ich sagen, sehr komplexe Rolle gespielt hat immer, aber offensichtlich doch über die ganze Zeit hinweg eine Nähe zu Putin hatte. Die Firma Strabag, genauso wie die Raiffeisen International, hat sich in Russland, und viele andere Firmen haben sich in Russland im Geschäft mit russischem Kapital und russischen Oligarchen eine goldene Nase verdient. Und es hat lange gedauert, Wochen nach Beginn des Angriffskrieges gegen die Ukraine, bis sich die Strabag von Deripaska distanziert hatte. Dabei waren gegen Deripaska von den USA schon im Jahr 2018

Sanktionen verhängt worden und das hätte man auch zur Grundlage nehmen können. Um Prinzipien geht es den Neos dabei offensichtlich nicht. Aber es sind nicht nur die Neos, die, auf welchen Wegen auch immer, Beziehungen zur russischen Elite haben. Auch unzählige führende ÖVP-Politiker:innen, FPÖ-Politiker:innen waren vorne mit dabei. Um das zu sehen, genügt ein Blick in die Mitgliederliste und den Vorstand der österreichisch-russischen Freundschaftsgesellschaft, also da findet sich wirklich das Who is Who der österreichischen Politik und auch der Wirtschaft. Was Sie dort nicht finden werden, sind Personen mit Bezug zur KPÖ. Weil auch wenn die KPÖ in ihrer Geschichte ein zu unkritisches Verhältnis zur Sowjetunion und zu Moskau gehabt hatte, was sie auch danach thematisiert und selbstkritisch angemerkt hat, mit dem kapitalistischen Oligarchenregime um Putin hat die KPÖ nichts zu tun. Und jetzt zur Sache selbst. Die KPÖ lehnt den verbrecherischen Angriffskrieg des russischen Regimes ab und hat es auch von Anfang an getan. Dieser Krieg ist, wie viele andere davor und auch jetzt, in letzter Konsequenz im Streben nach Profit und der Ausweitung der geopolitischen Einflussphäre im kapitalistischen Weltsystem begründet. Und ich möchte da nur anmerken, dass erstaunlicherweise in den letzten Wochen Aserbaidschan und die Türkei wieder zu Partnern geworden sind, das mag Gründe haben, aber auch diese beiden Länder sind in kriegerischen Konflikten, in geringerem Ausmaß, mit ihren Nachbarn involviert. Also rein um Menschenrechte geht es offensichtlich nicht. Die Zivilbevölkerung und die Arbeit der Bevölkerung stirbt und einige wenige profitieren in vielen Ländern und heimsen massive Profite ein. Und gerade deswegen sind wir in diesem Krieg gegen die russische Aggression, aber auch EU und Nato wirken nicht gerade deeskalierend. Wir sehen aber auch die Sanktionen kritisch, weil sie nichts zur Beendigung des Krieges beitragen werden, im Gegenteil. Die Sanktionen haben Auswirkungen, das ist zweifellos. Sie haben Auswirkungen auf die russische Wirtschaft, viele Firmen ziehen sich zurück, westliche Firmen, neue Handelspartner werden gesucht. Es gibt einen Wirtschaftseinbruch, das stimmt auch, der ist geringer, zumindest nachdem, was man im Moment sagen kann, als die von Ihnen genannten Zahlen von 15 und 11 Prozent, Herr Pointner, aber es gibt ihn, das ist richtig. Und gleichzeitig hat zum Beispiel Gazprom Rekordgewinne von 42 Mia. Euro in

diesem Jahr und viele andere Firmen auch. Warum? Die Menge des gelieferten Erdgases und Erdöls hat abgenommen, die Preise sind aber explodiert und daher die höheren Gewinne. Gleichzeitig sind Beziehungen zu Ländern wie Indien, Iran, Türkei und anderen ausgebaut worden. Über die Auswirkungen können wir stundenlang weiterdiskutieren und analysieren. Entscheidend ist aber die Frage, die Sanktionen haben Auswirkungen, aber in einer Frage sind sie im Moment wirkungslos und werden es vermutlich auch weiterhin sein. Sie werden nicht zum Sturz des Regimes beitragen. Und, geschätzte Kolleg:innen, Sie werden mir zugestehen, dass ich nicht die geringsten Sympathien mit autoritären Regimen habe und vermutlich mehr Erfahrung mit politischer Aggression als die meisten hier. Und ich kann Ihnen aus persönlicher Erfahrung sagen, dass das Erdogan-Regime in der Türkei jede Konfliktsituation, jede Eskalation mit der EU im Westen zur innenpolitischen Mobilisierung und Konsolidierung genutzt hat. Und ganz ähnlich war das bei anderen Regimen (*Anmerkung der Schriftleitung: unverständlich*) oder dem Mullah-Regime im Iran, die ja ebenfalls mit Sanktionen belegt wurden, in der Türkei nicht, aber da gab es andere Eskalierungen. Gesellschaftliche Dynamiken zu Demokratisierungen kommen immer aus der jeweiligen Gesellschaft. So wie in diesen Tagen zum Beispiel im Iran, wo vor allem Frauen nach der brutalen Ermordung von Mahsa, beziehungsweise mit ihrem kurdischen Namen Zhina Amini, mutig gegen das Regime auf die Straße gehen und heftiger Gewalt ausgesetzt sind. Aber auch in Russland, wo gerade in den letzten Tagen sich viele Tausende gegen den Krieg und gegen die sogenannte Teilmobilmachung des Putin-Regimes gestellt haben und deswegen auch massiver Aggression, Verhaftungen, Gewalt ausgesetzt waren. Ihnen gilt unsere Solidarität genauso wie sie der ukrainischen Zivilbevölkerung gilt, die am meisten unter diesem Krieg leidet. Was es braucht, ist neben der Unterstützung derjenigen, die vor diesem Krieg geflüchtet sind, vertrieben wurden. Was die Stadt Graz von Anfang an gemacht hat und vorbildlich macht, sind umfassende Bemühungen für den Frieden. Deswegen setzen wir uns als KPÖ weiterhin für die österreichische Neutralität und für aktive Friedensarbeit ein, die mit der Logik des Militärischen und der Aufrüstung bricht. Ein reines Schwarz-Weiß-Denken wird uns nicht weiterbringen, und diese Friedensarbeit

werden wir in Graz weiterführen. Nur noch eine Anmerkung zur Kollegin Unger. Wir haben nicht gesagt, dass Russland ruiniert würde, das ist ein Zitat von Annalena Baerbock, also nur so viel dazu. Das ist keine Aussage von uns...

*Zwischenruf GR<sup>in</sup> Dr.<sup>in</sup> Unger: Das steht zumindest in einem KPÖ-Video.*

**GR Zirngast:**

...ja, ja, richtig, aber es ist ein Zitat der deutschen Außenministerin. (*Appl.*)

**Bgm.<sup>in</sup>-Stv.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> Schwentner:**

Bis ungefähr zur Mitte deiner Rede, Max Zirngast, habe ich sehr gut mitkönnen und kann nur unterstreichen, dass wahrscheinlich einiges im Interesse dieses Antrags sein wird, uns zu spalten oder irgendwie auseinanderzuidividieren. Ich habe kein Problem damit und ich glaube, die Koalition hält es aus, dass wir da unterschiedliche Zugänge haben und die würde ich gerne ansprechen. (*Appl.*) Ich werde nämlich oft gefragt, was uns unterscheidet, leider weniger oft, was uns verbindet. Uns verbindet das Soziale und die Klimagerechtigkeit für eine Welt der Zukunft. Was uns unterscheidet, ist ganz sicher der Zugang zu dem Krieg, der jetzt mitten unter uns ist, weil es ist nicht der Krieg in der Ferne, der quasi als solcher, als künstlerischer Griff tituliert wird im steirischen Herbst, sondern es ist ein Krieg, der uns ganz nah ist. Und deswegen wundert es mich nicht, dass die Debatte, wie der Herr Pascuttini gesagt hat, warum das so eine emotionale Debatte ist; das ist eine emotionale Debatte, weil sie mit uns zu tun hat. Das hat mit unseren Werten zu tun, das wurde schon angesprochen, mit der Demokratie angegriffen wird, und ich würde gerne etwas erzählen: Ich war in Russland sehr lange Zeit, ich habe russisch studiert. Ich habe die Sowjetunion oder das Ende der Sowjetunion erlebt und habe dann ein Lektorat als österreichische Auslandslektorin in Lemberg bekommen. Ich wollte eigentlich nach Russland. Und ich bin quasi mit diesem

Blick der arroganten Russisch-Studierenden nach Lemberg gekommen und wirklich eines Besseren belehrt worden. Dass es dort nämlich eine eigenständige Kultur gibt, eine eigene Sprache. Ein Volk, das seit Stalin um die Eigenständigkeit und Souveränität und Unabhängigkeit von Russland kämpft, im wahrsten Sinne des Wortes. Und das es jetzt tut bis ins Letzte, bis zur Bedingungslosigkeit offensichtlich, und bereit ist, dafür einzustehen für Werte, für wirkliche Werte. Und ich finde das deswegen ziemlich, also alle meine Freunde, die in Lemberg leben, die Angst haben um ihr Leben, die Angst haben um das Leben von Freunden in der Ostukraine, wo es noch viel gefährlicher ist, die reden nicht von irgendwelchen Amerikanern und Ideologien, sondern die kämpfen um ihre Kultur. Und ich bin nicht naiv, ich war im Parlament und ich war Wahlbeobachterin, ich war zweimal, ich war in Odessa und in Kiew, ich habe es erlebt, dass dort Albright war und alle die Amerikaner waren alle dort. Und ich weiß, dass sie geopolitisches und ideologisches Interesse hatten an der Ukraine. Aber die Menschen in der Ukraine, die um ihr Leben kämpfen, kämpfen um ihre Kultur, und das anzuerkennen ist für mich, auch die Sanktionen und jedes nur irgendwie erdenkbare Mittel anzuerkennen, wie man diesem Krieg begegnen kann. Wie man einem Aggressor begegnen kann. Ich kann deswegen nicht verstehen, dass noch irgendjemand bereit ist, Konflikt zu dem zu sagen, was da los ist. Du hast Angriffskrieg gesagt. Richtig, es ist ein Angriffskrieg von einem Kriegsherrn, der zu allem bereit ist, zu allem. Und ich habe die Partei von Putin erlebt. Die sind zu allem bereit. Die sind bereit, Menschen umzubringen, ins Gefängnis zu werfen und sonst was aufzuführen. Und deswegen bin ich auf der Seite der Ukraine. Und es ist schwer, in dem Krieg eine Position einzunehmen, weil auch ich bin für Frieden. Ich diskutiere viel mit meinem Vater, der den Krieg noch erlebt hat und der nicht versteht, warum wir jetzt sozusagen für ein Selbstverteidigungsrecht der Ukraine sind. Und er sagt als alter 68er, bitte, sie sollen nachgeben, die sollen die Ostukraine aufgeben. Nur Frieden, bitte keinen Krieg. Aber es ist eine andere Zeit und es ist das Recht dieses Volkes, für Souveränität einzustehen. Und deswegen ist es nicht so schwer zu sagen, probieren wir diese Sanktionen aus, weil es geht um die Demokratie und Eigenständigkeit dieses Volkes. Ich bin emotional, weil ich das wirklich jetzt von Anfang an miterlebe und nicht

verstehen kann, warum man Worte verwendet, die einfach nicht angebracht sind.

Danke. *(Appl.)*

GR Mag. **Pointner**:

Ja, ich werde jetzt die Emotionalität rausnehmen. Ich darf nur auch eines sagen, ich stehe hier sicherlich nicht, um zwischen irgendjemanden Keile zu treiben. Sie werfen mir Unterstellungen vor, aber sie unterstellen mir auch genau das. Das war in keinem Wort als Inhalt meines Antrags. Der Inhalt meines Antrags ist ein ganz anderer. Es ist mir völlig egal, mit wem Sie koalieren, das ist Ihre Sache. Da geht's um Graz. Und wir stimmen genauso wie ihr, also über jeden Beschluss haben wir eine Koalition, und ich wäre gerne bei ihren Beschlüssen dabei, wo ich kann, und das mit vollem Herzen. Also bitte, diese Unterstellung des Keiltreibens als Hintergedanke dieses Antrags, unterlassen Sie das genauso, wie Sie es von mir erfordern. Das andere ist, ich wollte das eigentlich nicht machen, weil es zu persönlich ist, aber Frau Vizebürgermeisterin hat mich jetzt dazu schon animiert, also ich habe meinen Beruf angefangen als Dirigent 1994 in Südafrika. Und ein Werk, das hoffentlich alle kennen, Fidelio. Wenn nicht, wirklich empfehlend, es anzuhören. Ich durfte 2011 Fidelio in Cape Town dirigieren und ich durfte Desmond Tutu kennenlernen, war in seinen Gottesdiensten, ich weiß, was Freedom Fighters sind. Und daher kommt mein Antrag. Fidelio – Freiheit. Europäische Menschenrechtskonvention. Sanktionen, als letztes friedliches Mittel, und der ANC hat am Schluss gewonnen, weil Sanktionen geholfen haben. Das Regime in Südafrika war sanktioniert. Es hat geholfen. Diese Sanktionen helfen. Deshalb stimmen Sie bitte zu, auch im Angedenken an Nelson Mandela. *(Appl.)*

***Der Abänderungsantrag wurde mit Mehrheit (gegen FPÖ und Lohr) abgelehnt.***

***Der Dringlichkeitsantrag wurde mit Mehrheit angenommen (gegen KPÖ, FPÖ, Lohr).***

**Bgm.<sup>in</sup> Kahr:**

Bevor wir in den nicht öffentlichen Teil gehen, muss ich noch die Anwesenheit nutzen, um eine Korrektur vorzunehmen. Ich habe ganz am Beginn gesagt, dass wir die Sitzung, die Festsitzung für Herrn Mag. Siegfried Nagl zum Ehrenbürger der Stadt Graz, im Oktober machen. Das war ursprünglich so gedacht, es wird aber in der Novembersitzung sein, weil wir eben auf den Herrn Landeshauptmann Drexler, auf seinen Terminkalender, Rücksicht nehmen wollten, und es ist auch so mit Herrn Mag. Siegfried Nagl so abgesprochen. Das heißt, die Festsitzung wird im November sein, nur damit Sie sich das richtig vormerken. Danke vielmals.

Ich möchte mich von allen, die noch da sind, verabschieden, für die Geduld bedanken, vor allem auch für die Zuhörer:innen und Zuseher:innen, die noch via Livestream sind. Wir kommen jetzt zum nicht öffentlichen Teil. Einen schönen noch verbleibenden späten Abend und bis zum nächsten Mal.